Der
Regierungspräsident
in Detmold

Bericht über die

ENTWICKLUNG IN DER REGION OSTWESTFALEN LIPPE

L
2820
4°
2. Ex.

Detmold
1982

L 2820.4° +1

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT DETMOLD

BERICHT
über die
Entwicklung in der
Region
Ostwestfalen-Lippe

01590094

Detmold 1982

L 2820.4° +1

Landesbibliothek Detmold

SH 1983 / 158

2 Ex.

V O R W O R T

Wirtschafts- und Beschäftigungsprobleme bestimmen gegenwärtig die politische Diskussion. Auch die öffentlichen Aufgabenträger müssen zurückstecken. Finanzwirtschaftliche Veränderungen, insbesondere zurückgehende Steuereinnahmen als Folge der seit 1980 anhaltenden Konjunkturschwäche, zwingen das Land, die Zuweisungen an Gemeinden zu überprüfen und das Instrument der Zweckzuweisungen im Hinblick auf Fördergebiete und Förderhöhe noch gezielter einzusetzen.

Das veranlaßt zu einem Rückblick. Anfang 1969 übersandte mein Amtsvorgänger der Landesregierung in Düsseldorf eine Schrift, in der "Vorstellungen zu einem Entwicklungsprogramm Ostwestfalen-Lippe" niedergelegt waren. Dieses sog. "Graue Buch" enthielt eine knappe Bestandsaufnahme und zeigte Möglichkeiten und Maßnahmen auf, die der Region Ostwestfalen-Lippe durch infrastrukturelle Verbesserungen einen angemessenen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes sichern sollten.

Seit 1970 ist viel geleistet worden. In einigen Förderbereichen (z.B. Schulbau) wurde sogar ein gewisser Abschluß erreicht. Seit 1970 hat sich aber - auch im Bewußtsein der regionalen Verwaltung - vieles geändert. Insbesondere die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und ein verbesserter Umweltschutz fordern verstärkte Anstrengungen. Eine Berücksichtigung dieser Belange in allen umfassenden Planungsprozessen ist notwendig und schwierig. Dabei werden solche Planungen durch die verstärkte Bürgerbeteiligung zugleich verlangsamt wie qualifiziert.

Der Blick in die Zukunft wird manchen mit Sorge erfüllen. Ich bin aber zuversichtlich, daß es uns mit Fantasie, Einfühlungsvermögen und Tatkraft gelingen wird, die gegenwärtige schwierige Phase zu überwinden. Der Erfolg unseres Tuns wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es uns gelingt, beim Bürger Resonanz zu finden und Impulse aus der Bürgerschaft aufzugreifen und umzusetzen.

Der Bericht über die Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe knüpft an die damalige Schrift aus dem Jahre 1969 an. Er ruft die Leistungen der vergangenen Jahre in die Erinnerung. Er spricht aus der regionalen Sicht auch die Probleme an, die gegenwärtig bestehen und gelöst werden müssen und nennt Maßnahmen, mit denen die öffentliche Hand die Lebensbedingungen und die Entwicklung der Region in Zukunft günstig beeinflussen kann.

Der Entwicklungsbericht hat seinen Zweck erfüllt, wenn er dazu beiträgt, sich der wachsenden Schwierigkeiten bewußt zu werden und die Maßnahmen auszuwählen und zu verwirklichen, die der Bevölkerung in Ostwestfalen-Lippe am besten dienen.

Detmold, im Juni 1982

Regierungspräsident

I N H A L T

		Seite
0.	Einleitung	
1.	Wirtschaftliche Situation	3
1.1	Arbeitsmarkt	3
1.2	Berufliche Ausbildung	9
1.3	Einkommensentwicklung	10
1.4	Regionsspezifische Faktoren der Strukturschwächen	11
1.5	Zukunftsaussichten	13
2.	Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur	14
2.1	Regionale Wirtschaftsförderung	14
2.11	Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe	14
2.12	Maßnahmen im Rahmen der ergänzenden Landesförderung	17
2.2	Die Mittelstandsförderung	17
2.3	Das Technologie-Programm Wirtschaft	18
3.	Kommunale Gebietsstruktur und Finanzkraft der Gemeinden	19
3.1	Kommunale Gebietsstruktur	19
3.2	Finanzkraft der Gemeinden und Förderungen des Landes	20
4.	Infrastruktur	27
4.1	Bildung, Kultur und Sport	27
4.11	Schulen	27
4.12	Weiterbildung	38
4.13	Allgemeine Kulturpflege	44
4.14	Sportstätten	49
4.2	Bauen und Wohnen	57
4.21	Stadtentwicklung	57
4.22	Denkmalschutz und Denkmalpflege	64
4.23	Wohnungsbau	66
4.24	Industrie- und Gewerbebetriebe	69

		Seite
4.3	Gesundheit	70
	4.31 Krankenhäuser	70
	4.32 Kurorte	73
	4.33 Erholungsorte	77
4.4	Verkehr	78
	4.41 Straßenverkehr	78
	4.42 Schienenverkehr	87
	4.43 Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge	93
	4.44 Luftverkehr	94
	4.45 Wasserstraßen	96
	4.46 Öffentlicher Personennahverkehr	97
4.5	Versorgung	105
	4.51 Elektroenergie	105
	4.52 Gas	108
	4.53 Fernwärme	110
	4.54 Rohstoffe	111
	4.55 Wasserversorgung	111
	4.56 Talsperren	113
	4.57 Hochwasserschutz	114
4.6	Entsorung	117
	4.61 Abwasser	117
	4.62 Abfallbeseitigung	119
4.7	Landschaft und Erholung	120
	4.71 Landschaftspflege, Naturschutz	121
	4.72 Erholung, Freizeit- und Erholungsschwerpunkte	122

0. Einleitung

Die siebziger Jahre werden als das Dezennium weitgesteckter Zielsetzungen und hoher Investitionstätigkeit, insbesondere auch im kommunalen Bereich, in die Geschichte des Landes eingehen. Den Aufbruch bildete das Nordrhein-Westfalen-Programm 1975 (NWP 75), das die Entwicklungsperspektive des ganzen Landes bis zur Mitte der Siebziger darstellte und die voraussehbaren Entwicklungstendenzen für die weitere Zukunft aufzeigte. Eine Reihe gesetzlicher Regelungen - erwähnt seien nur das Gesetz zur Landesentwicklung (Landesentwicklungsprogramm), das Hochschulbaugesetz, das Weiterbildungsgesetz und die Krankenhausgesetzgebung - gaben diesen Zielsetzungen einen verbindlichen Rahmen. Ausgelöst durch die kommunale Neugliederung, die 1974 beendet werden konnte, wurden neben staatlichen Universitäten und Hochschulen von den Städten und Gemeinden entsprechend ihrer zentralörtlichen Bedeutung die wichtigsten Einrichtungen der kommunalen Punktinfrastruktur ausgebaut oder neu geschaffen. Gleichzeitig erfuhren die allgemein bedeutsamen Investitionsbereiche, wie z.B. der Städtebau, der Wohnungsbau und das Verkehrswesen, die auch in Zukunft dauerhafter Förderung bedürfen, durch staatliche Hilfe kräftige Entwicklungsimpulse.

Die wirtschaftliche Entwicklung verlief allerdings nicht frei von Rückschlägen. Der erste Ölpreisschub 1973 hatte nicht nur tiefgreifende Veränderungen auf dem Weltenergiemarkt zur Folge. Er stellte die Wirtschaft wegen veränderter Rahmenbedingungen (Wegfall von Arbeitsplätzen durch Sättigungserscheinungen und Rationalisierungsinvestitionen, erhöhte Arbeitsplatznachfrage der nachwachsenden Generation, Konkurrenz auf den Weltmärkten) insgesamt vor schwierige Anpassungsprobleme. Zwar wurden die öffentlichen Ausgaben zunächst nicht gedrosselt, sondern im Sinne antizyklischer Haushaltspolitik zur Bekämpfung der Rezession unter bewußter Hinnahme erheblicher Kreditaufnahmen auf einem relativ hohen Niveau gehalten.

Die zweite Ölpreisexplosion 1979/80 brachte für die Wirtschaft und - mit einer gewissen Verzögerung - für die Finanzen der öffentlichen Hand erneute Belastungen, deren Auswirkungen die zukünftige Entwicklung maßgebend bestimmen werden. Die Wirtschaft muß die Produktionsstrukturen an weltweit veränderte Bedingungen anpassen, sich dem verstärkten internationalen Wettbewerbsdruck nicht nur auf dem Weltmarkt, sondern auch auf den Binnenmärkten stellen und bei steigender Arbeitsplatznachfrage eine erhebliche Anzahl neuer und zukunftssicherer Arbeitsplätze schaffen.

Bund und Land befinden sich in einer schwierigen Situation. Trotz zurückgehender Einnahmen sollen die sozialen Leistungen gehalten, der Anpassungsprozeß der Wirtschaft erleichtert und die Voraussetzungen für einen erneuten Aufschwung geschaffen werden. In dieser Phase kommt den Anreizen für eine erhöhte private Investitionstätigkeit eine große Bedeutung zu. Gleichermaßen kann aber, um weitere Beschäftigungseinbrüche zu vermeiden, auf die Verwirklichung geplanter öffentlicher Investitionen nicht verzichtet werden.

Eingebunden und in besonderer Weise abhängig von diesen volks- und finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen vollzieht sich die Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe. Der Regierungsbezirk Detmold nimmt im Land Nordrhein-Westfalen keine Spitzenposition ein. Der hohe Anteil der Verbrauchsgüterindustrie und Landwirtschaft, die nach wie vor in Ostwestfalen-Lippe ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist, erlauben nur ein Bruttoinlandsprodukt, das immer unter dem Landesdurchschnitt lag. Außerdem besteht ein beträchtliches innerregionales wirtschaftliches Leistungsgefälle, ausgehend von der Verdichtungsachse Güterloh-Bielefeld-Herford-Minden nach Nordwesten und Südosten. Die Randgebiete des Regierungsbezirkes sind deshalb seit Jahren auf staatliche Wirtschaftsförderung angewiesen.

Das wird sich kurzfristig nicht ändern. Vielmehr läßt die gegenwärtige Rezession die wirtschaftsstrukturellen Schwächen nur deutlicher erkennen. Die Möglichkeiten, die einer staatlichen Mittelbehörde zur Verfügung stehen, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, sind begrenzt, wenn sie auch seit 1969 deutlich verbessert wurden.

So wurde 1976 die Regionalplanung bei der staatlichen Mittelbehörde angebunden und ein Bezirksplanungsrat geschaffen, der die kommunale und funktionale Selbstverwaltung mit der staatlichen Verwaltung verknüpft.

Durch die Beteiligung des Bezirksplanungsrates an der Planung und Förderung bedeutsamer Entwicklungen wurde die Verwaltung auf regionaler Ebene erheblich effektiviert.

1. Wirtschaftliche Situation

Während die wirtschaftliche Entwicklung in Ostwestfalen-Lippe in den siebziger Jahren nicht nur mithalten konnte und vergleichsweise günstig verlief, schlagen in der aktuellen Rezessionsphase die gesamtwirtschaftlichen Probleme auf den Raum besonders negativ durch. Dabei mag der günstige Verlauf der 70er Jahre für die besonders ungünstige derzeitige Situation mit ursächlich sein, weil Kapazität übernormal ausgeweitet oder nicht rechtzeitig zurückgefahren wurde. Bestand in den 70er Jahren eine Versuchung, die Strukturqualität der ostwestfälischen Wirtschaft zu überschätzen, so besteht vielleicht derzeit eine Versuchung zu übertriebenem Pessimismus. Trotzdem gilt hier jetzt: Die Beschäftigungslage, die berufliche Ausbildungssituation und die Einkommensentwicklung bereiten hier doch mehr Sorgen als in den anderen Landesteilen.

1.1 Arbeitsmarkt

- **Beschäftigungsproblem: Überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit**

Bis Mai 1980 zeigte der Arbeitsmarkt im Regierungsbezirk Detmold keine besonderen Probleme. Die Arbeitslosenquote lag mit 3 % knapp unter dem Bundesdurchschnitt und 1,2 Prozentpunkte niedriger als die Quote des Landes Nordrhein-Westfalen. Seit Dezember 1980 übertrifft die Arbeitslosenquote jedoch Monat für Monat die des Bundes und seit Dezember 1981 auch die des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Abbildung 1.1-1).

In dem Monat mit der höchsten Arbeitslosigkeit seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland (Februar 1982) wies der Regierungsbezirk Detmold eine Arbeitslosenquote von 9,5 % auf. In Nordrhein-Westfalen lag sie bei 8,7 % und im Bundesgebiet bei 8,1 %. Die Arbeitsamtsbezirke Paderborn und Detmold erreichten mit 11,4 % bzw. 11 % die höchsten Arbeitslosenquoten im Lande (vgl. Abb. 1.1-2).

In den Arbeitsamtsnebenstellen Barntrup und Warburg stieg die Arbeitslosenquote sogar auf 15 % bzw. 16 %. Trotzdem sollen gerade diese Teilregionen demnächst aus der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" entlassen werden.

Die größte Zahl an freigesetzten Arbeitskräften kommt aus dem Baugewerbe, dem Handel sowie Holz- und Möbel-

industrie. Bei einem Vergleich zu den Ruhrgebietsstädten ist zu berücksichtigen, daß dort auch vorzeitig pensionierte Stahlwerker, die eine zeitlang Arbeitslosengeld erhalten, mit in die Statistik eingehen.

Die hohe Arbeitslosenquote im Regierungsbezirk Detmold wird manchmal auch damit erklärt, daß die saisonale Arbeitslosigkeit besonders stark sei. Dies gilt nur eingeschränkt: In den Arbeitsamtsbezirken Detmold, Herford und Paderborn entspricht der Anteil der saisonalen Arbeitslosigkeit dem Bundesdurchschnitt, im Arbeitsamtsbezirk Bielefeld ist die saisonale Arbeitslosigkeit so niedrig wie im Landesdurchschnitt.

Die steigende Arbeitslosigkeit betraf 1981 im Regierungsbezirk Detmold überdurchschnittlich stark die Männer, die Ausländer und Jugendlichen unter 20 Jahren. Die Arbeitslosigkeit der Frauen, Schwerbehinderten, der Älteren und der Teilzeitkräfte stieg dagegen nur unterdurchschnittlich an. Bei dem hohen Niveau der Arbeitslosigkeit stellen diese Gruppen nicht mehr den typischen Konjunkturpuffer dar. Die Freisetzungen betreffen jetzt auch überdurchschnittlich stark die Gruppe der männlichen deutschen Arbeiter der mittleren Altersklassen, die über gute Arbeitsqualifikationen verfügen und bisher ein geringes Beschäftigungsrisiko hatten.

Hier stellt sich die Frage nach den Ursachen der stark angewachsenen Beschäftigungsprobleme. Liegt eine überdurchschnittlich starke Zunahme der Nachfrage nach Arbeitsplätzen vor? Ist es zu einem starken Abbau von Arbeitsplätzen gekommen? Weist der Regierungsbezirk Detmold besonders ungünstige regionsspezifische Besonderheiten auf oder sind die Probleme nur Auswirkung der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen?

- **Arbeitsplatznachfrage: Überdurchschnittlich starke Zunahme der Erwerbspersonen**

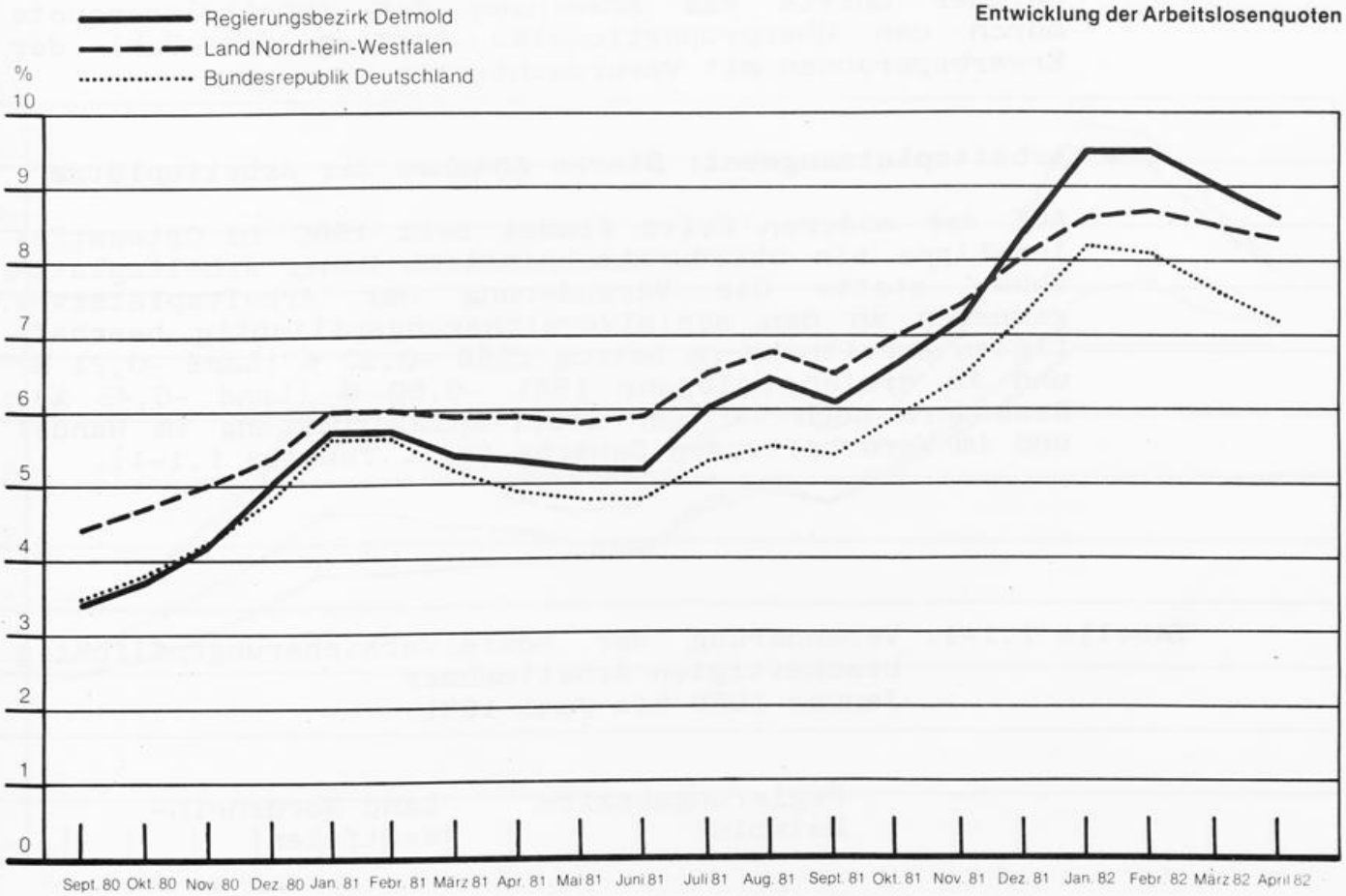
Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen hat im Regierungsbezirk Detmold in den siebziger Jahren stark zugenommen. Während im Land Nordrhein-Westfalen die Einwohnerzahl um 0,5 % zurückging, ist sie im Regierungsbezirk Detmold um 2,5 % gestiegen. Die Zunahme ist auf hohe Wanderungsgewinne zurückzuführen.

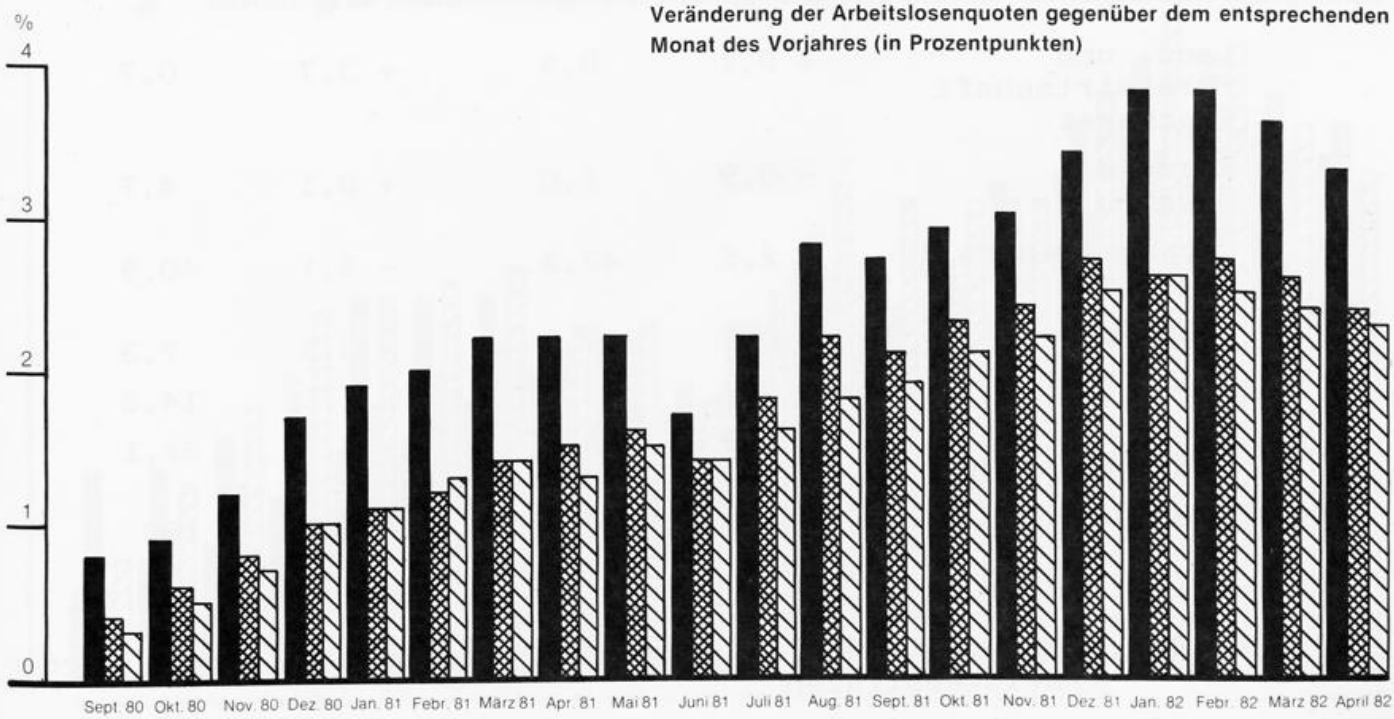
Als Folge der Bevölkerungszunahme und durch das Hineinwachsen vieler Jugendlicher in das Erwerbsalter ist die Zahl der Erwerbspersonen im Regierungsbezirk Detmold zwischen 1970 und 1980 um ca. 35.000 angestiegen. Das ist eine Zunahme von 4,6 %, die die landesdurchschnittliche Rate von 2,8 % bei weitem übertrifft.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Arbeitsmarktentwicklung
Regierungsbezirk Detmold im Landes- und Bundesvergleich

Abbildung 1.1-1





QUELLE: LANDESARBEITSAMT NORDRHEIN-WESTFALEN

Bis 1980 konnte der ostwestfälisch-lippische Arbeitsmarkt die Zunahme der Erwerbspersonen verkraften. Seither dürfte das Anwachsen der Arbeitslosenquote durch den überproportionalen Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen mit verursacht sein.

- **Arbeitsplatzangebot: Starke Abnahme der Arbeitsplätze**

Auf der anderen Seite findet seit 1980 in Ostwestfalen-Lippe ein überdurchschnittlich hoher Arbeitsplatzabbau statt. Die Veränderung der Arbeitsplatzzahl gemessen an den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern betrug 1980 -0,32 % (Land -0,21 %) und im ersten Halbjahr 1981 -0,50 % (Land -0,45 %). Besonders hoch war der Arbeitsplatzrückgang im Handel und im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Tabelle 1.1-1).

Tabelle 1.1-1: Veränderung der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Januar 1980 bis Juni 1981

	Regierungsbezirk Detmold		Land Nordrhein-Westfalen	
	Veränderung %	Anteil %	Veränderung %	Anteil %
Land- und Forstwirtschaft Fischerei	+ 0,1	0,9	+ 3,7	0,7
Energie Bergbau	- 0,9	1,0	+ 0,1	4,7
Verarbeitendes Gewerbe	- 2,5	47,3	- 3,1	40,9
Baugewerbe	- 0,2	7,6	- 0,5	7,3
Handel	- 2,7	14,3	- 1,2	14,3
Sonst. Dienstleistungen	+ 3,0	28,9	+ 2,7	32,1
insgesamt	- 0,8	100	- 0,7	100

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

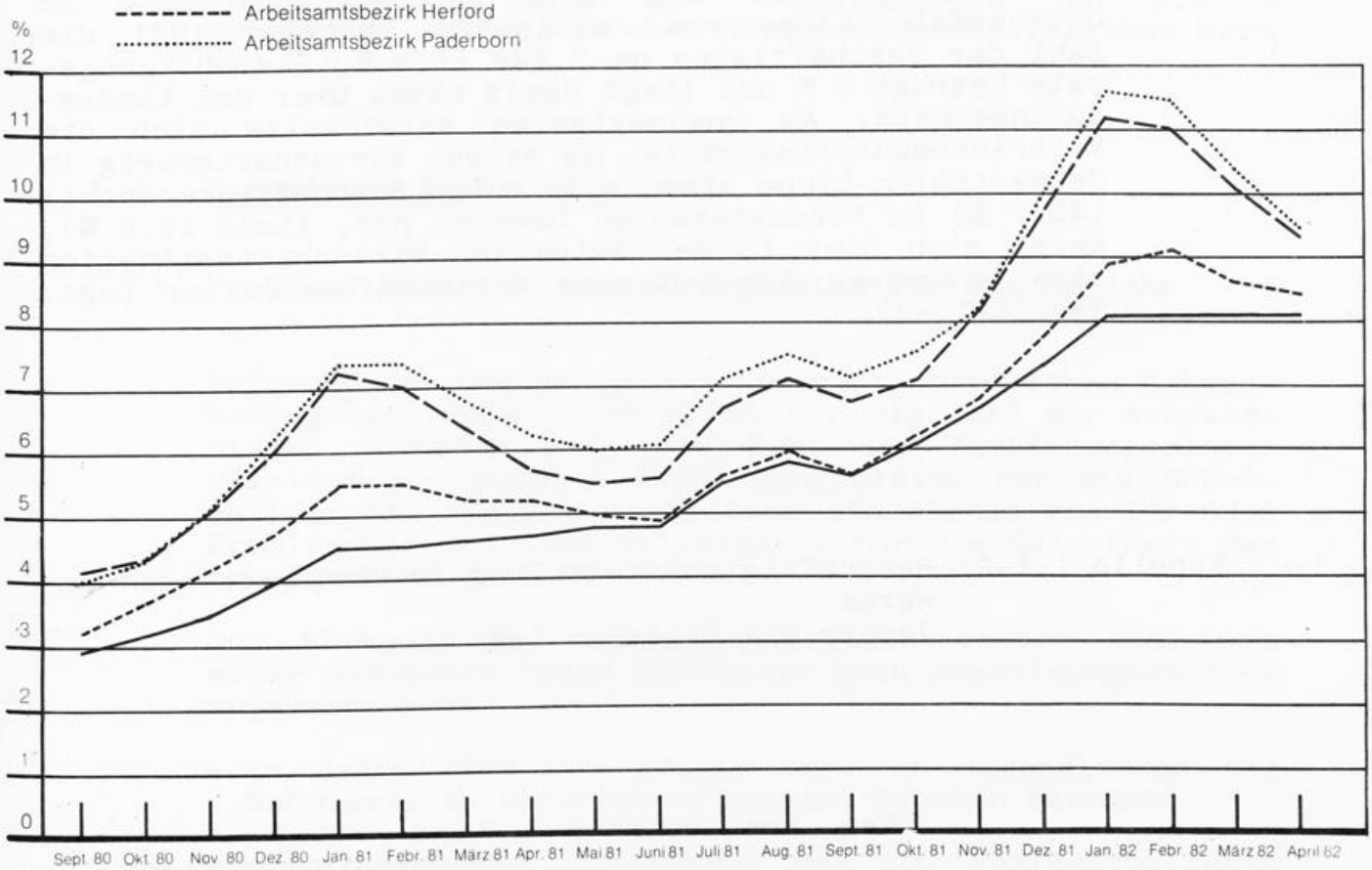
OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Arbeitsmarktentwicklung
Arbeitsamtsbezirke im Regierungsbezirk Detmold

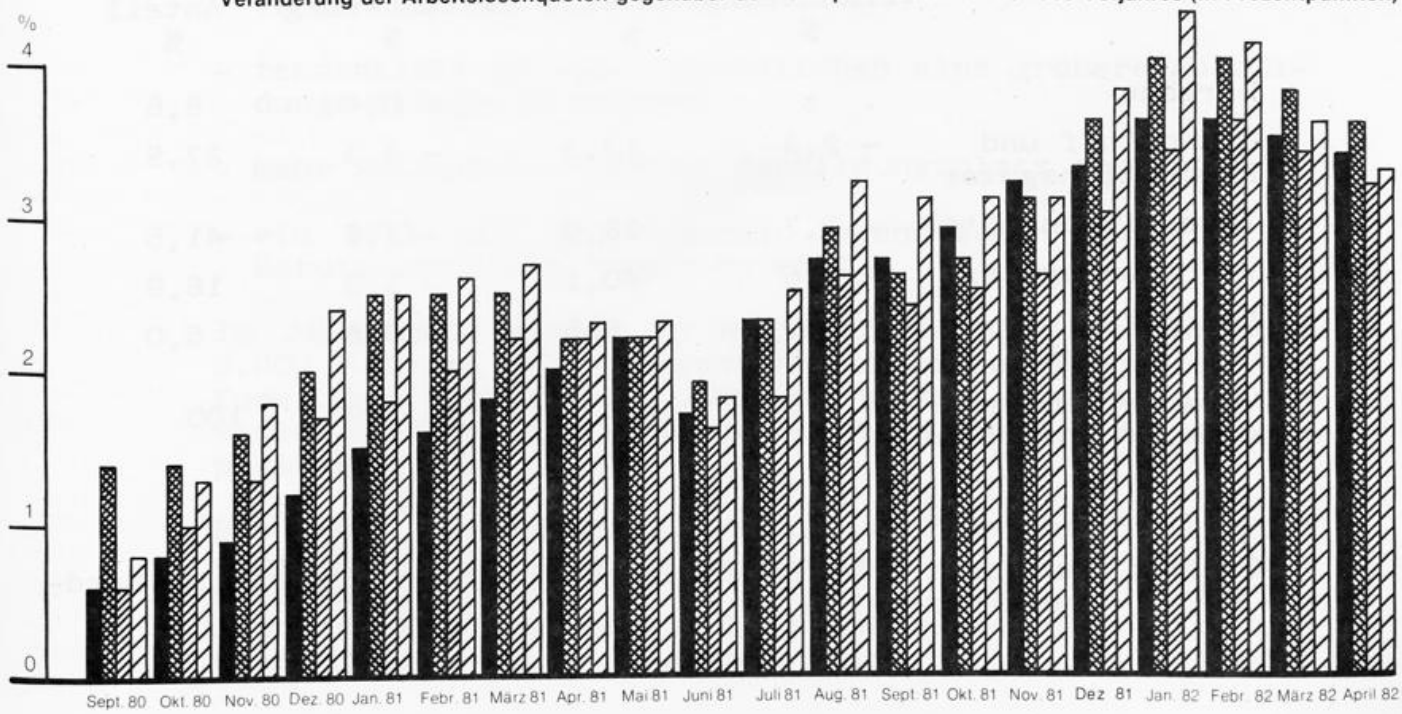
Abbildung 1.1-2

Arbeitsamtsbezirk Bielefeld
Arbeitsamtsbezirk Detmold
Arbeitsamtsbezirk Herford
Arbeitsamtsbezirk Paderborn

Entwicklung der Arbeitslosenquoten



Veränderung der Arbeitslosenquoten gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres (in Prozentpunkten)



Arbeitsamtsbezirk Bielefeld
Arbeitsamtsbezirk Detmold
Arbeitsamtsbezirk Herford
Arbeitsamtsbezirk Paderborn

QUELLE: LANDESARBEITSAMT NORDRHEIN-WESTFALEN

Im Verlauf des Jahres 1981 hat sich der Arbeitsplatzabbau beschleunigt. Allein im Produzierenden Gewerbe in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten ging in Ostwestfalen-Lippe von Januar bis Dezember 1981 die Zahl der Beschäftigten um 7.249 zurück. Die Rückgangsrate beträgt 3 % und liegt damit etwas über dem Landesdurchschnitt. Am ungünstigsten entwickelte sich die Verbrauchsgüterindustrie. Da dieser Wirtschaftszweig in Ostwestfalen-Lippe einen sehr hohen Beschäftigtenanteil (40,1 %) am Produzierenden Gewerbe hat, (Land 16,9 %), zeigt sich hier in der aktuellen Wirtschaftssituation eine besondere Schwäche der Wirtschaftsstruktur (vgl. Tab. 1.1.-2).

Tabelle 1.1-2: Beschäftigtenentwicklung im Produzierenden Gewerbe
Januar bis Dezember 1981

	Reg. Bez. Detmold		Land Nordrhein-Westfalen	
	Veränderung %	Anteil %	Veränderung %	Anteil %
Bergbau	-		+ 0,4	8,6
Grundstoff und Produktionsgüter	- 2,4	12,3	- 3,3	27,9
Investitionsgüter	- 1,7	38,0	- 2,6	41,5
Verbrauchsgüter	- 0,5	40,1	- 5,3	16,9
Nahrungs- und Genußmittel	- 0,7	9,5	- 0,6	5,0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	- 3,0	100	- 2,9	100

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Von den Verbrauchsgüterbranchen verloren 1981 die Holzverarbeitung 2.304 Arbeitsplätze (-5,7 %), das Bekleidungsgewerbe 1.541 Arbeitsplätze (-8,4 %) und das Textilgewerbe 648 Arbeitsplätze (-7,9 %). Eine eben-

falls sehr ungünstige Entwicklung zeigte sich 1981 im Baugewerbe, wo der Beschäftigtenstand um mehr als 2.000 Arbeitsplätze sank. Die Rückgangsrate von 8,6 % übertrifft bei weitem den landesdurchschnittlichen Wert von 5,8 %.

1.2 Berufliche Ausbildung

- **Problem: Fehlende Ausbildungspätze für Jugendliche**

Aufgrund der ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigt sich nicht nur die Zahl der Arbeitsplätze, sondern auch die Zahl der Ausbildungsplätze rückläufig. Fehlende Ausbildungsplätze für die Schulentlassenen stellen mindestens ein ebenso gravierendes Problem wie die Arbeitslosigkeit für die Gesamtheit der Arbeitnehmer dar.

Der Rückgang an Ausbildungsplätzen trifft 1982 mit einer besonders hohen Nachfrage nach Ausbildungsstellen zusammen, weil

- im Jahre 1982 die größte Zahl an Jugendlichen die Schulzeit in allgemeinbildenden Schulen beendet,
- sich wegen der Einführung des 10. Vollzeitpflichtschuljahres die Schulentlassungen von 1981 auf 1982 verschoben haben,
- tendenziell bei den Jugendlichen eine größere Ausbildungswilligkeit besteht,
- mehr Abiturienten einen Ausbildungsplatz suchen,
- ein Teil der arbeitslosen Jugendlichen eine zweite Berufsausbildung beginnen will.

Im Jahr 1982 wurden im Regierungsbezirk Detmold über 3.000 Schüler mehr entlassen als in den Vorjahren. Am Ende des Schuljahres 1981/82 werden voraussichtlich viele von den entlassenen Schülern ohne Ausbildungsplatz bleiben.

Bei den Arbeitsämtern waren im Frühjahr 1982 etwa doppelt soviel Bewerber um Ausbildungsstellen wie freie Stellen gemeldet. Da bei weitem nicht alle freien Ausbildungsplätze beim Arbeitsamt registriert sind und sich nicht alle Bewerber durch die Arbeitsämter

vermitteln lassen, besteht allerdings kein ausreichend genauer Überblick darüber, wieviele Jugendliche trotz eindringlicher Appelle der beteiligten Stellen und großer Anstrengungen vieler Ausbildungsfirmen ohne Ausbildungsplatz bleiben werden.

Der Regierungspräsident Detmold bemüht sich intensiv schon seit Anfang des Jahres, seinen Beitrag zur Verbesserung der Situation zu leisten. In zahlreichen Gesprächen und Konferenzen mit den Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammer, den Kreishandwerkerschaften, den Arbeitsämtern, den Berufsschulen und Vertretern der Betriebe wurde nach Wegen gesucht, das Angebot an Ausbildungsplätzen zu erhöhen.

Der Regierungspräsident bewilligt auch Fördermittel für die Einrichtung von Ausbildungsstellen. Betriebe, die zusätzlich Sonderschüler und Hauptschüler ohne Schulabschluß bzw. Mädchen in typischen Männerberufen ausbilden, erhalten diese Fördermittel.

Jugendlichen ohne Ausbildungsverträge muß die Gelegenheit gegeben werden, berufsbildende Schulen zu besuchen. Deshalb müssen große Anstrengungen unternommen werden, das Ausbildungsangebot im Berufsgrundschuljahr und im Berufsfachschuljahr zu erweitern.

1.3 Einkommensentwicklung

- **Problem: Unterdurchschnittlicher Anstieg der Löhne und des Volkseinkommens**

Der Bruttolohn je Arbeiter lag (1980) in Ostwestfalen-Lippe 9 % und das Bruttogehalt je Angestellten im Produzierenden Gewerbe 12 % unter dem Landesdurchschnitt. Der Regierungsbezirk Detmold hat damit das niedrigste Lohn- und Gehaltsniveau im Lande Nordrhein-Westfalen.

Der Einkommensrückstand vergrößert sich immer mehr: Auch in den Jahren 1978 bis 1980 waren die Steigerungsraten der Durchschnittslöhne und -gehälter im Regierungsbezirk Detmold niedriger als in allen übrigen Regierungsbezirken.

Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Wohnbevölkerung liegt trotz eines leicht überdurchschnittlichen Anstiegs in den Jahren 1970 bis 1979 8 % unter dem Landesdurchschnitt und hatte 1978/79 die niedrigste Steigerungsrate von allen Regierungsbezirken. Besonders niedrig ist das Bruttoinlandsprodukt in den Kreisen Höxter, Lippe, Paderborn und Minden-Lübbecke (vgl. Tab. 1.3-1). Der Kreis Höxter erreicht noch nicht einmal zwei Drittel der Wirtschaftskraft des Landes.

Tabelle 1.3 - 1: Das Bruttoinlandsprodukt 1979 je Kopf der Wohnbevölkerung

	DM	Index Landeswert = 100
Kreisfreie Stadt Bielefeld	25.739	113,7
Kreise		
Gütersloh	24.169	106,8
Herford	23.033	101,7
Höxter	14.599	64,5
Lippe	16.732	73,9
Minden-Lübbecke	20.389	90,1
Paderborn	18.340	81,0
Regierungsbezirk Detmold	20.878	92,2
Nordrhein-Westfalen	22.640	100

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

1.4 Regionsspezifische Faktoren der Strukturschwächen

Die ungünstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden in Ostwestfalen-Lippe durch die spezifischen Besonderheiten der regionalen Wirtschaftsstruktur überlagert und verstärken in diesem Raum die Probleme des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Entwicklung.

- **Hoher Anteil an der Verbrauchsgüterindustrie**

  Sinkende Bevölkerungszahlen und stagnierende oder sinkende Einkommen führen zu einem Nachfragerückgang. Der hohe Anteil (Regierungsbezirk Detmold 40,1 %, Landesdurchschnitt 16,9 %) an der schrumpfenden Verbrauchsgüterindustrie bedeutet zur Zeit die größte Schwäche der Region.

- **Die Verbrauchsgüterindustrie hat sich teilweise noch nicht genügend auf die Nachfrageänderung der Verbraucher eingestellt**

  In zahlreichen Konsumgüterbereichen hat sich die Nachfrage gespalten. Gefragt sind einerseits Artikel der unteren Preisklassen und andererseits hochwertige Artikel. Auf diesen Trend muß sich die ostwestfälisch-lippische Wirtschaft noch stärker einstellen.

- **Der Regierungsbezirk ist überdurchschnittlich stark mittelbar und unmittelbar von der Baukonjunktur abhängig**

  In den ländlichen Teilregionen des Regierungsbezirks ist der Anteil der Arbeitsplätze im Baugewerbe besonders hoch. Einige Bereiche der Möbelindustrie, wie insbesondere die Hersteller von Einbauküchen, sind stark von der Neubautätigkeit abhängig.

  Der besonders gravierende Rückgang der Beschäftigten des Baugewerbes in Ostwestfalen-Lippe kann damit zusammenhängen, daß die hiesige Bauindustrie mittelständisch geprägt ist und es an Großunternehmen fehlt, die gegenwärtig bedeutende Auslandsgeschäfte abwickeln.

- **Geringerer Exportanteil als in anderen Regionen**

  Die zur Zeit sehr hohe Auslandsnachfrage nach bundesdeutschen Gütern und Dienstleistungen, die der schlechten Wirtschaftskonjunktur in anderen Regionen des Landes positive Impulse gibt, geht am Regierungsbezirk Detmold teilweise vorbei, weil der Exportanteil der regionalen Wirtschaft bedeutend niedriger als der Landesdurchschnitt ist. Im Jahr 1980 gingen im Landesdurchschnitt 24,4 % der erstellten Güter und Dienstleistungen ins Ausland, im Regierungsbezirk Detmold dagegen nur 17,4 %.

- **Die mittelständisch geprägten Unternehmen verfügen nur über eine dünne Eigenkapitaldecke**

  Firmen mit nur geringem Eigenkapital haben besonders unter dem hohen Zinsniveau für Fremdkapital zu leiden. Die zahlreichen Familienunternehmen des ostwestfälisch-lippischen Raumes können zwar für wenige Jahre durch geringere Entnahmen aus dem Betrieb schwierige wirtschaftliche Situationen überstehen. Halten jedoch über längere Zeit die Umsatz- und Gewinneinbußen an, so ist die Gefahr um so größer, daß an sich leistungsfähige Betriebe aus Liquiditätsgründen geschlossen werden müssen.

1.5 Zukunftsaussichten

Allgemein muß festgestellt werden: Seit 1980 läuft der Wirtschaftsmotor recht langsam, insbesondere in der Region Ostwestfalen-Lippe, die sich in fast allen wirtschaftlichen Bereichen schlechter als der Landesdurchschnitt entwickelt. Hierfür sind u.a. regionsspezifische Ursachen verantwortlich, die auch in Zukunft bestimmend sein werden.

- **Erwerbspersonenentwicklung: Weiterhin stark überdurchschnittliche Zunahme**

Nach der aktuellen Erwerbspersonenvorausschätzung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NW (Stand: Dezember 1980) wird im Regierungsbezirk Detmold die Zahl der Erwerbspersonen von 1980 bis 1995 um 69.400 zunehmen. Ein solcher Zuwachs von 9 % übertrifft bei weitem den für das Land Nordrhein- Westfalen errechneten Anstieg von 3,6 %.

- **Arbeitsplatzentwicklung: Überdurchschnittlicher Rückgang**

Mit den gesamtwirtschaftlichen Annahmen des Prognos-Reports 9 der Prognos AG in Basel hat die Bezirksplanungsbehörde Detmold die Arbeitsplatzentwicklung im Regierungsbezirk Detmold und im Land Nordrhein-Westfalen durchgerechnet. Danach wird unter den Prognos-Annahmen eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 2,5 % und unter Berücksichtigung eines Produktivitätsfortschritts im Regierungsbezirk Detmold die Zahl der Arbeitsplätze von 1977 bis 1995 um 8 % abnehmen, im Land Nordrhein-Westfalen um 7 %. Die ungünstigere Entwicklung in Ostwestfalen-Lippe ist darauf zurückzuführen, daß in dieser Region 1977 62 % der Beschäftigten in schrumpfenden Branchen tätig waren (das ist der höchste Regierungsbezirkswert), im Landesdurchschnitt dagegen nur 57 %.

Damit deuten sich die Beschäftigungsprobleme der kommenden Jahre im Regierungsbezirk Detmold an: Auf der einen Seite wird die Zahl der Erwerbspersonen überdurchschnittlich zunehmen, auf der anderen Seite wird voraussichtlich die Arbeitsplatzentwicklung ungünstiger verlaufen als im Landesdurchschnitt.

Es bedarf großer Anstrengungen aller Wirtschaftsbeteiligten, damit der Raum Ostwestfalen-Lippe in den kommenden Jahren wie in den 70er Jahren einen angemessenen Anteil an der Gesamtentwicklung hat.

2. Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur

2.1 Regionale Wirtschaftsförderung

Die regionale Wirtschaftsförderung will bestehende oder zukünftige Ungleichgewichte in der Arbeitsmarktentwicklung und der Wirtschaftskraft von Teilräumen verringern.

Sie soll dazu beitragen, in den wirtschafts- und strukturschwachen Gebieten Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten zu schaffen und zu erhalten. Dabei sind der Strukturwandel und die optimale Nutzung der Produktionsfaktoren zu fördern.

2.11 Förderungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe

Aus dem Regierungsbezirk Detmold gehören z.Zt. die Arbeitsmarktregionen Detmold-Lemgo, Höxter (Holzminden) und Kassel (mit Warburg und Borgentreich) zu den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe (vgl. Abb. 2.11-1).

In diesen Gebieten können gewerbliche Investitionen mit öffentlichen Mitteln verbilligt werden, wobei die Förderhöchstsätze je nach Maßnahme und Gebiet zwischen 10 und 20 % liegen.

Von 1972 bis 1982 erhielt der Regierungsbezirk Detmold Investitionszulagen und Zuschüsse in Höhe von über 76 Mio. DM aus der Gemeinschaftsaufgabe. Das Fremdenverkehrsgewerbe erhielt von diesem Betrag 7,9 Mio.DM.

Der Planungsausschuß der Gemeinschaftsaufgabe hat am 14. April 1981 im Zuge seiner Neuabgrenzungs-Überlegungen und seiner Überlegungen zur Reduzierung von Fördergebieten beschlossen, aus dem Regierungsbezirk Detmold die Arbeitsmarktregionen Detmold-Lemgo und Kassel (mit Warburg und Borgentreich) aus der Förderung der Gemeinschaftsaufgabe zu entlassen.

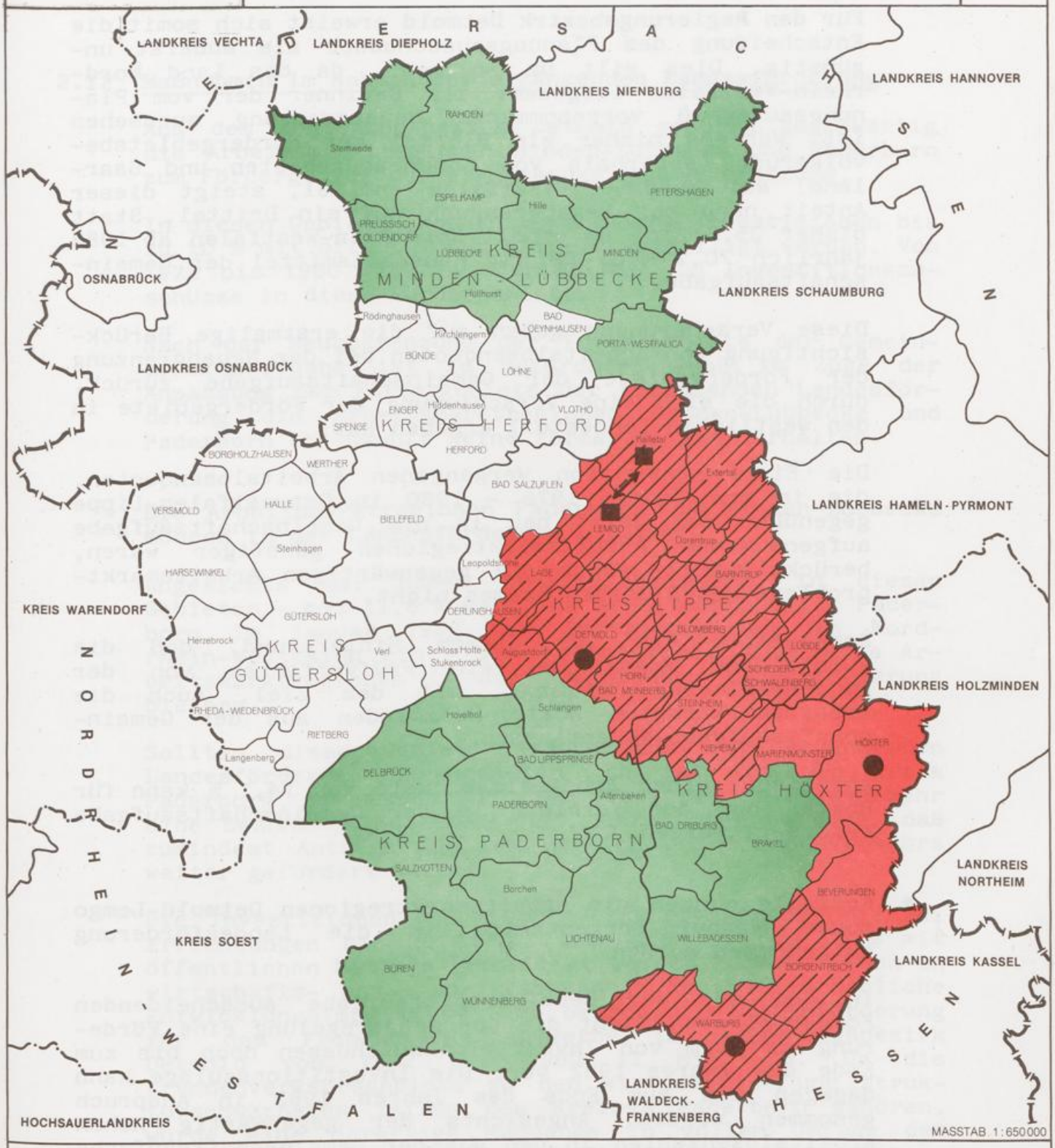
Dies sind Gebiete, in denen die Arbeitslosigkeit 1982 bis zu 11,2 %/11,6 % (Detmold/Lemgo) und 16 % (Warburg) anstieg und damit weit über dem Landes- und Bundesdurchschnitt lag.

Durch den Wegfall der Arbeitsmarktregionen Detmold-Lemgo und Warburg wird im Regierungsbezirk die Fördergebietsbevölkerung in der Gemeinschaftsaufgabe von 343.579 auf 52.739 sinken. Während derzeit noch 19 % der Bevölkerung Ostwestfalen-Lippes in GA-Gebieten lebt, sind es zukünftig nur noch 3 %.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Wirtschaftsförderung Ostwestfalen-Lippe

Abbildung
2.11 -1



Fördergebiete der »Gemeinschaftsaufgabe: Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur« vor der Neuabgrenzung der Fördergebiete lt. Entscheidung des Planungsausschusses vom 14. April 1981

Fördergebiete der »Gemeinschaftsaufgabe«, die nach dem 31.12.1983 entfallen

Fördergebiete der ergänzenden Landesförderung des Landes NW Stand 1.6.1981

■ Übergeordneter Schwerpunkt der »Gemeinschaftsaufgabe« ab 28.2.1981 : Lemgo mit Kalletal (15 %)
(entfällt nach dem 31.12.1983)

● Schwerpunkt der »Gemeinschaftsaufgabe« ab 28.2.1981 :Detmold, Höxter, Warburg (1o %)
(Detmold und Warburg entfallen nach dem 31.12.1983)

Der Regierungspräsident Detmold

Für den Regierungsbezirk Detmold erweist sich somit die Entscheidung des Planungsausschusses als äußerst ungünstig. Dies gilt um so mehr, da das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt als Gewinner der vom Planungsausschuß vorgenommenen Neuabgrenzung anzusehen ist. Während bisher ein Viertel der Fördergebietsbevölkerung (außerhalb von Zonenrandgebieten und Saarland) auf Nordrhein-Westfalen entfiel, steigt dieser Anteil nach der Neuabgrenzung auf ein Drittel. Statt bisher 35,2 Mio. DM erhält Nordrhein-Westfalen ab 1983 jährlich 70,7 Mio. DM der Haushaltsmittel der Gemeinschaftsaufgabe.

Diese Veränderungen gehen auf die erstmalige Berücksichtigung von Arbeitslosenquoten bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe zurück, durch die sich eine Verschiebung der Fördergebiete in den westlichen Landesteil ergeben hat.

Die Einbeziehung von vergangenen Arbeitslosenquoten, die in den Jahren 1976 - 1980 in Ostwestfalen-Lippe gegenüber den jetzt neu in die Gemeinschaftsaufgabe aufgenommenen Arbeitsmarktregionen günstiger waren, berücksichtigt jedoch die gegenwärtigen Arbeitsmarktprobleme des hiesigen Raumes nicht.

Bedauerlich ist vor diesem Hintergrund, daß die europäische Kommission ein Prüfverfahren von der Bundesregierung verlangt, mit dem Ziel, auch die Arbeitsmarktregion Höxter-Holzminden aus der Gemeinschaftsaufgabe zu entlassen.

Angesichts einer Arbeitslosenquote von 14,1 % kann für Höxter nur der Verbleib in der Gemeinschaftsaufgabe gefordert werden.

- **Notfalls müssen die Arbeitsmarktregionen Detmold-Lemgo sowie Warburg-Borgentreich in die Landesförderung aufgenommen werden**

  In den aus der Gemeinschaftsaufgabe ausscheidenden Fördergebieten sieht die Übergangsregelung eine Förderung in Form von Investitionszuschüssen noch bis zum Ende des Jahres 1982 vor. Die Investitionszulage kann dagegen bis zum Ende des Jahres 1983 in Anspruch genommen werden. Angesichts der gegenwärtig hohen Arbeitslosenzahlen in den aus der Gemeinschaftsaufgabe ausscheidenden Gebieten muß die Auslaufregelung unbedingt überprüft werden. Sofern diese Bemühungen ohne Erfolg bleiben, ist die Aufnahme in die ergänzende Landesförderung dringend erforderlich.

2.12 Maßnahmen im Rahmen der ergänzenden Landesförderung

Aus dem Regierungsbezirk Detmold gehören gegenwärtig die Arbeitsmarktregionen Minden-Lübbecke und Paderborn zum Fördergebiet der ergänzenden Landesförderung.

In diesen Gebieten können gewerbliche Investitionen bis zu 10 % mit öffentlichen Mitteln verbilligt werden. Von 1972 bis 1980 flossen über 46 Mio. DM Investitionszuschüsse in diese Fördergebiete.

Nach der Neuabgrenzung der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe ist zu befürchten, daß im Zuge der Anpassung der Fördergebiete der ergänzenden Landesförderung die Arbeitsmarktregionen Minden-Lübbecke und Paderborn in Zukunft keine Förderung mehr erhalten.

- **Die Arbeitsmarktregionen Paderborn und Minden-Lübbecke müssen in der Landesförderung bleiben**

  Angesichts der hohen Arbeitslosenquoten in diesen Gebieten - mit 11,6 % nahm der Arbeitsamtsbezirk Paderborn im Januar 1982 die Spitzenstellung in Nordrhein-Westfalen ein - ist es notwendig, daß beide Arbeitsmarktregionen in der ergänzenden Landesförderung bleiben.

  Sollten diese Gebiete jedoch aus der ergänzenden Landesförderung herausfallen, so ist für den Kreis Paderborn, in dessen südlichem Teil der Fremdenverkehr eine besondere Bedeutung hat, darauf hinzuwirken, daß zumindest Anträge aus dem Bereich des Fremdenverkehrs weiter gefördert werden.

  Die Investitionen des Fremdenverkehrsgewerbes, die bei Errichtungen bis zu 15 %, ansonsten bis zu 10 % mit öffentlichen Mitteln verbilligt werden können, lösen in wirtschafts- und strukturschwachen Regionen erhebliche Entwicklungsimpulse aus. So betrug die Landesförderung für das Fremdenverkehrsgewerbe im Regierungsbezirk Detmold von 1972 bis 1980 11 Mio. DM. Da die Fremdenverkehrsgebiete zu den wirtschafts- und strukturschwächsten Teilen des Kreises Paderborn gehören, würde eine derartige Maßnahme in vollem Umfang den Zielen der regionalen Wirtschaftsförderung entsprechen.

2.2 Die Mittelstandsförderung

Die mittelständischen Unternehmen im Regierungsbezirk Detmold erhielten von 1971 bis 1980 zinsgünstige

Kredite in Höhe von 278 Mio. DM. Das entspricht einem Anteil von 13,7 % am Mittelstandskreditprogramm. Diese etwas über dem Landesdurchschnitt liegende Mittelstandsförderung trägt der besonderen Bedeutung der kleinen und mittelgroßen Unternehmen im Regierungsbezirk Detmold Rechnung.

Inzwischen ist das Mittelstandskreditprogramm vom September 1976 zum 31.12.1981 ausgelaufen. Entsprechend der geänderten Prioritäten des Landes, vornehmlich Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, hat die Landesregierung mit Wirkung vom 1.1.1982 ein neues, beschäftigungsorientiertes Programm aufgelegt unter dem Titel "Beschäftigungsorientiertes Förderprogramm". Danach können kleinere und mittlere Unternehmen der mittelständischen Wirtschaft Finanzhilfen des Landes Nordrhein-Westfalen in Anspruch nehmen bei

- Existenzgründung und Exitenzsicherung und bei
- Verlagerung zur Beseitigung von Entwicklungshemmnissen.

2.3 Das Technologie-Programm Wirtschaft

Nach dem Technologie-Programm Wirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen können Projekte von mittelständischen Unternehmen, die zu neuen Produkten oder Produktionsverfahren führen, angefangen von der Ideensuche bis zur Markteinführung gefördert werden. Von 1978 bis 1980 flossen Investitionszuschüsse in Höhe von 10,8 Mio. DM (das ist ein Anteil von 9,5 % an diesem Förderprogramm) in den Regierungsbezirk Detmold.

Das Technologie-Programm sollte von noch mehr mittelständischen Unternehmen in OstwestfalenLippe genutzt werden.

3. Kommunale Gebietsstruktur und Finanzkraft der Gemeinden

3.1 Kommunale Gebietsstruktur

Die am 1.1.1975 mit dem Inkrafttreten des Sauerland/Paderborn-Gesetzes und endgültig im Jahre 1976 mit den Entscheidungen über zwei Verfassungsbeschwerden abgeschlossene kommunale Neugliederung hat die Gebietsstruktur im Regierungsbezirk Detmold tiefgreifend und für die weitere Entwicklung des Raumes entscheidend verändert. Dies geht aus der folgenden Übersicht hervor:

Tabelle 3.1-1: Kommunale Neugliederung

Gemeindegrößen		Zahl der Gemeinden vor der Gebietsreform	nach der Gebietsreform
unter 500	Einw.	164	-
501 - 1.000	Einw.	155	-
1.001 - 2.000	Einw.	157	-
2.001 - 5.000	Einw.	110	1
5.001 - 10.000	Einw.	46	14
10.001 - 20.000	Einw.	12	33
über 20.000	Einw.	8	22
Gemeinden zusammen		652	70

Nach dem Ergebnis der Gebietsreform ist die Zahl der Gemeinden im Regierungsbezirk Detmold stärker als im Landesdurchschnitt zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Gemeinden des Landes NW ging von 2.334 um 83 v.H. auf 396 zurück; die Zahl der Gemeinden im Regierungsbezirk ging von 652 von 89,3 v.H. auf 70 zurück. Diese Abweichung ist bedingt durch die besonderen Verhältnisse im Gebiet des ehemaligen Landes Lippe, wo der Anteil der Gemeinden bis zu 1.000 Einwohner (96 Gemeinden) weit über dem Landesdurchschnitt lag und die ehemals preußische Ämterverfassung nicht eingeführt war.

Die neu gebildeten 69 kreisangehörigen Gemeinden weisen aufgrund der Einwohnerdichte und der Siedlungsstruktur folgende generellen Merkmale auf:

- 48 Gemeinden (entsprechend 70 v.H.) liegen unter der durchschnittlichen Einwohnerdichte der kreisangehörigen Gemeinden des Landes (312,6 Einwohner/km^2),
- mindestens 6 Gemeinden sind als zwei- oder dreipolige Gemeinden zu bezeichnen,

- mindestens 12 Gemeinden haben schwach entwickelte Ortskerne.

Wenn die kommunale Gebietsreform auch nicht in allen Fällen ungeteilte Zustimmung fand, so schuf sie doch die Voraussetzung für die notwendige weitere Entwicklung des ostwestfälisch-lippischen Raumes. Sie fand ihre verwaltungsmäßige Ergänzung in der (noch nicht völlig abgeschlossenen) Funktionalreform. Diese brachte die rechtstechnische (nicht kommunalverfassungsrechtliche) Unterscheidung zwischen kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 60.000 Einwohnern (Große kreisangehörige Städte) und kreisangehörigen Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohnern (Mittlere kreisangehörige Städte).

Große kreisangehörige Städte sind:
Detmold, Gütersloh, Herford, Minden und Paderborn.

Mittlere kreisangehörige Städte sind:
Bad Oeynhausen, Bad Salzuflen, Bünde, Höxter, Lage, Lemgo, Löhne, Porta Westfalica und Rheda-Wiedenbrück.

Die Zuweisung zusätzlicher Verwaltungsaufgaben (insbesondere durch Verlagerung von Aufgaben aus der Kreisebene) an diese Städte beruht auf ihrer generell größeren Leistungs- und Verwaltungskraft gegenüber den sonstigen Gemeinden.

3.2 Finanzkraft der Gemeinden und Förderungen des Landes

Die Gemeindefinanzreform von 1970 hat die kommunalen Einnahmen deutlich verbessert. Die Schulfinanzreform entlastete die kommunalen Haushalte, indem das Land die Lehrerstellenbeiträge übernahm. Darüber hinaus haben Finanzzuweisungen des Landes, die schon immer im Vergleich zu anderen Flächenländern eine Spitzenstellung einnahmen, die Investitionstätigkeit der Gemeinden stark unterstützt und dazu beigetragen, daß sich in den letzten 10 Jahren die kommunale Infrastruktur in allen Bereichen sichtbar vervollständigt und an Qualität zugenommen hat.

- **Situation: Durchschnittliche Finanzkraft der Gemeinden**

Die Finanzkraft der Stadt Bielefeld und der kreisangehörigen Gemeinden entspricht in etwa den Landesdurchschnittswerten der kreisfreien Städte und übrigen Gemeinden (vgl. Tab. 3.2-1):

Tabelle 3.2-1: Steuereinnahmekraft und Schulden der Gemeinden 1980

	Steuereinnahmekraft der Gemeinden 1980 DM je Einwohner	Schulden am 31.12.1980 der Gemeinden DM je Einwohner
kreisfreie Stadt Bielefeld	884,35	1.804,80
Gemeinden in den Kreisen		
Gütersloh	832,85	537,67
Herford	776,15	1.211,47
Höxter	524,77	1.887,47
Lippe	679,36	1.135,13
Minden-Lübbecke	704,95	1.084,63
Paderborn	583,94	1.866,10
Regierungsbezirk Detmold	731,25	1.308,36
davon:		
kreisfreie Stadt	884,35	1.804,80
kreisangehörige Gemeinden	699,38	1.205,02
Land Nordrh.-Westf.	771,68	1.711,77
davon:		
kreisfreie Stadt	870,21	2.097,17
kreisangehörige Gemeinden	691,63	1.398,70

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Innerhalb des Regierungsbezirks Detmold ergeben sich bezüglich der Finanzkraft der Gemeinden deutliche Unterschiede. Es können drei Gruppen gebildet werden: Vorne liegen Bielefeld und die Gemeinden der Kreise Gütersloh und Herford, mit deutlichem Abstand folgen im Mittelfeld die Gemeinden der Kreise Minden-Lübbecke und Lippe, am Schluß sind die Gemeinden der Kreise Paderborn und Höxter zu finden.

Detmold Landesbibliothek

Es zeigt sich also, in Abhängigkeit zu der den Regierungsbezirk durchquerenden Verdichtungsachse ein deutliches Gefälle zwischen den Städten und Gemeinden in den dichter besiedelten Bereichen und in den Randzonen. Die Ursachen sind in der ländlichen Struktur der Kreise und einem geringeren Industriebesatz insbesondere in zahlreichen Gemeinden des Hochstifts Paderborn zu suchen. Acht Gemeinden in den Kreisen Höxter und Paderborn sind auf Leistungen aus dem Ausgleichsstock angewiesen, weil sie nicht in der Lage sind, ihren Haushalt auszugleichen. Es besteht die Gefahr, daß sich die Zahl der Ausgleichsstockgemeinden erhöht.

- **Situation: Unterdurchschnittliche Verschuldung der Gemeinden**

Die Verschuldung der kreisfreien Stadt Bielefeld und der kreisangehörigen Gemeinden des Regierungsbezirks Detmold liegen deutlich unter den jeweiligen Landesdurchschnitten. Allerdings weisen die Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft häufig eine stark überdurchschnittliche Verschuldung auf (vgl. Tab. 3.2-1, Kreise Höxter und Paderborn).

Um auch den finanzschwachen Gemeinden eine angemessene Entwicklung zu ermöglichen, wie es das Landesentwicklungsprogramm vorsieht, waren in der Vergangenheit überdurchschnittlich hohe Finanzleistungen des Landes erforderlich.

Überdurchschnittliche Förderungen erfuhr der Regierungsbezirk im Jahre 1971 bis 1980 in folgenden Förderbereichen:

	Index (Landesdurchschnitt = 100)
- Naturschutz, Landschaftsschutz und Erholungsmaßnahmen	209,6
- Förderung der Landwirtschaft	197,6
- Gesundheitswesen	195,3
- Krankenhäuser	152,3
- Forstwirtschaft	150,0
- kulturelle Angelegenheiten	138,1
- Wasserwirtschaft	137,6
- Städtebauförderung	126,0
- Schulen und Bildungswesen (ohne Hochschulen)	119,4

Durchschnittliche Förderungen weisen folgende Bereiche auf:

- Straßenbau	104,0
- Sport	99,3
- Wohnungsbauförderung	95,0
- Umweltschutz	94,2

Unterdurchschnittliche Förderung ist in folgenden Bereichen festzustellen:

- Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	46,4
- öffentlicher Personennahverkehr	32,8

Aus der nachfolgenden Tabelle 3.2-2 ergeben sich in absoluten Zahlen die Finanzleistungen des Landes NW für den Regierungsbezirk Detmold in den Jahren 1976 bis 1981 in den Förderbereichen, in denen der Bezirksplanungsrat mitgewirkt hat.

- **Die Gemeinden müssen sich auf niedrigere Zweckzuweisungen einstellen**

Die ungünstige Entwicklung der Landesfinanzen wird in den nächsten Jahren auch Auswirkungen auf die Höhe der Finanzzuweisungen an die Gemeinden haben. Entsprechend dem Drängen der Kommunen hat das Land in den letzten Jahren das Verhältnis zwischen Schlüsselzuweisungen und Zweckzuweisungen merklich zugunsten der allgemeinen Zuweisungen verändert. Betrug dieses Verhältnis im Jahr 1980 noch 77,9 : 22,1, so veränderte es sich 1982 auf 84,3 : 15,7. Ein erheblicher Teil der in den nächsten Jahren zur Verfügung stehenden Zweckzuweisungen ist darüber hinaus durch Anfinanzierungen und Verpflichtungsermächtigungen gebunden oder in Gesamtmaßnahmen einbezogen, so daß die Fördermittel, die für zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung stehen, äußerst begrenzt sein werden.

Diese Entwicklung wird zu neuer Prioritätenbildung zwingen.

Mehr noch als bisher wird die Frage des Bedarfs in den Vordergrund gestellt werden müssen. Um die Unterstützung des Landes möglichst vielen Projekten zuteil werden zu lassen, wird auch eine Senkung der Fördersätze unumgänglich sein.

Tabelle 3.2-2

Verausgabte Mittel (in Millionen DM), geförderte Wohneinheiten (WE) in Förderbereichen, in denen der Bezirksplanungsrat besonders mitwirkt (§ 7 Abs. 2 LPlG NW).

Förderbereich	1976	1977	1978	1979	1980	1981
1. Städtebau	187,2	134,6	209,2	235,6	218,6	127,4
2. Wohnungsbau	-	-	-	3.204 WE 17,9	3.447 WE 18,9	3.094 WE 23,9
3. Schul- u. Sportstättenbau	80,2	98,8	77,9	85,6	79,0	62,7
4. Krankenhausbau	63,6	54,4	56,2	37,7	88,0	94,7
5. + 6. Freizeit- u. Erholungswesen/Landschaftspflege	2,0	2,0	2,0	3,0	2,1	2,6
7. Wasserwirtschaft	50,7	56,3	74,0	95,6	97,2	79,8
8. Abfallbeseitigung	(von 1976 bis 1980 im Rahmen des Städtebaus gefördert)					21,3

- **Selbständige Haushaltswirschaft - Sparen im Personalhaushalt**

Die Städte und Gemeinden können sich in Zukunft in ihrer Investitionstätigkeit nicht mehr wie bisher an erwartete Landesförderungen binden. Sie sind stärker als bisher gezwungen, durch eigene Dispositionen in ihrer Haushaltswirtschaft notwendige Investitionen zu ermöglichen.

Die schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Umstände werden zu einer verschärften Prioritätensetzung führen müssen. Vieles muß neu auf seine Notwendigkeit hin überprüft werden. Insgesamt gesehen sind die Voraussetzungen, daß Gemeinden in Ostwestfalen weiterhin investieren können, nicht so schlecht wie im gesamten Land. Dafür spricht nicht nur die relativ geringe Verschuldung bei durchschnittlicher Steuerkraft. Hier gibt es auch noch Spielräume auf der Einnahmensseite.

In allen relevanten Größenklassen liegen die Hebesätze der kreisangehörigen Gemeinden unter dem Landesdurchschnitt. So beträgt der durchschnittliche Gewerbesteuerhebesatz 1981 in der Größenklasse folgende Werte in Hundert:

Gemeindegrößenklasse	Ostwestfalen-Lippe	Land NW
5.000 bis 10.000 Einwohner	262	264
10.000 bis 20.000 Einwohner	257	267
20.000 bis 50.000 Einwohner	272	279
50.000 bis 100.000 Einwohner	283	291
über 100.000 Einwohner	260	313

Der Gewerbesteuerhebesatz in der kreisfreien Stadt Bielefeld beträgt 345 v.H., der Durchschnittshebesatz der kreisfreien Städte vergleichbarer Größe von 300.000 bis 500.000 Einwohner in Nordrhein-Westfalen 356 v.H.

Es gibt aber in Gemeinden des Bezirkes auch die Möglichkeit, im konsumtiven Bereich zu sparen. Dabei spielt der Bereich der Personalkosten eine ausschlaggebende Rolle.

Im Jahre 1980 lag in den kreisangehörigen Gemeinden die Durchschnittsbedienstetenzahl (ohne Krankenhäuser und Wirtschaftsbetriebe) je 10.000 Einwohner in unserem Bezirk bei 75 Bediensteten, im Landesdurchschnitt bei 84 Bediensteten.

In der kreisfreien Stadt Bielefeld gibt es 148 Bedienstete auf 10.000 Einwohner, im Landesdurchschnitt der kreisfreien Städte 151 Bedienstete je 10.000 Einwohner.

Daß hier noch Einsparungsmöglichkeiten bestehen, verdeutlicht die unterschiedliche durchschnittliche Personalausstattung je 10.000 Einwohner in den Gemeinden des Regierungsbezirks, nach Kreisen zusammengefaßt:

Gütersloh	61
Herford	81
Höxter	78
Lippe	84
Minden-Lübbecke	72
Paderborn	77

4. Infrastruktur

4.1 Bildung, Kultur und Sport

4.11 Schulen

- **Rückblick: Die schulorganisatorische Entwicklung konnte weitgehend abgeschlossen werden**

Grund- und Hauptschulen

Im Regierungsbezirk Detmold wurden seit 1969 776 bestehende Volksschulen in 400 leistungsfähige Grund- und 146 Hauptschulen umgewandelt.

Die Hauptschule erfuhr durch Einrichtung von 10. Klassen eine wesentliche Ausweitung als eine der weiterführenden Schulen, die entsprechende Bildungsabschlüsse vermittelt.

Sonderschulen

Zu den Schulformen, die sich seit 1969 besonders stark entwickelt haben, gehören die zur Zeit vorhandenen 80 Sonderschulen. 17 Schulen für Lernbehinderte, die damals noch Hilfsschulen hießen, stehen heute 48 solcher Schulen gegenüber, die eine weitgehende ortsnahe schulische Versorgung sicherstellen. Die drei Schulen für Geistigbehinderte in Bethel, Eben-Ezer (Lemgo) und Wittekindshof (Bad Oeyhausen) sind um 10 weitere Schulen dieser Art, teils als Ersatzschulen, teils als öffentliche Schulen ergänzt worden.

Weiter entstanden Schulen für Körperbehinderte, Schwerhörige, Sehbehinderte und Sprachbehinderte sowie Schulen für Erziehungshilfe und Sonderschulen des berufsbildenden Bereichs.

Realschulen

Bemerkenswert ist die Entwicklung im Realschulwesen. Im Jahre 1969 gab es 57 Realschulen. Bis heute ist die Zahl auf 76 angestiegen. Dies ist ein sichtbarer Beweis für die Anziehungskraft dieser Schulform in unserem Bereich, die sich auch deutlich in erheblich über dem Landesdurchschnitt liegenden Übergangsquoten ausdrückt.

Gymnasien

Das 1969 erklärte Entwicklungsziel, die unterdurchschnittliche Versorgung an Gymnasien im ländlichen Bereich abzubauen, ist weitgehend erreicht. Nach Gründung der Gymnasien in Lage, Beverungen, Verl, Steinheim, Barntrup und Porta Westfalica kann man feststellen, daß eine ausreichende Versorgung im gymnasialen Bereich nunmehr gegeben ist.

Drei Gesamtschulen und zwei freie Waldorfschulen ergänzen das gymnasiale Schulwesen.

Seit 1970 haben sich die Übergangsquoten von der Hauptschule zur Realschule und zum Gymnasium deutlich zugunsten der zuletzt genannten Schulen verschoben:

Berufsbildende Schulen

Der Regierungsbezirk Detmold verfügt über ein gut ausgebautes, in Schulzentren oder Bündelschulen gegliedertes Berufsschulwesen. Es umfaßt neben einem umfangreichen Angebot an Teilzeitklassen - aufsteigende Klassen, Kreisfachklassen und Bezirksfachklassen - auch ein stark ausgebautes Berufsfachschulsystem, eine stark differenzierte Fachoberschule und ein Fachschulsystem - Fachschule für Technik, für Gestaltung und für Sozialpädagogik -, das den Anforderungen voll genügt. Die vier Kollegschulen des Bezirks befinden sich in weiterführenden Modellphasen; die drei Schulen des Kreises Herford erproben ein Ausbaumodell aus beruflichen Schulen, die Kollegschule der von Bodelschwingh'schen Anstalten in Bethel ein Konvergenzmodell, nämlich die Integration der beruflichen Schulen der Sekundarstufe II und der gymnasialen Oberstufe.

Schulbau

Diese Schulentwicklung wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Schulträger mit wesentlicher Hilfe des Landes Nordrhein-Westfalen die baulichen Voraussetzungen dafür geschaffen hätten. Das Land hat für 899 geförderte Schulbaumaßnahmen einen Zuwendungsbetrag von über 1 Milliarde DM in unserem Bezirk zur Verfügung gestellt. Einzelheiten ergeben sich aus der Tabelle 4.11-2.

Der Schwerpunkt der Förderung lag im Bau von Schulzentren, Berufsschulen und im Sportstättenbau. Hervorzuheben ist, daß durch diese Maßnahmen der Wirtschaft, insbesondere auch der Bauwirtschaft des Regierungsbezirks, ein Investitionsvolumen von ca. 2,4 Milliarden DM zugeflossen ist.

Tabelle 4.11-1: Übergangsquote zu den weiterführenden Schulen in den Jahren 1970 und 1979 im Regierungsbezirk Detmold

Schulform	1970	1979
Hauptschule *)	56 %	45 %
Realschule	24 %	28 %
Gymnasium	20 %	27 %

*) einschließlich der Klassen 5 - 9 der Volksschule

Tabelle 4.11 - 2 : Schulbaumaßnahmen im Regierungsbezirk Detmold von 1969 - 1982

Maßnahme:	Neubau	Erw.Bau	Umbau/ Erwerb	Bewilligte Landeszusch. DM	Turnhallen **) + LSB.	Übungseinheiten	Bewilligte Landeszusch. DM	Bewilligte Landeszusch. Spalte 5 + 8 DM
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Grundschulen	38	129	3	75.850.900,--	99 + 18	120	42.979.100,--	118.830.000,--
Hauptschulen *)	9	83	-	50.311.000,--	23 + -	31	11.950.100,--	62.261.100,--
Realschulen *)	1	21	3	5.906.800,--	10 + -	15	5.476.800,--	11.383.600,--
Gymnasien *)	5	37	1	37.533.400,--	11 + -	19	7.249.900,--	44.783.300,--
Sonderschulen	21	42	3	65.682.500,--	22 + 8	30	11.494.500,--	77.177.000,--
Berufsschulen	9	45	8	184.991.100,--	15 + -	42	23.562.700,--	208.553.800,--
Schulzentren	57	87	3	369.313.700,--	72 + 2	186	85.140.500,--	445.214.200,--
Gesamtschulen	2	-	-	31.877.400,--	4 + -	8	3.287.200,--	25.104.600,--
Volkshochschulen	-	-	8	16.121.300,--	- -	-	- - -	16.121.300,--
S u m m e :	142	444	29	837.588.100,--	256 + 28	451	191.140.800,--	1.009.428.900,--

*) außerhalb von Schulzentren
**) LSB.=Lehrschwimmbecken

- **Problem: Die demographische Entwicklung verändert die Schullandschaft**

  Die demographische Entwicklung ist seit Mitte der sechziger Jahre durch den Geburtenrückgang geprägt (vgl. Tab. 4.11-3). Im Primarbereich hat der Schülerrückgang schon weitgehend stattgefunden und wird 1984 auf seinem Tiefstand sein, um dann im Jahre 1990 den heutigen Stand wieder zu erreichen.

- **Problem: Zunahme der ausländischen Schüler**

  Die Entwicklung im Schulbereich wird weiterhin bestimmt durch den anwachsenden Anteil der ausländischen Kinder. Im Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1980 beträgt der Anteil der ausländischen Kinder an den Lebendgeborenen im Regierungsbezirk Detmold insgesamt 13 % (Landesdurchschnitt 15 %). Hinzu kommt eine starke Zuwanderung von ausländischen Kindern und Jugendlichen, die nicht in Deutschland geboren wurden.

  Eine Zunahme der ausländischen Schüler ist in allen Schulformen und Schularten - besonders bei Grund- und Hauptschulen - zu beobachten.

  Probleme entstehen im wesentlichen durch die Gruppe der türkischen Kinder aufgrund ihres anderen soziokulturellen Hintergrundes und ihrer moslemischen Religion sowie den häufig nicht hinreichenden deutschen Sprachkenntnissen.

  Das aufgezeigte Problem wird deutlicher für den Grundschulbereich, wenn man die Verteilung der ausländischen Schüler in den Grundschulen nach Nationalitäten und Kreisen betrachtet:

  Danach sind 58,5 % der ausländischen Schüler Kinder aus der Türkei. Die Tabelle zeigt, daß die ausländischen Kinder schwerpunktmäßig in dem Gebiet der Stadt Bielefeld und in den Kreisen Herford und Gütersloh anzutreffen sind. In diesen Gebieten treten besondere schulorganisatorische und pädagogische Probleme in den Schulen auf, die in Stadtteilen liegen, die schwerpunktmäßig von Ausländern bewohnt werden.

  Gleiches gilt in Gemeinden mit vorwiegend Bekenntnisgrundschulen für die Gemeinschaftsgrundschule, die in der Regel die moslemischen Schüler aufnehmen muß.

Tabelle 4.11 - 3: Prognose des prozentualen SchülerrÜckgangs von 1981 bis 1990 im Regierungsbezirk Detmold auf den Schülerbestand in den Schulen

	Hauptschule	Realschule	Gymn. Sek. I	Gymn. Sek. II
Stadt Bielefeld	38,5 %	34 %	40,5 %	39 %
Kreis Gütersloh	33 %	32 %	25 %	10,5 %
Kreis Herford	39 %	35 %	34,5 %	27 %
Kreis Höxter	32,5 %	38,5 %	29 %	18,5 %
Kreis Lippe	34 %	39,5 %	37,5 %	25 %
Kreis Minden-Lübbecke	41 %	40 %	35,5 %	11,5 %
Kreis Paderborn	25 %	23 %	26 %	21 %
Reg.-Bezirk Detmold	35 %	34,5 %	33 %	22,5 %
Land NW	35 %	34 %	35 %	21 %

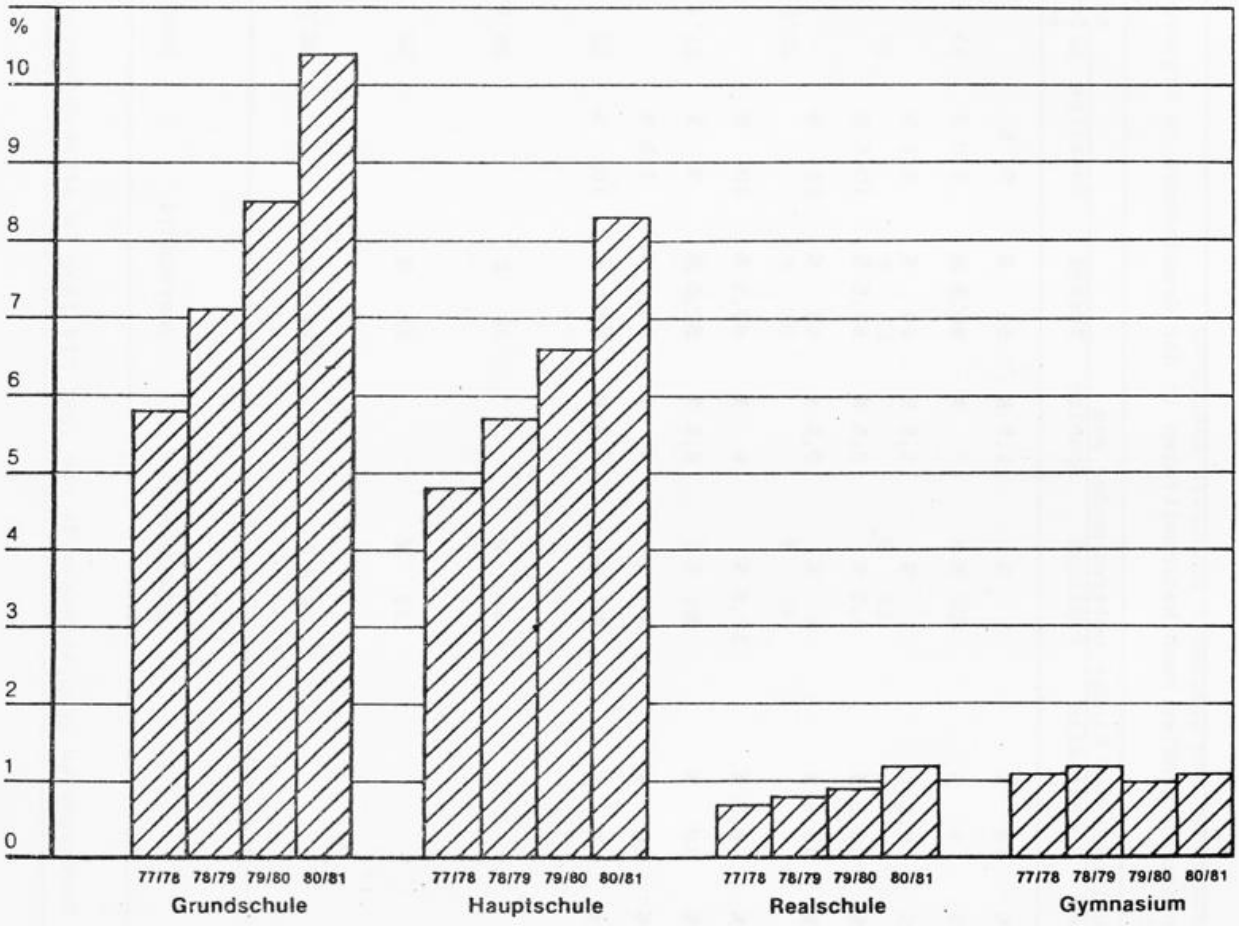
Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Tabelle 4.11 - 4 : Anteil der ausländischen Schüler nach Nationalitäten in der Grundschule im Regierungsbezirk Detmold im Schuljahr 1980/81

Verwaltungs-bezirk	Anteil der ausländischen Kinder untereinander aus							Anteil der ausländischen Schüler an der Gesamt-schülerzahl
	Griechenland	Italien	Jugoslawien	Portugal	Spanien	Türkei	Sonstige	
Bielefeld	16,5 %	5 %	13 %	1 %	1,5 %	58 %	5 %	18 %
Gütersloh	10 %	5,5 %	9 %	3 %	7 %	60,5 %	5,0 %	13 %
Herford	7 %	13,5 %	6,5 %	1 %	1,5 %	64 %	6,5 %	12,5 %
Höxter	1 %	5,5 %	10,5 %	6,5 %	3,5 %	62,5 %	10,5 %	4,5 %
Lippe	4 %	4 %	10,5 %	3 %	3,5 %	63 %	12 %	8 %
Minden-Lübbecke	9,5 %	7 %	6,5 %	12,5 %	6 %	48,5 %	10 %	7 %
Paderborn	0,5 %	18,5 %	10 %	3 %	6,5 %	52,5 %	9 %	9 %
Reg.Bez.DT	9 %	8 %	10 %	3 %	4 %	58,5 %	7,5 %	10,5 %
NW	7 %	9,5 %	8 %	3 %	3,5 %	59 %	10 %	15 %

Abbildung 4.11-1

Anteil der ausländischen Schüler nach Schularten im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl im Reg.-Bezirk Detmold von Schuljahr 1977/78 bis Schuljahr 1980/81



Schwierigkeiten können sich auch für einige Hauptschulen ergeben. Bei einer Übergangsquote von ca. 80 % der türkischen Schüler zur Hauptschule kann sich in den von Ausländern stärker bewohnten Stadtteilen der Anteil türkischer Schüler in der Hauptschule nochmals beträchtlich erhöhen. Dies wiederum führt zu einer Veränderung des Wahlverhaltens der deutschen Schüler. So sinkt in Stadtteilen mit hohen Ausländeranteilen, insbesondere Türken, die Übergangsquote der deutschen Schüler zur Hauptschule erheblich ab.

In den berufsbildenden Schulen sind noch verhältnismäßig wenig ausländische Schüler. Jedoch zeichnet sich im Berufsvorbereitungsjahr (landesweit von 13 % 1978 auf 35 % 1981) ein rapider Anstieg des Ausländeranteils ab.

Ein besonderes Problem bilden hier die sogenannten Seiteneinsteiger (ausländische Schüler, die während des Schuljahres nach Deutschland kommen).

- **Ziel: Sicherung des Versorgungsnetzes**

Die aufgezeigten Veränderungen stellen nicht nur im Regierungsbezirk Detmold ein Problem dar. Im Rahmen der zu erwartenden Vorgaben des Landes wird ein Hauptanliegen der regionalen Bildungspolitik für die neunziger Jahre darin bestehen, das Versorgungsnetz der Schulen zu sichern.

Damit ist nicht die Erhaltung aller Einzelstandorte von Schulen in den Gemeinden angesprochen, sondern die Aufrechterhaltung eines Standortnetzes, das in Übereinstimmung mit den Festlegungen der Raumordnung und Landesplanung eine gute Erreichbarkeit sowie die pädagogische und finanzielle Tragfähigkeit des Bildungsangebotes aller Schulstufen und Schulformen gewährleistet und den sozialen und kulturellen Bedürfnissen der Städte und Gemeinden Rechnung trägt.

a) <u>Primarbereich</u>

Im Primarbereich hat die wohn-, orts- bzw. stadtteilbezogene Versorgung mit Grundschulen besondere Bedeutung. Im Regierungsbezirk Detmold kann die Ein- bis Zweizügigkeit aber in der Regel gehalten oder sogar überschritten werden; über die Hälfte aller Grundschulen sind zwei- und mehrzügig. Besondere schulorganisatorische Maßnahmen erscheinen deshalb nicht angezeigt. In der Zukunft wird es allerdings weiterhin notwendig sein, die Ausnahmetatbestände des §16a Schulordnungsgesetz auszuschöpfen, um kleinere Schulen beizubehalten und so den besonderen Bedingungen des ländlichen Raumes gerecht zu werden.

b) Sekundarbereich

In der Sekundarstufe I liegen die Probleme in den Verdichtungsgebieten anders als in den ländlichen Räumen. Das Ziel des Landes ist es, in den Ballungsräumen - auch bei stark zurückgehenden Schülerzahlen - eine pädagogisch und ökonomisch günstige Schulgröße von in der Regel 3 Zügen zu sichern; auf jeden Fall sollte die gute Zweizügigkeit gewahrt bleiben.

Schulen in bevölkerungsstarken Zentren

Besondere Probleme wirft dieses Ziel für den Hauptschulbereich auf. Um nur eine glatte Zweizügigkeit zu erhalten, müßten in den Oberzentren und großen Mittelzentren des Bezirkes mittel- und langfristig eine Reihe von Hauptschulen zusammengelegt werden, da etwa die Hälfte dieser Schulen voraussichtlich nur knapp zweizügig sein wird oder sogar in die Einzügigkeit abzusinken droht. Hier wird es notwendig sein, schulorganisatorische Maßnahmen zu ergreifen, wie die Zusammenlegung mehrerer Hauptschulen oder die Einführung der Gesamtschule.

Im Realschul- und Gymnasialbereich ergeben sich, von Ausnahmen abgesehen, keine Probleme, da dort in der Regel die Schulgröße gut zweizügig oder größer bleiben wird.

Schulen im ländlichen Bereich

Problematischer wird es sein, im ländlichen Bereich pädagogisch und ökonomisch optimale Betriebsgrößen der Schulen zu erhalten. Hier stellt sich die Aufgabe, ein Schulangebot in zumutbarer Entfernung zum Wohnort der Schüler zu sichern, das die Grundanforderungen an unterrichtliche Differenzierung und pädagogische Leistungsfähigkeit erfüllt. Für die knapp 50 % ein- bis knapp zweizügigen Hauptschulen wird es erforderlich sein, die Ausnahmetatbestände des § 16a Abs. 4 bis 6 Schulordnungsgesetz auszuschöpfen, um die in der Regel einzige Hauptschule in der Gemeinde oder im Ortsteil zu erhalten. Gegebenenfalls müssen auch innerschulische Maßnahmen in Erwägung gezogen werden, um eine hinreichende Differenzierung zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang wird die Errichtung von Gesamtschulen an Bedeutung gewinnen.

Im Realschulbereich wird es notwendig sein, Schulen, die in eine, allerdings volle Einzügigkeit zurückfallen, weitgehend zu halten, da sie in den kleinen ländlichen Gemeinden oft die einzige weiterführende Schule neben der Hauptschule darstellen.

- **Neues Schulangebot: Gesamtschule**

  Es ist Ziel des Landes, die Gesamtschule als Angebotsschule neben den traditionellen Schulformen einzuführen. Die Gesamtschule kann von den Schulträgern zur Komplettierung des vorhandenen Bildungsangebotes - inbesondere dort, wo bisher eine Versorgung mit Realschulen und Gymnasien nicht gegeben war - angeboten werden. Sie sollte aber auch zur dauerhaften Erhaltung des ortsnahen Bildungsangebotes genutzt werden.

- **Ziel: Schulische Versorgung der ausländischen Schüler**

  Die schulische Versorgung für die ausländischen Kinder ist von dem Grundsatz einer sozialen, sprachlichen und kulturellen Eingliederung für die Dauer des Aufenthaltes geprägt. Deshalb sollen ausländische Kinder und Jugendliche grundsätzlich gemeinsam mit den deutschen Schülern unterrichtet werden.

  In Städten und Stadtteilen mit hohem Ausländeranteil - möglicherweise auch im Berufsgrund- und Berufsvorbereitungsjahr - kann dieses Ziel in Konflikt mit dem Ziel einer angemessenen schulischen Versorgung der deutschen Kinder, besonders im muttersprachlichen Unterricht, geraten.

  Hier können in der Regel nur unter Abwägung aller Gesichtspunkte der jeweiligen örtlichen Situation angepaßte Lösungen gefunden werden. Dabei ist die gemeinsame Klasse die Organisationsform, in der ausländische Kinder und Jugendliche mit den deutschen unterrichtet werden. Bei Eintritt in die Regelklasse müssen aber ausländische Schüler über ausreichende sprachliche Fähigkeiten und Kenntnisse in der deutschen Sprache verfügen. Wenn es erforderlich ist, müssen für ausländische Schüler zur Verbesserung der Deutschkenntnisse Vorbereitungsklassen eingerichtet werden, damit sie in der Regelklasse erfolgreich mitarbeiten können.

- **Schulbaumaßnahmen nur in Ausnahmefällen**

  Die veränderten Rahmenbedingungen wirken sich erheblich auf den Schulbau aus. Von den Städten und Gemeinden wurde ein Mittelbedarf bis 1985 für 61 Schulbauvorhaben angemeldet. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Bau von Turnhallen, die insbesondere bei den berufsbildenden Schulen in erheblichem Umfang fehlen, sowie auf der Ergänzung und Erweiterung bestehender Schulen an gesicherten Standorten.

Der geschätzte Zuschußbedarf von ca. 136 Millionen DM dürfte voraussichtlich aber nur zu einem geringen Teil zur Verfügung stehen. Es wird deshalb eine genaue Prüfung des Bedarfs der Einzelmaßnahmen sowie eine sorgfältige Prioritätensetzung notwendig sein.

Die Gemeinden werden zunächst vor die Frage gestellt werden, ob es sachlich und finanziell opportun erscheint, auf eine Landesförderung lange zu warten. Sie werden sich vor allem aber dringend selbst fragen müssen, ob die Maßnahme bei zurückgehenden Schülerzahlen wirklich unumgänglich notwendig ist und ob die Problemlösung nicht besser durch einen Ausgleich unter den örtlichen Schulen oder durch bauliche Provisorien gesucht werden sollte.

4.12 Weiterbildung

- **Bisherige Entwicklung: Seit 1974 umfangreicher Auf- und Ausbau**

Bis 1974 war die Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen eine freiwillige Aufgabe, deren Durchführung vom Land nach dem "Gesetz über die Zuschußgewährung an Volkshochschulen und entsprechende Volksbildungseinrichtungen" vom 10. März 1953 finanziell unterstützt wurde.

Das "Erste Gesetz zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen" (1. WbG) vom 31. Juli 1974 trug der veränderten Stellung und Bedeutung der Weiterbildung im Rahmen des Gesamtbildungssystems in vorbildlicher Weise Rechnung: Es erhob den Gesamtbereich der Weiterbildung zum gleichberechtigten Teil des Bildungswesens, machte die Errichtung und Unterhaltung von Volkshochschulen zur Pflichtaufgabe der Gemeinden bzw. Kreise und begünstigte den Auf- und Ausbau eines differenzierten Weiterbildungsangebots durch Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft.

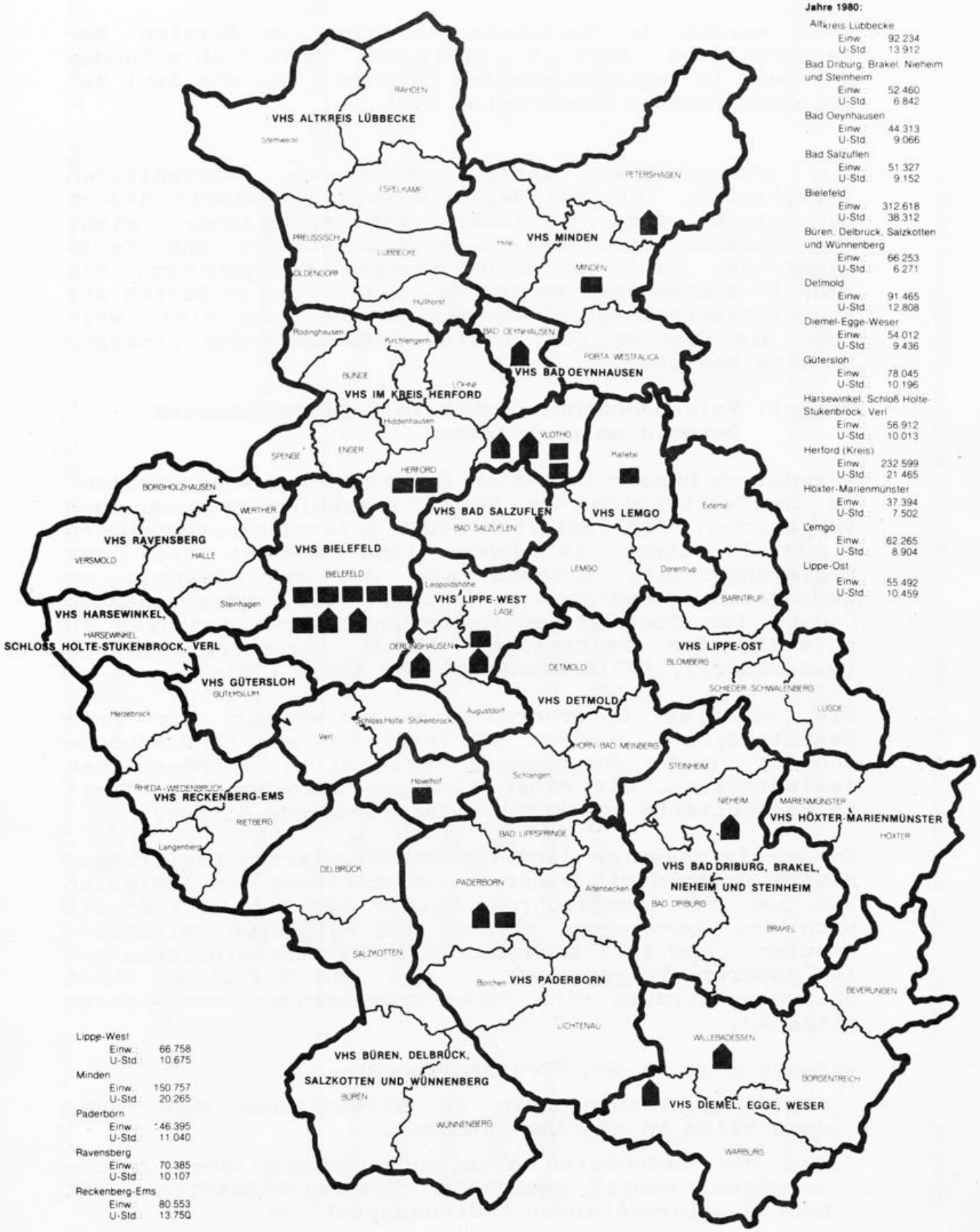
Eine Übersicht über die eingerichteten Volkshochschulen sowie die Standorte von Heimvolkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft gibt die Abb. 4.12-1.

Aufgrund der veränderten Haushaltslage beim Land und den Trägern ist 1981/82 das außerordentliche Wachstum im Weiterbildungsbereich allerdings unterbrochen worden.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Volkshochschulen und Standorte von Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft

Abbildung 4.12-1



Einwohnerzahlen und Unterrichtsstunden der Volkshochschulen im Jahre 1980:

Altkreis Lübbecke
Einw.: 92.234
U-Std.: 13.912

Bad Driburg, Brakel, Nieheim und Steinheim
Einw.: 52.460
U-Std.: 6.842

Bad Oeynhausen
Einw.: 44.313
U-Std.: 9.066

Bad Salzuflen
Einw.: 51.327
U-Std.: 9.152

Bielefeld
Einw.: 312.618
U-Std.: 38.312

Büren, Delbrück, Salzkotten und Wünnenberg
Einw.: 66.253
U-Std.: 6.271

Detmold
Einw.: 91.465
U-Std.: 12.808

Diemel-Egge-Weser
Einw.: 54.012
U-Std.: 9.436

Gütersloh
Einw.: 78.045
U-Std.: 10.196

Harsewinkel, Schloß Holte-Stukenbrock, Verl
Einw.: 56.912
U-Std.: 10.013

Herford (Kreis)
Einw.: 232.599
U-Std.: 21.465

Höxter-Marienmünster
Einw.: 37.394
U-Std.: 7.502

Lemgo
Einw.: 62.265
U-Std.: 8.904

Lippe-Ost
Einw.: 55.492
U-Std.: 10.459

Lippe-West
Einw.: 66.758
U-Std.: 10.675

Minden
Einw.: 150.757
U-Std.: 20.265

Paderborn
Einw.: 146.395
U-Std.: 11.040

Ravensberg
Einw.: 70.385
U-Std.: 10.107

Reckenberg-Ems
Einw.: 80.553
U-Std.: 13.750

Bemerkungen:
Einw. = Einwohner am 30.6.1980
U-Std. = durchgeführte und vom Land geförderte Unterrichtsstunden

Heimvolkshochschule
Weiterbildungseinrichtung
} in anderer Trägerschaft (nicht kommunal)

Der Regierungspräsident Detmold

- **Umfang und Struktur des Weiterbildungsangebotes**

  1980 wurden in Nordrhein-Westfalen im Bereich der Weiterbildung fast 5 Millionen Unterrichtsstunden gegeben. Im Regierungsbezirk Detmold liegt die Zahl der Teilnehmertage ausgesprochen hoch.

  Die statistischen Zahlen geben die tatsächlichen Verhältnisse für den Regierungsbezirk Detmold jedoch nur stark verzerrt wieder. Ein erheblicher, nicht abgrenzbarer Teil der Unterrichtsstunden und Teilnehmertage wurde an Einrichtungen durchgeführt, die zwar im Zuständigkeitsbereich, nicht aber im Bezirk des Regierungspräsidenten Detmold liegen oder einen weit über die Grenzen des Bezirks hinausgehenden Einzugsbereich besitzen.

- **Mangel: Volkshochschulangebot im Regierungsbezirk Detmold am geringsten**

  Wesentlich besser läßt sich die erreichte Angebotsdichte im Teilbereich der Volkshochschulen erfassen und vergleichen. Mit lediglich 140,5 Unterrichtsstunden pro 1.000 Einwohner im Jahre 1980 erweist sich der Regierungsbezirk Detmold als der mit Abstand am geringsten versorgte Landesteil: Die entsprechenden Quoten für die übrigen Regierungsbezirke betragen in aufsteigender Reihenfolge 150,8 (Arnsberg), 154,8 (Düsseldorf), 177,6 (Münster) und 186,8 (Köln).

  Die relative Unterversorgung ist nicht nur beim Gesamtangebot, sondern im Vergleich zum Landesdurchschnitt auch durchgängig bei allen Sachbereichen festzustellen, mit einer einzigen Ausnahme: die freizeitorientierte und kreativitätsfördernde Bildung.

  Im vergleichsweise ländlich strukturierten Regierungsbezirk Detmold mit einer Wohnbevölkerung von lediglich 279 pro km^2 (Landesdurchschnitt: 500 pro km^2) stellt sich den überwiegend kleinen und mittleren Volkshochschulen - zum Teil auch den Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft - bei der Erfüllung ihres Bildungsauftrages eine Reihe gravierender Hemmfaktoren entgegen:

  - lange Wege zu den Veranstaltungen,
  - schlechte Verbindungen im öffentlichen Nahverkehr namentlich in den Abendstunden,
  - für die besonderen erwachsenenpädagogischen Anforderungen wenig geeignete Unterrichtsstätten mit häufig unzureichender Medienausstattung,

Tabelle 4.12 - 1: Durchgeführte Unterrichtsstunden und Teilnehmertage an den Einrichtungen der Weiterbildung im Jahre 1980[1)]

	Unterrichtsstunden		Teilnehmertage	
	absolut	pro 1.000 EW	absolut	pro 1.000 EW
RP Arnsberg	767.661	208,0	273.375	74,1
RP Detmold	458.444	252,7	359.717	198,3
RP Düsseldorf	2.092.035	401,6	711.058	136,5
RP Köln	1.004.695	256,7	425.707	108,8
RP Münster	569.424	236,0	204.770	84,9
NW	4.892.259	287,1	1.974.627	115,9

1) Regionale Aufgliederung nach der Zuständigkeit der Regierungspräsidenten (die Zuständigkeit richtet sich nach dem Sitz des Trägers der Einrichtung, nicht nach dem Ort der Einrichtung selbst).

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Tabelle 4.12 - 2: Durchgeführte Unterrichtsstunden an den Volkshochschulen im Regierungsbezirk Detmold und in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1980

	Reg.-Bez. Detmold		Nordrhein-Westfalen	
Sachbereiche	absolut	pro 1.000 Einwohner	absolut	pro 1.000 Einwohner
nichtberufliche, abschlußbezogene Bildung	40.896	22,5	609.090	35,7
berufliche Bildung	1.148	0,6	82.451	4,8
wissenschaftliche Bildung	1.676	0,9	44.117	2,6
politische Bildung	4.199	2,3	53.195	3,1
freizeitorientierte, kreativitätsfördernde Bildung	85.525	47,1	767.439	45,0
Eltern- und Familienbildung	5.166	2,8	61.459	3,6
personenbezogene Bildung	116.276	64,1	1.159.534	68,0
insgesamt	254.886	140,5	2.777.285	163,0

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

- geringes Potential an qualifizierten nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeitern (Kursusleitern),
- Schwierigkeiten bei der Durchführung von anspruchsvolleren längerfristigen und zielgruppenspezifischen Angeboten,
- relativ geringe Personalausstattung.

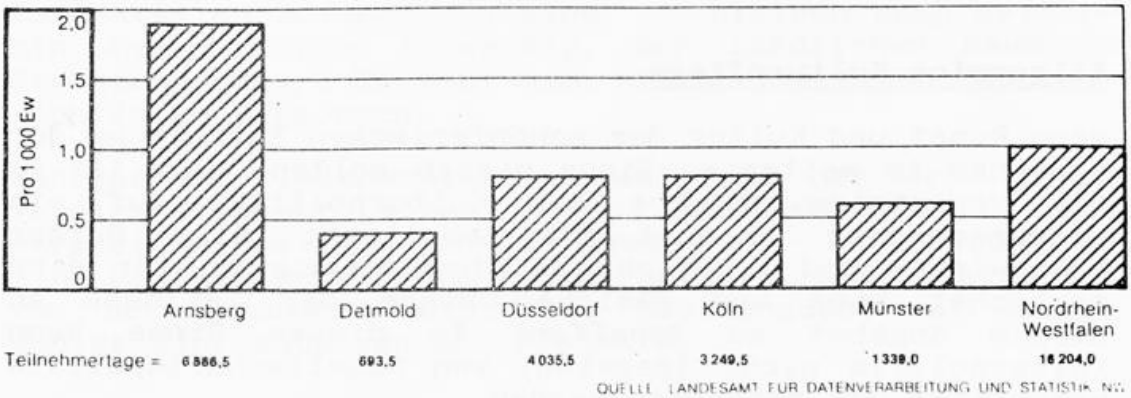
Die genannten Faktoren erklären auch den überhohen Anteil der freizeitorientierten und kreativitätsfördernden Bildung im Regierungsbezirk. Die in diesem Sachbereich angesiedelten Angebote versprechen unmittelbaren Nutzen und knüpfen direkt an vorhandene handwerkliche und kunsthandwerkliche Interessen und Fähigkeiten an. Die Chance, Teilnehmer über derartige Angebote an abstraktere Bildungsinhalte und -formen heranzuführen, sollte ebenso wie das Prinzip des dezentralen, ortsnahen Angebots auch dann erhalten und ermöglicht bleiben, wenn die finanzielle Situation des Landes eine weitere Kürzung der Zuweisungen an die Weiterbildungseinrichtungen erzwingen sollte.

Einen weiteren Nachteil besonderer Art offenbaren die im Jahre 1980 durchgeführten Teilnehmertage.

Bedingt durch die unzureichende Zahl von kostengünstigen, für Internatsveranstaltungen entsprechend ausgestatteten Häusern der Erwachsenenbildung wurden im Regierungsbezirk Detmold von den Volkshochschulen nur 693,5 Teilnehmertage durchgeführt, eine Zahl, die - auch auf 1.000 Einwohner bezogen - weit unter den in den anderen Regierungsbezirken erreichten Zahlen liegt.

Abbildung 4.12-2

Durchgeführte Teilnehmertage an den Volkshochschulen in den Regierungsbezirken und in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1980 (bezogen auf 1000 Einwohner)



QUELLE: LANDESAMT FÜR DATENVERARBEITUNG UND STATISTIK NW

- **Mangel: Geeignete Unterrichtsräume und Heimvolkshochschulen fehlen**

Als dringend notwendig erweist sich schließlich der Abbau des Bedarfs an für die Weiterbildung geeigneten Unterrichtsräumen und Häusern mit Internatsbetrieb.

Von den insgesamt 19 Volkshochschulen verfügen zwar zur Zeit 11 über ein eigenes Haus, davon jedoch nur 7 über eine ausreichende Zahl eigener Unterrichtsräume. Der sich hieraus ergebende Raumbedarf umfaßt Baumaßnahmen für 12 Volkshochschulen mit einem geschätzten Investitionsaufwand von ca. 35 Mio. DM. Angesichts der sich verengenden Finanzierungsmöglichkeiten werden diese Maßnahmen sich freilich nur langfristig verwirklichen lassen.

Von den 31 Weiterbildungseinrichtungen in anderer Trägerschaft im Regierungsbezirk haben bereits 15 ein eigenes Haus (Heimvolkshochschulen). Von den verbleibenden 16 Einrichtungen führt die Hälfte Lehrveranstaltungen in Form von Internatsveranstaltungen durch. Diese erreichten 1980 ein Bildungsvolumen von rd. 88.000 Teilnehmertagen.

Ausgehend von einer wirtschaftlich günstigen Betriebsgröße von ca. 60 Betten und einer Jahresauslastung von 70 % ergibt sich hieraus ein manifester Bedarf an drei zusätzlichen Heimvolkshochschulen. Der latente Bedarf dürfte höher liegen.

Darüber hinaus ist es wünschenswert, den sehr unterschiedlichen und wechselnden Anforderungen im pädagogischen Bereich durch die Einrichtung von entsprechenden Räumen (Gruppenräumen, Sprachlabor, Mediothek, Aufnahmestudio, Fotolabor, naturwissenschaftliche Räume, Werkstätten usw.) mit der Möglichkeit multifunktionaler Nutzung Rechnung zu tragen.

4.13 Allgemeine Kulturpflege

Wenn Kunst und Kultur der schöpferischen Entfaltung der Menschen im weitesten Sinne dienen sollen, dann ist es die vorrangige Aufgabe der Kulturpolitik, auf ein entsprechendes Angebot für möglichst alle Bürger hinzuwirken und zugleich die Voraussetzungen für eine möglichst hohe und gleiche Chance der Teilhabe an diesem Angebot zu schaffen. In diesem Sinne kann Kulturpolitik nicht losgelöst von Gesellschaftspolitik betrachtet und betrieben werden.

a) Theater

Im Regierungsbezirk Detmold wird das Theatergeschehen von den Städtischen Bühnen Bielefeld, dem Landestheater Detmold und den Westfälischen Kammerspielen in Paderborn bestimmt.
Die Bühnen der Stadt Bielefeld bespielen zwei Häuser: das Stadttheater (vorrangig Musiktheater) und das Theater "Am Alten Markt" (Sprechtheater).

Die Theaterversorgung der ländlichen Bereiche wird in erster Linie durch das Landestheater Detmold gewährleistet. Es gestaltet die Inszenierungen des Schauspiels, der Oper, der Operette und des Opern-Balletts so, daß nahezu 60 % der Aufführungen in auswärtigen Spielorten stattfinden können. Die Westfälischen Kammerspiele erfüllen den Auftrag einer flächendeckenden Versorgung und weisen beachtliche Erfolge auf bei der Heranführung Jugendlicher an das Theater.

- **Ziel: Einrichtung größerer Säle in Schulzentren und Bürgerhäusern mit bühnentechnischer Ausstattung**

Bei Gastspielen sind alle Theater auf brauchbare Bühnenverhältnisse im Schulbereich angewiesen, da nur einige Orte eigene Theaterbauten haben. Beim Ausbau pädagogischer Zentren in neuen Schulen und beim Bau von Bürgerhäusern sollte der Mehrbedarf an Plätzen und bühnentechnischen Einrichtungen für Zwecke der Kulturpflege berücksichtigt werden.

b) Musikwesen

- **Mangel: Hochwertiges Musikangebot noch gering**

Auch wenn in den letzten Jahren im Bereich des Musikangebots einige Erfolge beim Abbau des für Ostwestfalen-Lippe negativen Kulturgefälles gegenüber den übrigen Landesteilen aufzuweisen sind, so bleiben doch weiterhin Anstrengungen notwendig, den ländlichen Raum im Regierungsbezirk Detmold auch mit hochwertigen Musikangeboten zu versorgen.

Während das Laienmusikwesen aufgrund der sehr regen Vereinstätigkeit einen hohen Standard besitzt und vergleichweise sehr breite Kreise der Bevölkerung an eine musikalische Tätigkeit heranführt, stützt sich das von Berufsmusikern erstellte Musikangebot auf einige wenige Einrichtungen und Projekte.

Besonders zu erwähnen sind hier das Kammerorchester Tibor Varga e.V. in Detmold, das sich in Verbindung mit der Nordwestdeutschen Musikakademie in erster Linie um die Förderung des in- und ausländischen Nachwuchses und die Heranführung dieser Kräfte an ein internationales Niveau bemüht, und die Nordwestdeutsche Philharmonie in Herford, die vor allem dem ostwestfälischen Raum ein unverzichtbares Angebot an traditionellen und zeitgenössischen sinfonischen Werken sichert: 1980 wurden von 103 Konzerten allein 76 im Bereich des Regierungsbezirks Detmold durchgeführt. Die übrigen - teilweise auch im Rundfunk übertragenen - verteilten sich über das gesamte Bundesgebiet und fanden regelmäßig besondere Beachtung.

Leider ist die derzeitige räumliche Unterbringung des Orchesters für eine optimale Konzertvorbereitung kaum geeignet.

In diesem Zusammenhang muß auch auf das Philharmonische Orchester der Städtischen Bühnen in Bielefeld und auf die Nordwestdeutsche Musikakademie mit ihren über Detmold hinaus bekannten und künstlerisch überaus beachtlichen Hochschulkonzerten hingewiesen werden sowie letztlich auf die erfreuliche Arbeit der Landeskirchenmusikschule in Herford bei der Heranbildung von qualifizierten Kirchenmusikern.

Bei den überregionalen Musikveranstaltungen ist zu den bereits zur Tradition gewordenen und in der Fachwelt inzwischen zu hohem Ansehen gelangten "Haller Bachtagen" und den "Corveyer Musikwochen" mit dem "Podium junger Solisten" in Bad Salzuflen ein vielbeachtetes Forum für Nachwuchskünster mit herausragenden Leistungen geschaffen worden. Überwiegend Preisträger aus den Wettbewerben "Jugend musiziert" haben hier die Möglichkeit, sich mit bekannten Orchestern und Begleitensembles einem größeren Publikum vorzustellen.

- **Mangel: Musikschulangebot ist nicht ausreichend**

Die Voraussetzungen zur musikalischen Betätigung, sei es im Bereich des Laienmusikwesens oder auch als Berufsmusiker, werden in den inzwischen 21 Musikschulen geschaffen, die fast den gesamten Einzugsbereich des Regierungsbezirkes mit einem Musikschulangebot versorgen. Leider läßt auch hier die finanzielle Situation eine tatsächliche Sättigung der großen Nachfrage nicht zu.

c) Bildende Kunst

Einen zweifellos besonderen Stellenwert besitzt in diesem Bereich die Kunsthalle in Bielefeld. Sie beherbergt eine bedeutende - mit Landesmitteln kontinuierlich ausgebaute - Sammlung moderner Kunst und hat sich durch ihre Sonderausstellungen und beispielhafte museumspädagogische Arbeit eine landesweite Bedeutung und internationales Ansehen erworben.
Ein zweiter Schwerpunkt mit überregionaler Ausstrahlung hat sich in Paderborn gebildet. Hier ist von der "Städtischen Galerie" vor wenigen Jahren mit den Werken von Ella Bergmann-Michel und Robert Michel, Pionieren der Bildcollagen, ein Grundstock gelegt worden, der eine ständige systematische Erweiterung verdient.

Daneben ist es auch in einer Reihe von anderen Städten und Gemeinden aufgrund privater - hier ist vor allem an die Kunstvereine zu denken - und kommunaler Initiative gelungen, ein kontinuierliches, inhaltlich wechselndes Angebot an bildender Kunst zu erstellen und damit zugleich auch die "Nachfrage" zu vermehren.
Es ist jedoch durchaus vorstellbar, daß in erheblich mehr, auch kleineren Kommunen die Chance besteht, die Bürger durch Ausstellungen über Werke heimischer Künstler und Laienkünstler mit der bildenden Kunst in Berührung zu bringen.

d) Museen

Die Begegnung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit wird im Regierungsbezirk Detmold von zahlreichen Museen und Heimatmuseen in sehr facettenreicher Form und mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung ermöglicht.

Von den überregional bedeutsamen Einrichtungen sind vor allem das Westfälische Freilichtmuseum bäuerlicher Kulturdenkmale (Detmold), das Lippische Landesmuseum (Detmold) sowie das Diözesanmuseum Paderborn mit alter sakraler Kunst zu nennen. Die kleineren Heimatmuseen und Fachmuseen erfüllen gleichfalls die kulturpolitische Aufgabe der Museen, alte Kulturgüter zu erschließen, zu bewahren und zu vermitteln.

Die Vorhaben für ein "Deutsches Ziegler- und Ziegeleimuseum" in Lage und für ein "Deutsches Bädermuseum" in Bad Salzuflen sind zu unterstützen.

e) Literatur

Literaturveranstaltungen werden - neben den Veranstaltungen einiger literarischer Vereinigungen in Verbindung mit Volkshochschulen, Büchereien und Buchhandlungen - lediglich in Minden (Kogge-Jahrestagung) und Bielefeld durchgeführt.

Ziel muß es daher sein, der Literatur im Regierungsbezirk mehr als bisher Möglichkeiten einzuräumen. Eine adäquate Förderung könnte durch Arbeitsstipendien und Druckkostenzuschüsse sowie durch die Vermittlung von Lesungen und Veranstaltungen erreicht werden. Diese Aufgaben könnten auch z.B. von einem Literaturbüro in der Trägerschaft interessierter Städte und Gemeinden wahrgenommen werden.

f) Bibliothekswesen

- **Ziel: Steigerung der Leistungsfähigkeit der Bibliotheken und die Schaffung eines Bibliotheksnetzes**

Mit der Durchführung der dem Land obliegenden Förderung dieses Bereiches sind die Staatlichen Büchereistellen beauftragt. Ziel ihrer Tätigkeit ist es, in Zusammenarbeit mit allen Bibliotheksträgern in allen Teilen des Landes leistungsfähige Bibliotheken und Bibliothekssysteme zu schaffen, die im Rahmen eines allgemeinen Bibliotheksnetzes die Versorgung der Bevölkerung mit Literatur und audio-visuellen Materialien gewährleisten.

Zwischen 1975 und 1980 zeigte sich eine deutliche Aufwärtsentwicklung.

Tabelle 4.13-1: Kommunales Bibliothekswesen im Regierungsbezirk Detmold 1975 und 1980

Jahr	Fachbibliothekare	Bestand (in Medieneinheiten)	Entleihungen	Gesamtausgaben in DM	davon Landesmittel in DM
1975	34,50	1.321.582	3.582.396	9.582.277	784.963
1980	44,50	1.714.471	4.869.283	12.389.587	974.500

Während der Medienbestand um 400.000 Einheiten erhöht werden konnte, stiegen die Entleihzahlen um 1.300.000.

4.14 Sportstätten

- **Situation: Zunehmendes Sportbedürfnis**

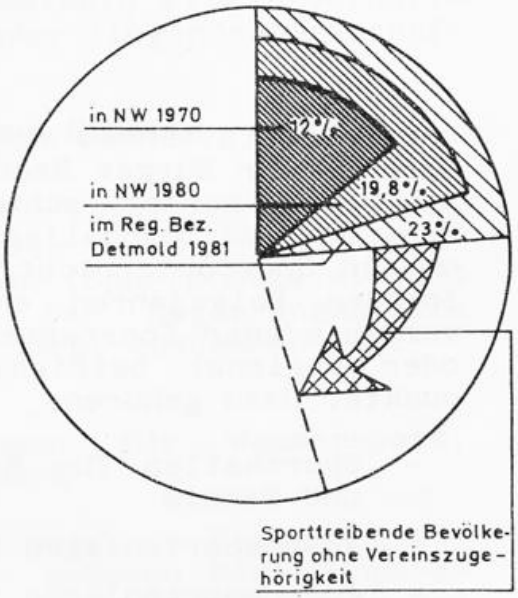
Die Zahl der Bürger, die regelmäßig Sport treiben, nimmt ständig zu. So ist z.B. die Zahl der im Landessportbund NW erfaßten Mitglieder der Sportvereine von 1970 bis 1980 um mehr als 60 % angewachsen.

Hierfür dürften folgende Gründe maßgebend sein:

- wachsende Erkenntnis über den gesundheitlichen Wert von dosierter Bewegung in Spiel und Sport,
- erweitertes Sportangebot auch für Frauen,
- verbessertes, freizeitgerechtes Sportstättenangebot,
- Sportangebot für spezielle Zielgruppen wie z.B. Betriebsangehörige, Behinderte, Aussiedler, Heiminsassen, Ausländer.

Abb.4.14-1

Der Anteil der sporttreibenden Bevölkerung mit Vereinszugehörigkeit liegt im Regierungsbezirk Detmold bei 23 %. Die Zahl der sporttreibenden Bürger insgesamt dürfte wesentlich höher sein, da die vereinslosen Benutzer von Sportanlagen statistisch nicht erfaßt werden.



Sport vermittelt individuelle Erfolgserlebnisse, steigert das Selbstwertgefühl und bedeutet durch das Training der Konzentrations-, Reaktions- und Koordinationsfähigkeit für viele Menschen eine wertvolle Hilfe in ihrer technisierten Umwelt.

- **Erreichter Versorgungsstand: Viel wurde geleistet**

Die Zahl der Sportstätten erfuhr von 1969 bis 1981 folgende Veränderungen:

Tabelle 4.14-1

Zahl der Sportstätten	Sporthallen	Turnhallen Übungseinheiten	Schwimmhallen	Lehr-schwimmbecken	Freibäder	Kampfbahnen	Sportplätze	Kleinspielfelder	Tennisplätze	Tennishallen	Schießsport-anlagen	Sporthäuser	Trainingsbe-leuchtungen
Stand 1969	37	839	38	22	83	104	437	391	446	*	235	*	314
Stand 1981	137	1008	61	58	96	124	567	544	842	77	288	*	440
Gefördert von 1969-1981	100	169	23	36	13	20	130	153	396	6	53	181	126
Beantragt für 1982/83	19	27	2	—	1	4	18	34	49	8	15	41	12

* statistisch nicht erfaßt

Der Sportstättenbau muß dem weiter steigenden Sportbedürfnis der Bürger Rechnung tragen. In den Jahren 1970 bis 1975 wurden schwerpunktmäßig Bedarfslücken von Schwimm- und Turnhallen geschlossen. Dies geschah auch, um den Sportunterricht an den Schulen sicherzustellen. In den Folgejahren entstanden durch die Ausweitung verschiedener Sportarten, die bis dahin nur vereinzelt oder regional betrieben wurden, neue Bedarfsschwerpunkte. Dazu gehören:

- Sporthallen für Handball, Basketball, Volleyball und Tennis
- Außensportanlagen für Tennis, Hockey und Fußball
- Außensportanlagen mit Mehrzwecknutzung für Spiele und Leichtathletik an Schulen
- Sporthäuser, Bootshäuser und Schießsportanlagen mit verbesserten sanitären Einrichtungen und einem freizeitgerechten Aufenthaltsraum
- Trainingsbeleuchtungen, um den berufsstätigen Bürgern auch Sportmöglichkeiten in den Abendstunden zu verschaffen.

- **Mangel: Trotzdem fehlen noch zahlreiche Sportstätten oder weisen bedeutende Mängel auf.**

Die noch bestehenden Defizite wirken sich insbesondere auf die Durchführung eines richtliniengemäßen Schulsports negativ aus. Dabei fällt ins Gewicht, daß die Qualität der vorhandenen Sportstätten, namentlich der Sportplätze, teilweise so schlecht ist, daß ein Teil als abgängig bezeichnet werden muß.

- **Problem: Die Sportstättenstatistik berücksichtigt nicht die Erreichbarkeit der Einrichtungen in ländlichen Räumen**

Dem Regierungsbezirk Detmold bescheinigt die Sportstättenstatistik des Landes NW vom 1.1.1980 zwar die relativ beste Versorgung im Bereich der Sporthallen, Sportplätze und Freibäder. Unter dem Aspekt der Einwohner-Sportstätten-Relation ist dies auch statistisch richtig. Dabei wird aber nicht berücksichtigt, daß der Regierungsbezirk Detmold eine unverhältnismäßig hohe Zahl weit auseinander liegender Ortschaften besitzt.

- **Mangel: Es fehlen Kampfbahnen und Stadien**

Ebenso läßt die Statistik, die dem Bezirk Detmold einen positiven Bestand an Sportplätzen bescheinigt, nicht erkennen, daß bei den Kampfbahnen (Sportplätze mit 400 m Rundlaufbahn) und Stadien der Regierungsbezirk Detmold als am schlechtesten versorgt anzusehen ist.

- **Mangel: Es fehlen Einrichtungen für Wassersport, Eislauf und Leistungssport**

Die Sportstättengrundversorgung wird im Regierungsbezirk Detmold auch nicht wie in anderen Regierungsbezirken durch Sportmöglichkeiten und Sportstätten in den Bereichen Wassersport, Eislauf und Einrichtungen für Leistungssport ergänzt.

- **Ziel: Schaffung raumsparender, wohnungsnaher multifunktionaler Sportanlagen**

Für den Regierungsbezirk Detmold ergibt sich auch mittel- bis langfristig gesehen ein Bedarf an raumsparenden, wohnungsnahen und vielseitig verwendbaren Sportstätten. Welche Anlagen in den Städten und Gemeinden jeweils wünschenswert wären, ist in den folgenden Abbildungen getrennt nach überdachten Sportstätten (Abb. 4.14-2) und Freisportanlagen (Abb. 4.14-3) dargestellt.

Der Bedarf an Hallen- und Freibädern wird freilich nur unter Berücksichtigung der energiepolitischen Gesichtspunkte und zu erwartenden Folgelasten zu befriedigen sein.

Tabelle 4.14 - 2

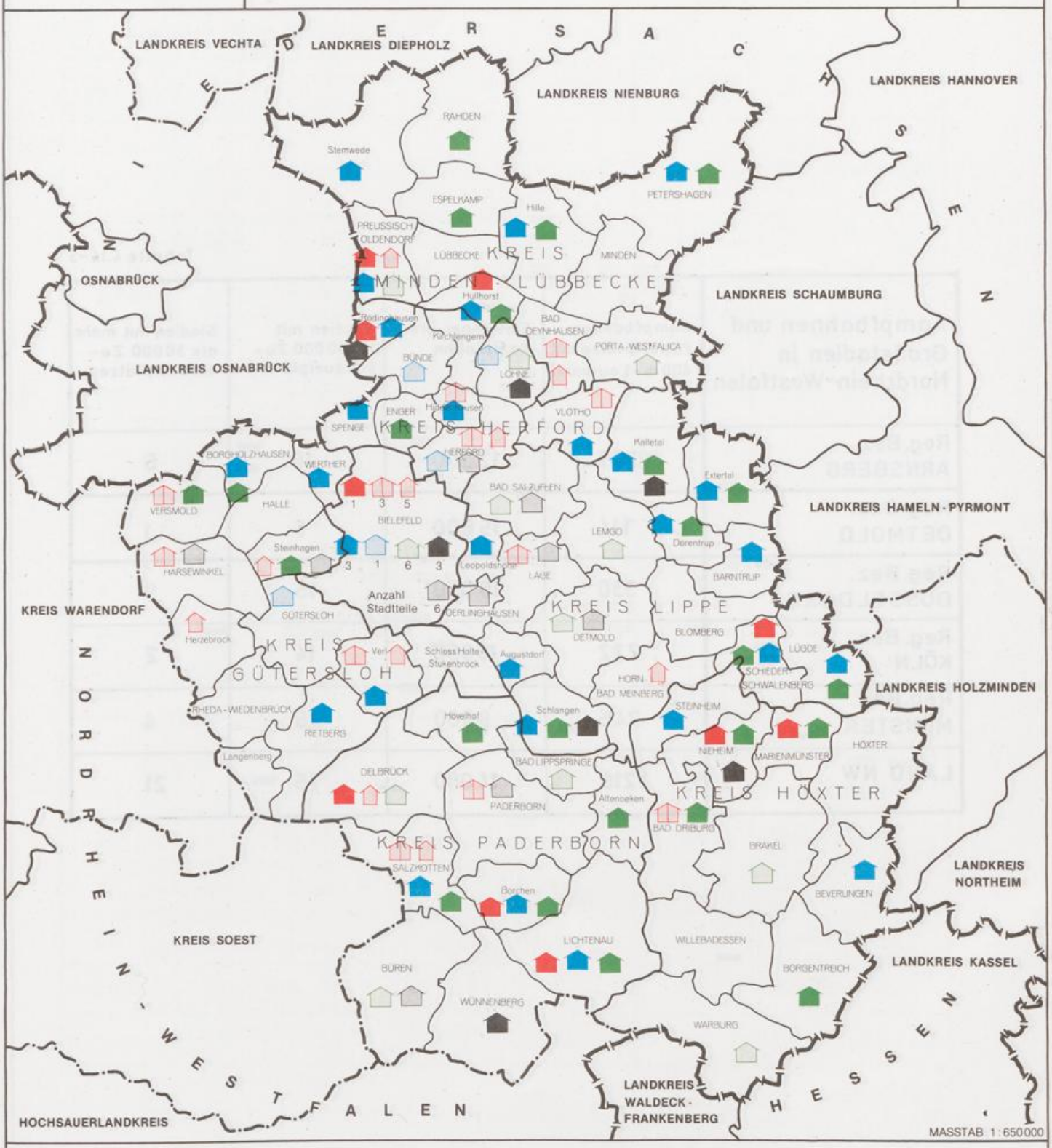
Sportstätten DEFIZITE im Reg. Bez. Detmold		Sporthallen	Turnhallen Übungseinheiten	Schwimmhallen	Lehr-schwimmbecken	Freibäder	Kampfbahnen	Sportplätze	Tennisanlagen	Tennishallen	Schießstände
Stadt BIELEFELD (Stadtteile)	●	1		3	3		1				3
	○	3	5	1		4	1	6	3	6	6
Kreis GÜTERSLOH	●			4	2	5	2			3	
	○	3	3	1	2	1	1	3	2		2
Kreis HERFORD	●	1		4	2		3			1	2
	○	3	1	3	1	1	1	3	3	1	1
Kreis HÖXTER	●	2		2		2				4	1
	○	1			2	1	1		2	2	
Kreis LIPPE	●	2		9	7	1	6			6	2
	○	1	1				1	1	8	3	4
Kreis MINDEN-LÜBBECKE	●	2		5		3	3			5	
	○	1	2		1	1	1		5	2	
Kreis PADERBORN	●	3		3	2	4				5	1
	○	2	2		1	1		2	1	3	2
REG. BEZ. DETMOLD	●	11		30	16	15	15			24	9
	○	14	14	5	7	8	6	15	24	17	15

	Sportstätte nicht vorhanden
● 4	Anzahl der Gemeinden ohne Sportstätte dieser Art
○ 2	Anzahl der Gemeinden mit einer Versorgung weit unter dem Durchschnitt
	Sportstättenversorgung weit unter dem Durchschnitt

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Sportstättenversorgung
Defizite bei überdachten Sportstätten

Abbildung
4.14 - 2



Städte und Gemeinden ohne

- Sporthalle
- Schwimmhalle
- Tennishalle
- Schießsportanlage

Städte und Gemeinden mit stark unterdurchschnittlicher Versorgung bei

- Sporthallen
- Turnhalleneinheiten
- Schwimmhallen
- Tennishallen
- Schießsportanlagen

Der Regierungspräsident Detmold

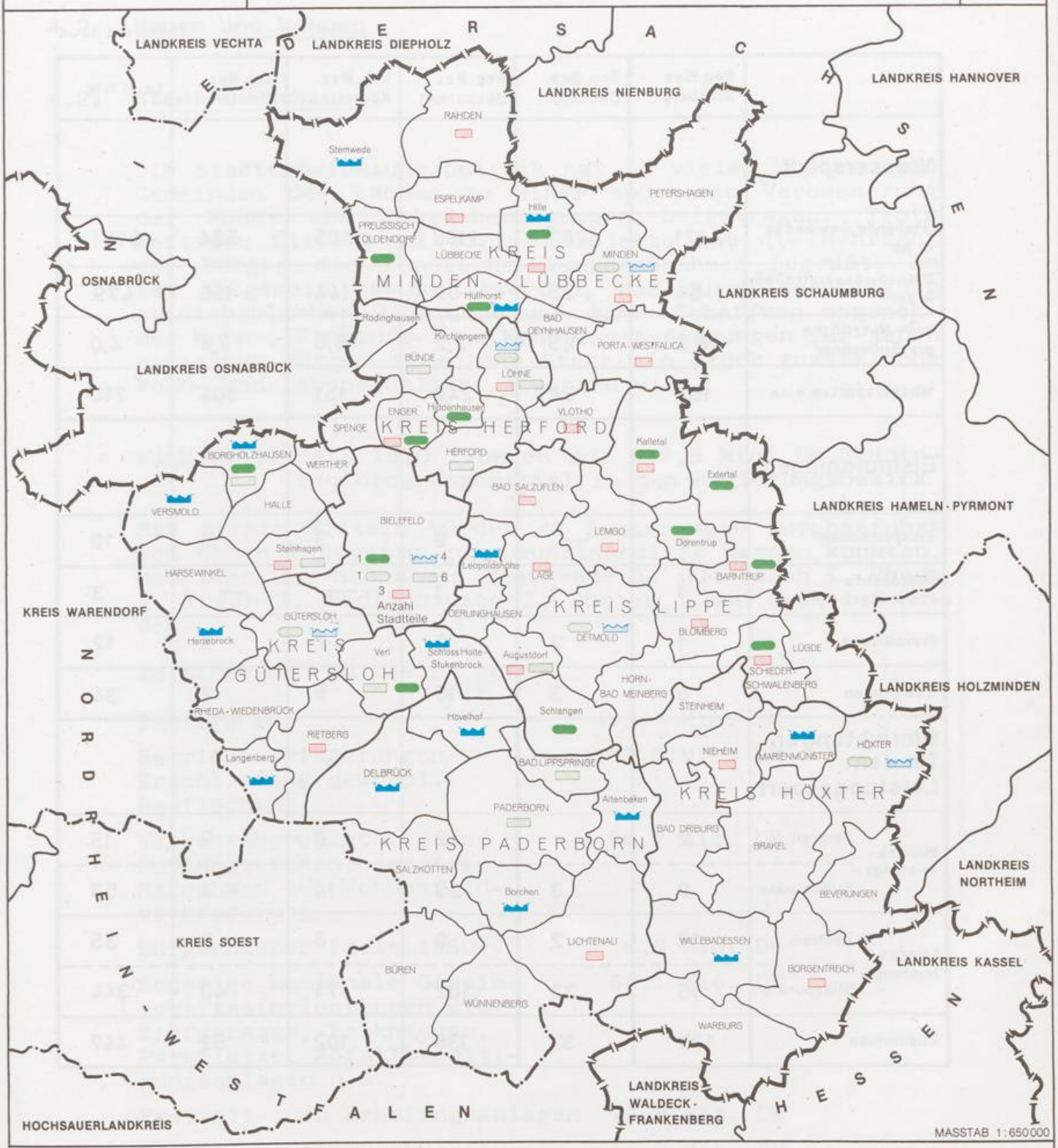
Tabelle 4.14-3

Kampfbahnen und Großstadien in Nordrhein-Westfalen	Kampfbahnen (Sportplätze mit 400 m-Laufbahn)	Einwohner pro Kampfbahn	Stadien mit 10-30000 Zuschauerplätzen	Stadien mit mehr als 30000 Zuschauerplätzen
Reg.Bez. ARNSBERG	297	12500	16	5
Reg.Bez. DETMOLD	114	15800	5	1
Reg.Bez. DÜSSELDORF	330	16000	15	9
Reg.Bez. KÖLN	232	16600	14	2
Reg.Bez. MÜNSTER	245	9800	25	4
LAND NW	1218	14000	75	21

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Sportstättenversorgung
Defizite bei Freisportanlagen

Abbildung
4.14 - 3



Städte und Gemeinden ohne

- Kampfbahn
- Freibad

Städte und Gemeinden mit stark unterdurchschnittlicher Versorgung bei

- Kampfbahnen
- Sportplätzen
- Tennisplätzen
- Freibädern

Der Regierungspräsident Detmold

Tabelle 4.14-4

	Reg.Bez. Arnsberg	Reg.Bez. Detmold	Reg.Bez. Düsseldorf	Reg.Bez. Köln	Reg.Bez. Münster	Land NW
Wassersport						
Stehende Gewässer in ha	3 121	283	1158	1605	584	6751
Binnenwasserstraßen in km	64	35	69	144	166	479
m^2 – Nutzfläche pro Einwohner	8,3	1,5	2,2	5,6	2,4	4,0
Wassersportvereine	152	54	249	151	104	710
Eislaufanlagen						
Eissporthallen	6	—	9	3	1	19
Überdachte Freianlagen	1	1	1	—	—	3
Freianlagen	1	2	6	2	1	12
Zusammen	8	3	16	5	2	34
Einrichtungen für den Leistungssport						
Bundesleistungszentren	2	—	2	9	2	15
Bundesleistungsstützpunkte	9	3	23	14	4	53
Landesleistungszentren	13	2	9	8	3	35
Landesleistungsstützpunkte	96	32	102	71	43	344
Zusammen	120	37	136	102	52	447

4.2 Bauen und Wohnen

4.21 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklungspolitik hat in vielen Städten und Gemeinden des Landes zu einer spürbaren Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen beigetragen. Trotz heftigen Streits um einige Projekte hat die Mehrzahl der Bürger die Stadterneuerungsmaßnahmen begrüßt. Es ist allgemein bewußt geworden, daß durch Beseitigung städtebaulicher Mißstände und durch Schaffung angenehmer Wohn-, Einkaufs- und Erholungsbedingungen für jeden einzelnen Bürger in seiner Stadt ein Stück zusätzliche Wohn- und Lebensqualität gewonnen wird.

- **Rückblick: Seit 1970 flossen rd. 917,3 Mio. DM Städtebauförderungsmittel in den Regierungsbezirk**

Mit diesen Mitteln wurden 49 Sanierungen durchgeführt von denen 7 bereits ganz ausfinanziert werden konnten, und zwar die Maßnahmen Brackwede I, Gütersloh I, Rheda I, Enger-I, Rödinghausen I, Höxter I und Brakel-Gehrden.

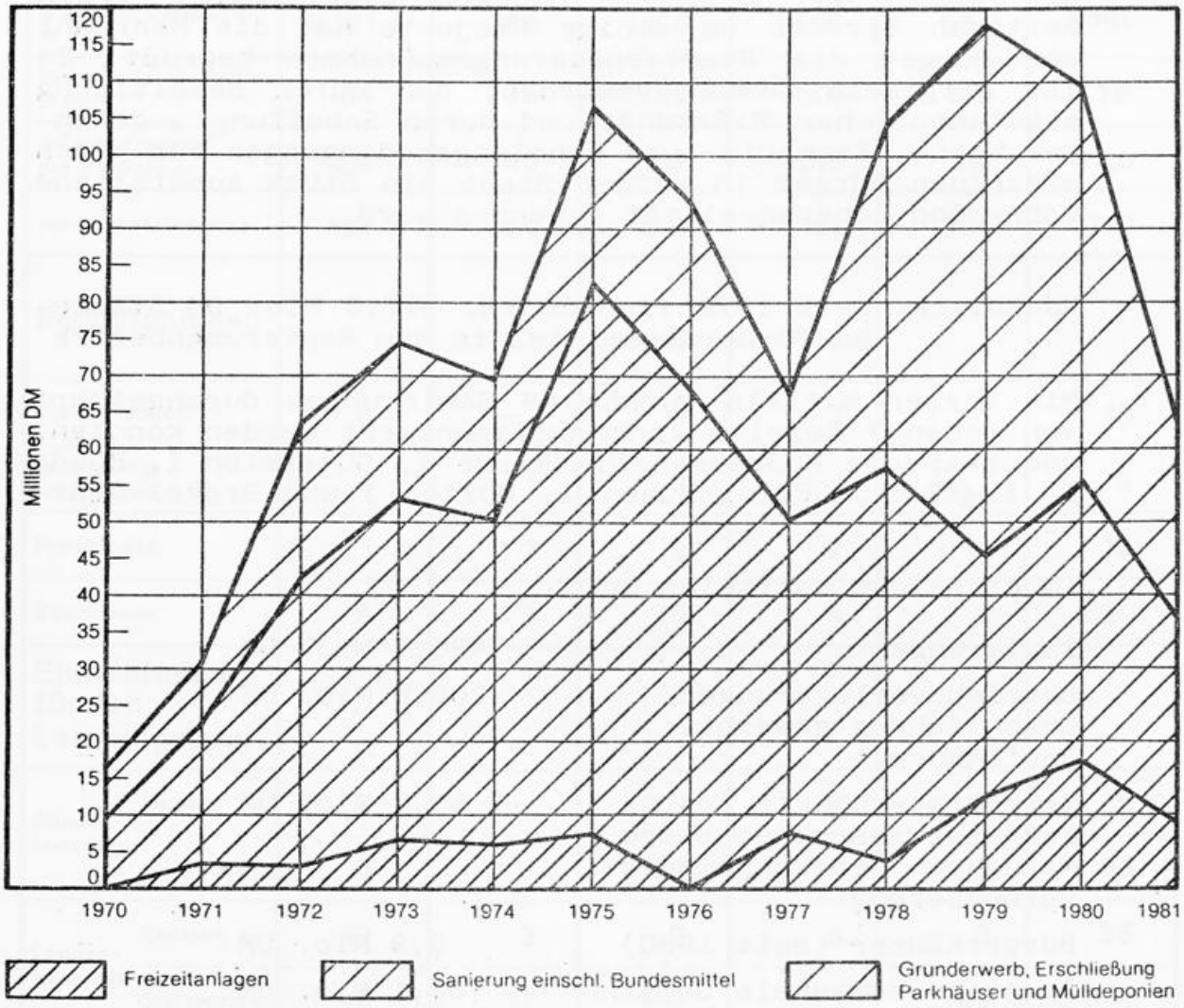
Im einzelnen entfielen auf:

Sanierungen	496,7 Mio. DM
Betriebsverlagerungen/ Erschließung gewerbl. Bauflächen	206,0 Mio. DM
Verkehrsberuhigte Zonen/ Fußgängerzonen, sonstige Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung	50,7 Mio. DM
Bürgerhäuser (seit 1980)	6,8 Mio. DM
Sonstige kommunale Gemeinschaftseinrichtungen wie Tiefgaragen, Parkhäuser, Parkplätze, Abfallbeseitigungsanlagen u.a.	68,1 Mio. DM
Freizeit- und Erholungsanlagen	77,8 Mio. DM
Planungskostenzuschüsse	11,2 Mio. DM

Abbildung 4.21-1 gibt eine Übersicht über die jährlichen Mittelbewilligungen:

Abbildung 4.21-1

Städtebauförderungsmittel Strukturverbesserung ab 1970 für den Regierungsbezirk Detmold



Die Stadterneuerungsmaßnahmen in den Städten und Gemeinden des Regierungsbezirks haben vornehmlich den Ausbau funktions- und leistungsfähiger Stadtzentren zum Ziel. Dabei stehen je nach den örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche städtebauliche Mißstände im Vordergrund der Neuordnung. Folgende Maßnahmenkomplexe heben sich besonders heraus:

- Entflechtung und Neuordnung zu stark verdichteter Stadtzentren, in denen Flächen für den weiteren Ausbau der Zentrumsfunktionen erst durch Beseitigung baulicher Anlagen freigemacht werden müssen (z.B. Bielefeld, Gütersloh, Minden).

- Stärkung der Zentralität strukturschwacher Stadtkerne, insbesondere durch Ansiedlung zusätzlicher Geschäfte und Einrichtung von Fußgänger- oder verkehrsberuhigten Zonen (z. B. Löhne, Porta Westfalica, Spenge, Enger, Kirchlengern, Espelkamp und Borgentreich).

- Rettung wertvoller Altbausubstanz zur Bewahrung historischer Gebäude- und Stadtbilder und zur Hebung der Lebensqualität in den Städten (z.B. Paderborn, Detmold, Lemgo, Höxter, Wiedenbrück, Blomberg, Lügde, Schwalenberg).

- Abbau der Verkehrsbelastungen in den Stadtkernen und Umorientierung ihrer Verkehrsbedienung durch Ausbau von Fußgängerzonen, verkehrsberuhigten Zonen, zentralen Parkmöglichkeiten und Busbahnhöfen/-haltestellen (z.B. Paderborn, Bielefeld, Minden, Detmold, Lemgo, Vlotho).

- Verlagerung störender Betriebe und Erschließung gewerblicher Bauflächen zur Entflechtung von Gemengelagen und zur Entwicklung immissionsschutzrechtlich unbedenklicher Gewerbe- und Industriegebiete (entsprechende Maßnahmen erfolgten in fast allen Kommunen des Bezirks).

Trotz des erheblichen Mitteleinsatzes sind die städtebaulichen Mißstände in den Städten und Gemeinden noch nicht beseitigt. Abb. 4.21-2 gibt eine Übersicht über die Sanierungen im Regierungsbezirk.

- **Problem: Angespannte Haushaltslage zwingt zur Straffung und Streckung der Konzepte**

  Die Finanzknappheit der öffentlichen Hand macht Abstriche bei den angelaufenen und geplanten Erneuerungsmaßnahmen unumgänglich und fordert eine gut durchdachte Prioritätenbildung. Nicht alle ehrgeizigen Projekte sind finanzierbar. Die Region Ostwestfalen-Lippe weist teilweise eine relativ dichte Besiedlung mit vielfältigen siedlungsstrukturellen und verkehrlichen Durchmischungen auf. Der Wunsch vieler Bürger nach absoluter Freistellung von Störungen durch andere kann nicht erfüllt werden. Eine solche Einstellung ist der Stadtentwicklung ebenso abträglich wie die kategorische Ablehnung sämtlicher Erneuerungs- und Entwicklungsmaßnahmen.

  Gravierende städtebauliche Mängel müssen auch in Zukunft beseitigt werden und Bauflächen für notwenige siedlungsräumliche Entwicklungen ausreichend zur Verfügung stehen.

  Wenn notwendige Maßnahmen zur Zeit nicht finanzierbar sind, muß ihre Durchführung zurückgestellt werden. "Aufgeschoben" bedeutet aber auch im Städtebau nicht "aufgehoben"; denn die Stadterneuerung ist nicht die Aufgabe weniger Jahre, sondern ein ständiger Prozeß, der nie abgeschlossen sein wird.

- **Städtebauliche Einzelmaßnahmen können kosten- und zeitsparender zum Ziel führen**

  Förmliche Sanierungen erfordern ein aufwendiges Verfahren und ziehen sich häufig über Jahre hin, während das Kostenvolumen ständig wächst. Demgegenüber lassen sich gebiets- oder sachbezogene Programme in den meisten Fällen schneller und effektiver verwirklichen.

  So können z.B. Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und der Entrümpelung und Entkernung von Hinterhöfen in Verbindung mit Begrünungsmaßnahmen für ein bestimmtes Stadtgebiet zu einem Programm zusammengefaßt und mit einem Bewilligungsbescheid gefördert werden. Ebenso könnten für eine ganze Stadt oder für Teile von ihr sachbezogene Programme aufgestellt werden, die z.B. nur Begrünung zum Gegenstand haben. Der Vorteil solcher Programmförderung liegt in ihrer kurzfristigen Realisierbarkeit und dem überschaubaren Kostenansatz. Sie werden daher in Zukunft die förmlichen Sanierungsverfahren weitgehend ersetzen.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Sanierungen im Regierungsbezirk Detmold

Abbildung 4.21-2



- Beendete Sanierungen
- Sanierung Bund/Land
- Sanierung Landesmittel
- Noch nicht anfinanzierte Sanierungen

Der Regierungspräsident Detmold

- **Betriebsverlagerungen nur noch in Ausnahmefällen**

  Gemengelagen zwischen Industriebetrieben und Wohnbebauung können wegen der knappen öffentlichen Mittel nur noch ausnahmsweise entflochten werden. Mit Erlaß vom 18.12.1981 hat der Minister für Landes- und Stadtentwicklung für 1982 die Förderung von Betriebsverlagerungen ganz gestoppt. Im Vordergrund steht zukünfig die Entstörung von gewerblichen Anlagen, d.h. die Sicherung bestehender Betriebe an ihren Standorten. In Gemengelagen muß somit ein, wenn auch nicht immer ideales, doch erträgliches Miteinander von Gewerbe- und Wohnbebauung hingenommen werden.

  Die Maßnahmen zur Emissions- und Immissionsverminderung und -eindämmung müssen bei der Neuausweisung benachbarter Gebiete mit unterschiedlicher Nutzung durch bauleitplanerische Vorgaben unterstützt werden. Es ist dafür zu sorgen, daß zwischen Wohn- und Gewerbegebieten ausreichende Abstände oder Flächen für besondere Nutzungen wie Wälle, Bepflanzungen usw. vorgesehen werden, so daß gegenseitig unzulässige Störungen gar nicht erst eintreten. Auch bei Bauvorhaben im unverplanten Innenbereich der Gemeinden ist mehr als bisher darauf zu achten, daß sich unzulässige Gemengelagen und damit künftige Sanierungsfälle nicht neu bilden.

- **Bis 1985: Noch 38 städtebauliche Sanierungsmaßnahmen mit einem Zuschußbedarf von über 98 Mio DM**

  Bereits im Herbst 1980 zeichnete sich ab, daß die große Zahl der laufenden Sanierungsmaßnahmen nicht wie vorgesehen finanzierbar sein würde. Der Minister für Landes- und Stadtentwicklung veranlaßte daraufhin eine Überprüfung, die den unabdingbar notwendigen Bedarf gleichermaßen wie die Förderungsmöglichkeiten des Landes beachten sollte. Als Ergebnis der inzwischen abgeschlossenen Überprüfung ist im Regierungsbezirk bis 1985 die Förderung von verbleibenden 38 Maßnahmen mit einem weiteren Fördervolumen von 98.185.000 DM vorgesehen.

  Die erhebliche Reduzierung der erwarteten Landesförderung geschah weitestgehend im Einvernehmen mit den Gemeinden und ohne grundlegende Abkehr von den Sanierungszielen.

  Auf die Stadt Bielefeld und die Kreise des Regierungsbezirks entfallen:

Tabelle 4.21-1: Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen bis 1985

Stadt/Kreis	Unrentierliche Kosten nach Überprüfung TDM	Förderung bis 31.12.1981 TDM	Noch zu fördern bis 1985 TDM
Bielefeld	260.388	182.209	9.575
Gütersloh	92.292	53.362	10.944
Herford	106.368	68.220	10.402
Höxter	71.289	40.336	18.110
Lippe	123.419	54.297	23.619
Minden-Lübbecke	96.829	51.405	23.579
Paderborn	117.782	79.156	1.956
Regierungsbezirk Detmold	868.367	528.985	98.185

Modernisierungsförderung nach § 43 StBauFG soll auf eine neue, einheitliche Grundlage gestellt werden. Über die zukünftige Behandlung der Arbeitersiedlungen ist noch nicht endgültig befunden.

Folgende städtebaulichen Sanierungs- und Einzelmaßnahmen sind mittelfristig als förderungsfähig anerkannt worden:

- Fußgängerzonen oder verkehrsberuhigte Bereiche in den Sanierungsgebieten Blomberg, Borgentreich, Bünde, Gütersloh, Porta Westfalica (Zentrum Hausberge), Kirchlengern, Löhne, Lügde, Oerlinghausen, Spenge, Steinhagen, Steinheim, Vlotho und Warburg.

- Begrünungsmaßnahmen entlang der Else in Bünde, Ausbau und Ufergestaltung der Beke in Altenbeken, Freilegung und Uferausbau der Salze in Bad Salzuflen, Grünanlagen um die Ravensberger Spinnerei in Bielefeld und im oberen Luttertal in Bielefeld-Brackwede sowie innerstädtische Grünanlagen in Spenge. Auch bei der Gestaltung der Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereiche wird der Begrünung größere Aufmerksamkeit geschenkt werden müssen.

- Schaffung von Spielraum für Kinder in vorhandenen und geplanten Fußgängerbereichen.

- Kommunikationszentren in Wiedenbrück und Espelkamp sowie langfristig die zur Zeit finanziell noch nicht realisierbare Stadthalle in Bielefeld.

- Modernisierung von Altbauwohnungen in zahlreichen historischen Stadtkernen wie z.B. in Schwalenberg, Blomberg, Lügde, Lemgo, Detmold, Wiedenbrück, Vlotho, Brakel, Steinheim, Warburg, Minden und Paderborn. Die Förderung dieser Maßnahmen ist z.Zt. noch unsicher und muß dem zu erwartenden neuen Modernisierungsprogramm überlassen bleiben.

- Neubau von Wohnungen in Sanierungsgebieten. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich dabei für das Projekt "Citynahes Wohnen" in Bielefeld.

4.22 Denkmalschutz und Denkmalpflege

- **Situation: Ostwestfalen-Lippe ist reich an historischer Bausubstanz**

Im Regierungsbezirk Detmold spielen Denkmalschutz und Denkmalpflege wegen des quantitativ wie qualitativ bedeutenden Bestandes an historisch wertvollen Bauten eine besondere Rolle. Hier befinden sich schätzungsweise 40 % des Gesamtbestandes der Baudenkmäler von Westfalen-Lippe.

Denkmalschutz und Denkmalpflege verfolgen heute zwei gleichwertig nebeneinander stehende und sich ergänzende Ziele:

- Die Erhaltung historischer Bauten, Gebäudegruppen an Straßen und Plätzen und ganzer Stadtbilder als Zeugnisse kulturellen Erbes und

- die städtebauliche Einbindung in eine die Kulturwerte der Vergangenheit einbeziehende Stadterneuerung.

Diese beiden Ziele bedingen sich deswegen, weil eine Erhaltung der Denkmäler auf Dauer nur dann gewährleistet ist, wenn für sie eine sinnvolle zeitnahe Nutzung gefunden wird. Nur dadurch wird der Denkmalschutz Bestandteil erhaltender Stadterneuerung und wirkt sich positiv auf Lebensgefühl und Lebensqualität in einer Stadt aus. Im Bereich Freizeit, Bildung und insbesondere Fremdenverkehr übernimmt er wichtige Funktionen.

Von 1970 bis 1981 sind im Regierungsbezirk Detmold bei einem denkmalpflegerischen Gesamtaufwand von 108,72 Mio. DM 771 Baudenkmäler mit 40,825 Mio. DM gefördert worden. Damit gingen 17 % der Landesmittel in den Regierungsbezirk Detmold (Gesamtförderungsbetrag des Landes: 240 Mio. DM).

Eine Übersicht über den Umfang der Denkmalpflegeförderung 1970 bis 1981 gibt die Tabelle 4.22-1:

Tabelle 4.22-1: Förderungsmaßnahmen und beträge im Bereich Denkmalschutz und Denkmalpflege von 1970 bis 1981

Jahr	Anzahl	Gesamtkosten	Landesmittel
1970	49	4.100.000	1.763.500
1971	56	7.300.000	2.046.531
1972	45	4.500.000	1.850.278
1973	47	4.500.000	1.760.000
1974	51	7.276.268	2.386.692
1975	42	5.922.895	2.084.358
1976	49	9.570.216	3.126.427
1977	61	10.106.398	4.217.153
1978	74	9.048.220	3.698.334
1979	96	12.450.000	5.278.930
1980	95	13.389.750	5.934.500
1981	106	20.556.839	6.677.813
insgesamt	771	108.720.586	40.824.516

Trotz erheblicher Bemühungen wurden notwendige denkmalpflegerische Maßnahmen für die Schlösser Welda, Brenkhausen, Bustedt sowie die Burgen in Dringenberg und Horn nicht durchgeführt, da bisher keine geeigneten und dauerhaften Nutzungen gefunden werden konnten.

- **Beabsichtigte Maßnahmen**

Inzwischen sind die Fragen der finanziellen Denkmalförderung in das neue Denkmalschutzgesetz von 1980 aufgenommen worden.

Das Denkmalförderungsprogramm 1982 sieht für den Regierungsbezirk bei einem denkmalpflegerischen Gesamtaufwand von 17,13 Mio. DM einen Zuwendungsbedarf von 5,43 Mio. DM vor.

Da die Möglichkeiten des Einsatzes von Städtebauförderungsmitteln im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen durch die Einschränkung der Mittel gemindert worden sind, müssen notwendige Durchbau- und Instandsetzungsmaßnahmen mehr und mehr von der Denkmalpflege allein übernommen werden.

Gegenwärtig werden die Denkmäler durch die Gemeinden erfaßt und in die Denkmalliste eingetragen. Da die Zahl der bisher bekannten 4.000 Baudenkmäler im Regierungsbezirk Detmold möglicherweise auf mehr als das doppelte ansteigen kann, wird sich der finanzielle Bedarf in den nächsten Jahren erheblich erhöhen.

4.23 Wohnungsbau

- **Problem: Bedarfsgerechtes Wohnungsangebot noch nicht gesichert**

Die Versorgung mit Wohnraum ist erst dann gesichert, wenn eine ausreichende Mobilitäts- und Auswahlreserve an Wohnungen vorhanden ist. Dazu muß die Zahl der bedarfsgerechten Wohnungen die Zahl der Haushalte dauerhaft übersteigen.

Im Regierungsbezirk Detmold besteht noch ein erheblicher Wohnungsbedarf insbesondere bei älteren Personen, bei kinderreichen und einkommensschwachen Familien und bei Aussiedlern.

Hier wirkt sich aus, daß in Ostwestfalen-Lippe das durchschnittlich verfügbare Einkommen unter dem Landesdurchschnitt liegt und der Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre höher als in jedem anderen Regierungsbezirk ist.

- **Unterschiedliche Anteile des Regierungsbezirks bei den verschiedenen Förderungsarten**

  Bund und Länder stellen für den sozialen Wohnungsbau erhebliche Mittel zur Verfügung. Von 1978 bis 1980 waren es in Nordrhein-Westfalen rd. 7 Mrd. DM. Davon entfielen rd. 773 Mio. DM (10,9 %) auf den Regierungsbezirk Detmold.

  Die Mittel verteilen sich auf die einzelnen Förderbereiche wie folgt:

Tabelle 4.23-1: Wohnungsbau 1978 - 1980

Förderbereiche	ingesamt in Mio. DM	DM je Einwohner	Landesanteil in %
Eigenheime	235	129	16,5
Mietwohnungen	285	157	9,3
Steuerbeg. Wohnungsbau	106	58	11,7
Modernisierung	84	46	7,6
Übrige	63	34	11,4

Trotz des höchsten Anteils an über 65-jährigen Personen hat der Bezirk von 1978 bis 1980 die geringsten Mittel pro Einwohner für den Bau von Altenwohnungen erhalten. Mit ca. 80 % der 1982 nachgefragten Altenwohnungen konzentrierte sich der Bedarf - zumindest im Regierungsbezirk Detmold - auf die Ländliche Zone.

Im Mietwohnungsbau findet zur Zeit eine konzentrierte Förderung der Ballungs- und Verdichtungsgebiete statt. Im Bezirk wurden deshalb vorrangig die Solitären Verdichtungsgebiete Bielefeld und Paderborn berücksichtigt.

Es war bisher noch nicht möglich, den Wohnungsbau in den Sanierungsgebieten des Bezirks ausreichend zu bedienen. Nach den vorliegenden Förderanträgen besteht für Neubaumaßnahmen ein kurzfristiger Bedarf für etwa 300 Wohnungen.

Seit 1975 wurden im Bezirk 17.609 Aussiedler aufgenommen. Durch den Bau von bisher 3.633 öffentlich geförderten Wohnungen konnte die Wohnraumversorgung dieses Personenkreises verbessert werden.

Die Eigenheimförderung für kinderreiche und einkommensschwache Haushalte schlägt wegen des hohen Zinsniveaus z. Zt. nicht durch. Trotz hoher öffentlicher Förderung ist die finanzielle Belastung für die Familien offensichtlich zu hoch.

Die Modernisierung von Altbauwohnungen soll die Wohnraumversorgung verbessern und Heizenergie einsparen. Dadurch verbessert sich das Wohnungsangebot in den Städten und Gemeinden qualitativ. Der Abwanderungstrend in das Stadtumland wird abgeschwächt.

Der Regierungsbezirk Detmold erhielt hierfür folgende Fördermittel:

Tabelle 4.23-2: Wohnungsmodernisierung

Regierungs-bezirk	DM insgesamt in Mio	DM/E	Prozent
Detmold	84	46	7,46
Arnsberg	272	73	24,72
Düsseldorf	366	70	33,28
Köln	193	49	17,59
Münster	184	76	16,78
Land NW	1.099	314	100

- **Problem: Mittelfristiger Bedarf nur schwierig abzuschätzen**

Wegen der unvollständigen Datenlage ist die Abschätzung des kurz- und mittelfristigen Wohnungsbedarfs problematisch. Seit der Wohnungszählung im Jahre 1968 wurde der Wohnungsbestand lediglich hochgerechnet. Die unterschiedlichen Bedarfsprognosen auf Bundes- und Landesebene überraschen deshalb nicht, zumal sich die in diesem Zusammenhang zu berücksichtigende Bevölkerungsentwicklung und die Entwicklung der Haushaltsgröße nur schwer abschätzen lassen.

Deshalb ist für den Regierungsbezirk Detmold gegenwärtig keine sichere Bedarfsermittlung möglich. Zwar wurde 1978 ein Bestand von 640.000 Wohnungen hochgerechnet, dem ca. 660.000 Haushalte gegenüberstanden. Danach ergäbe sich ein rechnerischer Fehlbestand von rd. 20.000 Wohnungen, Mobilitäts- und Auswahlreserve nicht mitgerechnet. Im Vergleich zum Land (402 Wohnungen je 1.000 Einwohner) erscheint der Regierungsbezirk Detmold mit 383 Wohnungen pro 1.000 Einwohner wohnungsmäßig leicht unterversorgt.

4.24 Industrie- und Gewerbegebiete

Trotz stagnierender oder zum Teil rückläufiger Wirtschaftsentwicklung kann auf die Planung und Erschließung von Gewerbe- und Industriegebieten nicht verzichtet werden. Im Gegenteil: Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Stärkung der gewerblichen Wirtschaft müssen Bauflächen für die Erweiterung bestehender Betriebe, für Betriebsneuansiedlungen und Betriebsverlagerungen zur Verfügung stehen. Zunehmende Rationalisierungsmaßnahmen führen darüber hinaus in den Betrieben zu steigendem Flächenbedarf pro Arbeitsplatz. Nicht zuletzt benötigen die Städte und Gemeinden wegen des weitgehend starren Grundstückmarktes einen erheblichen Flächenspielraum für eine aktive und bewegliche Bauflächenpolitik.

Wegen der anhaltenden Konjunkturschwäche dienen die Entwicklungsflächen gegenwärtig weniger der Ansiedlung neuer Betriebe als vielmehr der Aufnahme von auszulagernden und sich erweiternden Betrieben.

- **Situation: Ausstattung der Gemeinden mit gewerblich-industriellen Entwicklungsflächen sehr unterschiedlich**

Ungeachtet der laut LEP VI geplanten Gebiete für flächenintensive Großvorhaben zeigen die in den Flächennutzungsplänen vorgesehenen gewerblich-industriellen Entwicklungsspielräume von Gemeinde zu Gemeinde erhebliche Größenunterschiede. Im Verhältnis zu den bisher in Anspruch genommenen gewerblichen Bauflächen erreichen die ausgewiesenen Reserveflächen z.B. in der Gemeinde Herzebrock nur einen Anteil von 55 %. Der entsprechende Entwicklungsspielraum in Borgholzhausen liegt demgegenüber bei 304 %.

Die ersten Ergebnisse einer vom Regierungspräsidenten Detmold durchgeführten Erhebung über die Ausstattung der Gemeinden mit Gewerbe- und Industriegebieten lassen schon jetzt erkennen, daß bei den Entwicklungsflächen große Unterschiede bestehen, auch wenn man Eigentumsverhältnisse und den Planungs- und Erschließungsstand berücksichtigt.

Neben allgemeinen Standortvoraussetzungen ist die kurzfristige Verfügbarkeit eine wesentliche Bedingung für eine erfolgreiche gemeindliche Industrie- und Gewerbeansiedlungspolitik.

- **Ziel: Erwerb und Erschließung ausreichender gewerblicher Bauflächen durch die Gemeinden**

Erschließung und Bereitstellung konkreter gewerblicher Bauflächen ist eine bauleitplanerische Aufgabe und damit von den Gemeinden zu leisten. Um den Anteil verfügbarer Bauflächen zu erhöhen, sollten die Gemeinden die planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und stärker als bisher eine aktive und bewegliche Grundstückspolitik betreiben.

Ein besonderes Anliegen muß es sein, die gewerblichen Flächen stärker entsprechend den Vorgaben der Bebauungspläne zu nutzen. So sollte verhindert werden, daß als Industriegebiete ausgewiesene Flächen von Kleingewerbetreibenden wie z.B. Installateuren, Malern, Dachdeckern u.a. bevorzugt in Anspruch genommen werden. Bei diesen Handwerksbetrieben ist oftmals der Betriebsteil der baulichen Anlagen gegenüber dem Wohnteil von untergeordneter Bedeutung. Darüber hinaus ist der Störungsgrad derartiger Betriebe in aller Regel so gering, daß sie auch in nur eingeschränkt zu nutzenden Gewerbe- oder Mischgebieten angesetzt werden könnten.

Ist ein Industriegebiet erst einmal in einem gewissen Umfang von solchen Betrieben besetzt, so wird der Gebietscharakter durch ihre Struktur geprägt und die Ansiedlung erheblich störender Betriebe erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Die "Entwertung" von Industriegebieten durch Entwicklungen dieser Art kann in Zukunft nicht mehr hingenommen werden.

4.3 Gesundheit

4.31 Krankenhäuser

Die Versorgung der Bevölkerung mit einem bedarfsgerechten System einander ergänzender, miteinander kooperierender, leistungs- und entwicklungsfähiger Krankenhäuser sicherzustellen, ist in Nordrhein-Westfalen ein durch Gesetz festgelegtes Ziel der Landespolitik (§ 1 KHG). Jedes Krankenhaus soll hierbei mit einer untereinander abgestimmten Aufgabenstellung seinen Versorgungsbeitrag leisten.

Das Versorgungssystem umfaßt drei Versorgungsstufen:

- Der 1. Versorgungsstufe sind Allgemeinkrankenhäuser der ortsnahen Grundversorgung zuzuordnen. Sie müssen in der Regel mindestens die Disziplinen Chirurgie, Innere Medizin und Anästhesie vorhalten.
- Der 2. Versorgungsstufe sind Krankenhäuser der ortsnahen gehobenen Breitenversorgung zuzuordnen. Neben den Grunddisziplinen werden weitere Einrichtungen der gehobenen Breitenversorgung der Bevölkerung vorgehalten.
- Der 3. Versorgungsstufe dienen Krankenhäuser der regionalen Spitzenversorgung mit Einrichtungen für eine hochdifferenzierte Diagnostik und Therapie.

Das Angebot der 2. und 3. Versorgungsstufe kann auch von mehreren, miteinander kooperierenden Krankenhäusern mit abgestimmten Leistungsschwerpunkten erbracht werden.

- **Rückblick: Die Krankenhausversorgung hat sich in den letzten 10 Jahren erheblich verbessert**

Alle 1969 aufgeführten Baumaßnahmen konnten verwirklicht werden. Als Neubauten sind zu erwähnen:

- das Zweckverband St. Petri-Hospital in Warburg
- das Stadt- und Kreiskrankenhaus in Herford
- das St. Ansgar-Krankenhaus in Höxter.

Das St. Josephs-Krankenhaus in Paderborn wurde mit erheblichem Kostenaufwand (41 Mio. DM) saniert und erweitert, ebenso das St. Franziskus-Hospital in Bielefeld (rd. 72 Mio.).

Den Krankenhäusern des Bezirks flossen von 1972 - 1980 zur Finanzierung mittel- und langfristiger Investitionen über 1 Mrd. DM zu. Dies entspricht einem Landesanteil von rd. 19 %.

In die Aufstellung sind die Landeskrankenhäuser allerdings nicht einbezogen. Von den rd. 31.000 Betten in Landeskrankenhäusern, die nicht nach KHG finanziert werden, sind nur ca. 5,5 % im Regierungsbezirk Detmold. Es gibt in Ostwestfalen auch keine Universitätskliniken, die für das Land einen erheblichen Kostenfaktor bilden.

Tabelle 4.31-1: Krankenhausfinanzierung (§ 9 KHG) 1972 - 1980

Regierungsbezirk	Bewilligungen nach § 9 KHG in Mrd.DM	in %	Bettenanteil in %	Einwohner pro Bett
Arnsberg	1,15	20,48	24,57	110
Detmold	1,08	19,15	12,38	167
Düsseldorf	1,30	23,03	31,67	120
Köln	1,10	19,63	17,12	168
Münster	0,95	17,69	14,24	124
Land NW	5,62	100	100	125

- **Ziel: Qualitätssteigerung durch Verbesserung der inneren Strukturen und durch Kooperation der Krankenhäuser**

  Der seit dem 1.1. 1980 geltende Krankenhausbedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen stellt darauf ab, die Qualität des Leistungsangebotes nicht nur zu erhalten, sondern durch geeignete Maßnahmen - insbesondere durch Verbesserung der Strukturen (Bettenzahl, Disziplinenaufteilung) und durch Kooperation der Krankenhäuser - zu verbessern. Dabei wird es in ländlichen, dünn besiedelten Räumen nicht immer gelingen, die angestrebte Verbesserung des Leistungsniveaus mit der geforderten wohnortnahen Versorgung in Einklang zu bringen.

  Im Versorgungsgebiet 10 (Stadt Bielefeld und Kreise Gütersloh, Herford, Lippe, Minden-Lübbecke) gab es am 31.12.1980 27 Allgemeinkrankenhäuser mit 9.599 Betten und 10 Sonderkrankenhäuser, im Versorgungsgebiet 11 (Kreise Höxter und Paderborn) 12 Allgemeinkrankenhäuser mit 3.129 Betten und 6 Sonderkrankenhäuser.

  Für 1985 sind als Zielzahl 12.957 Betten vorgesehen.

- **Laufende Maßnahmen: 4 Großbauten in Ostwestfalen-Lippe**

  In den Jahren 1979/80 setzte das Land das Schwergewicht auf die Förderung von 15 Groß- bzw. Ersatzbauten, von denen 4 im Regierungsbezirk Detmold errichtet werden. Dazu ist ein vorläufiger Finanzierungsbedarf von rd. 536 Mio. DM erforderlich.

Im einzelnen sind dies:

- Neubau der Städtischen Krankenanstalten in Bielefeld. Krankenhaus der regionalen Spitzenversorgung mit 13 leistungsfähigen Fachabteilungen und Schwerpunkten im Bereich der Inneren Medizin z.B. Nephrologie, Dialyse, Kardiologie und im Bereich der Unfallchirurgie, für plastische Chirurgie einschl. eines Zentrums für Schwer- und Schwerstverbrannte; 505 Betten.

- Neubau des Kreiskrankenhauses Minden-Lübbecke, das u.a. eine 200-Betten-Abteilung für Psychiatrie erhalten wird; 505 Betten.

- Neubau des St. Elisabeth-Hospitals in Gütersloh. Es nimmt gemeinsam mit dem Städtischen Krankenhaus in Gütersloh die gehobene Breitenversorgung der Stufe 2 wahr; 406 Betten.

- Neubau des Gollwitzer-Meier-Instituts Bad Oeynhausen. Herzklinik, die neben der bereits bestehenden kardiodiagnostischen eine leistungsfähige kardiochirurgische Abteilung erhalten wird; 200 Betten.

Die Weiterfinanzierung dieser Maßnahmen wird einen erheblichen Teil der Krankenhausmittel der nächsten Jahre binden. Anfang 1982 waren erst ca. 124 Mio. DM gemäß Baufortschritt ausgezahlt.

- **Sanierungsmaßnahmen**

Zur Finanzierung anderer Maßnahmen - z.B. die Einrichtung von Intensivstationen und Dialyseabteilungen, die Verbesserung von Operationsräumen, von Ambulanzen und Krankenanfahrten, Sicherungsmaßnahmen - sind aus heutiger Sicht noch weitere Mittel von ca. 250 Mio. DM erforderlich. Eine Finanzierung dieses Gesamtbedarfs ist nur mittel- bis langfristig möglich.

4.32 Kurorte

- **Ostwestfalen-Lippe "Heilgarten Deutschlands"**

Wegen seines gesunden Klimas, seiner natürlichen Heilmittel des Bodens (zahlreiche Heilquellen und Moorlager) und seiner reizvollen abwechslungsreichen Landschaft hat der Raum Ostwestfalen-Lippe nicht nur eine herausgehobene Freiraum- und Erholungsfunktion für die Bevölkerung der Ballungszentren des Landes Nordrhein-Westfalen, sondern ist darüberhinaus auch als "Heilgarten Deutschlands" bekannt.

So befinden sich von 52 nordrhein-westfälischen (z.T. noch nicht anerkannten) Kurorten allein 22 im Regierungsbezirk Detmold. Der Eindruck der besonderen Bedeutung des Kurwesens in dieser Region wird noch stärker, wenn man feststellt, daß von den in diesen Zahlen enthaltenen staatl. anerkannten Heilbädern (10 im Land NW) 5 Heilbäder in Ostwestfalen-Lippe anzutreffen sind, die dazu noch zu den bekanntesten und größten Deutschlands zählen: Bad Salzuflen, Bad Oeynhausen, Bad Meinberg, Bad Lippspringe und Bad Driburg. Daneben gibt es 3 Kneipp-Kurorte: Wünnenberg, Schieder mit Glashütte (Schieder-Schwalenberg) und Hiddesen (Detmold-beantragt).

Typisch für diesen Raum sind auch die zahlreichen privaten Badebetriebe, die meist außerhalb von Ortschaften liegen, über eigene Heilquellen verfügen und oft aus früheren Bauernhöfen hervorgegangen sind. Diese traditionsbewußt häufig einfach "Bauernbäder" genannten Einrichtungen finden sich in 4 Luftkurorten mit Kurmittelgebiet: Vlotho-Valdorf, Preuß. Oldendorf-Holzhausen, Petershagen-Hopfenberg (beantragt) und Warburg-Germete (beantragt) sowie in den 3 Erholungsorten mit Kurmittelgebiet: Hille-Rothenuffeln, Bünde-Randringhausen und Stemwede-Levern (beantragt).

Abgerundet wird das Bild des "Heilgartens" durch die weniger therapiebetonten Kurorte, nämlich die 7 Luftkurorte: Preuß. Oldendorf, Porta Westfalica-Hausberge, Rödinghausen, Lage-Hörste, Brakel, Willebadessen und Höxter-Bruchhausen (Abbildung 4.32 - 1).

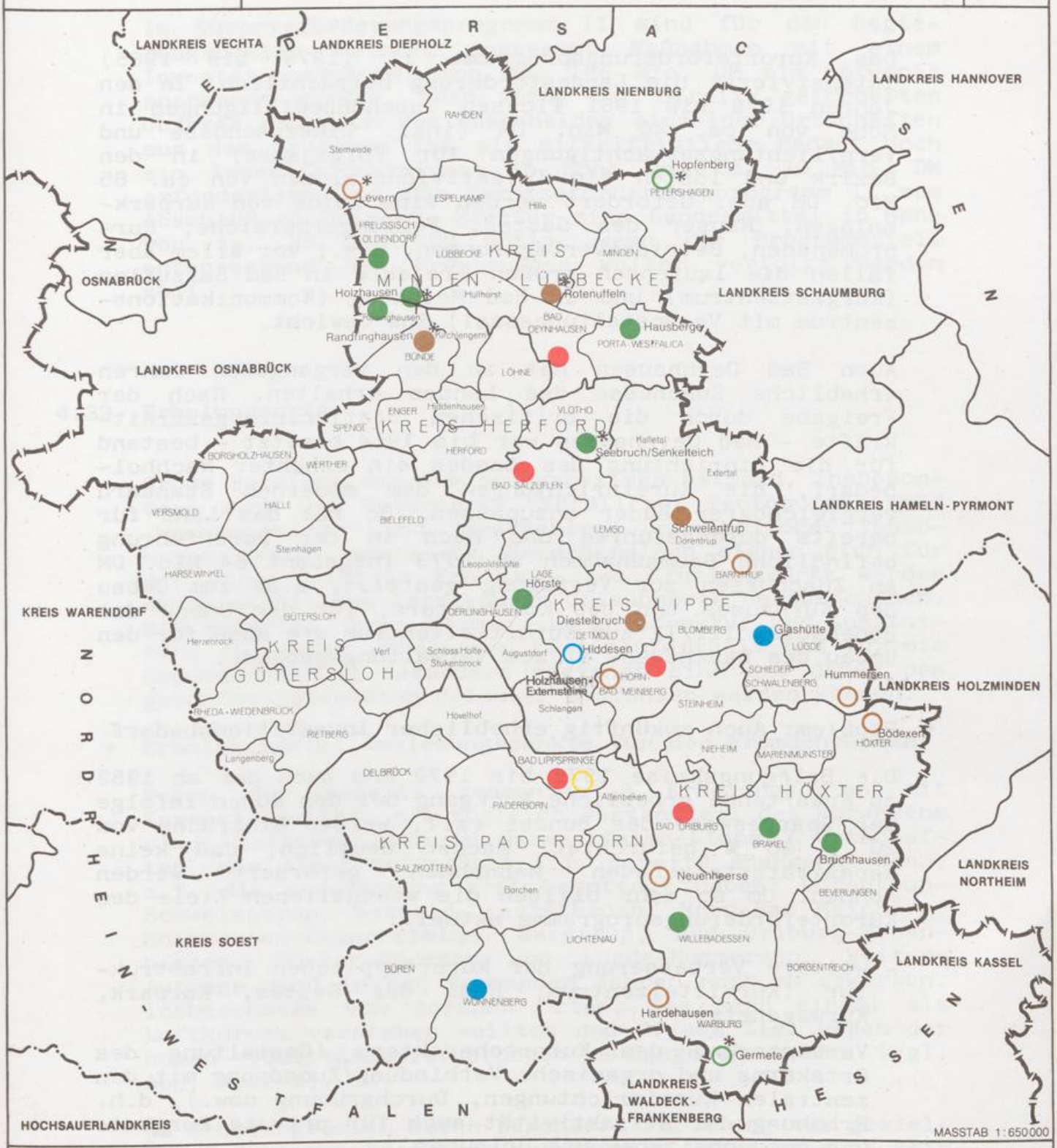
- **Erfolg: Umfangreiche Investitionen in den vergangenen Jahren**

Das Kurorteförderungsprogramm I des Landes Nordrhein-Westfalen (1974 bis 1978) sowie frühere Förderungsmaßnahmen wirkten sich im Regierungsbezirk Detmold schwerpunktmäßig im therapeutischen Bereich aus. So wurden große Bewegungszentren in Bad Oeynhausen, Bad Salzuflen und Bad Meinberg geschaffen. Das übrige Angebot an Kurmitteleinrichtungen wurde in Bad Lippspringe, Vlotho, Höxter-Bruchhausen und Schieder-Schwalenberg erweitert. Aber auch Kurparkförderungen fanden in Bad Salzuflen und in Vlotho statt.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Kur- und Erholungsorte

Abbildung
4.32 – 1



MASSTAB 1:650000

	Anerkannt	Antrag gestellt
Heilbad	●	○
Heilklimatischer Kurort	●	○
Kneipp-Kurort	●	○
Luftkurort	●	○
Erholungsort	●	○
mit Kurmittelgebiet	*	

STAND 1.3.1982

Der Regierungspräsident Detmold

Das Kurorteförderungsprogramm II (1979 bis 1985) intensivierte die Landesförderung beträchtlich. In den Jahren 1979 bis 1981 flossen Zuschußbewilligungen in Höhe von ca. 40 Mio. DM (inkl. Zinszuschüsse und Verpflichtungsermächtigungen für Folgejahre) in den Bezirk und lösten ein Investitionsvolumen von ca. 85 Mio. DM aus. Gefördert werden eine Reihe von Kurparkanlagen, Häuser des Gastes, Fußgängerbereiche, Kurpromenaden, Betriebsverlagerungen, u.a.; vor allem aber fallen die laufenden großen Projekte in Bad Salzuflen (Kurgastzentrum) und in Bad Meinberg (Kommunikationszentrum mit Veranstaltungssaal) ins Gewicht.

Auch Bad Oeynhausen hat in den vergangenen Jahren erhebliche Zuschüsse des Landes erhalten. Nach der Freigabe durch die britischen Stationierungsstreitkräfte - Bad Oeynhausen war bis 1954 besetzt - bestand für die Einrichtung des Landes ein erhöhter Nachholbedarf, die Kureinrichtungen dem modernen Standard vergleichbarer Bäder anzupassen. So hat das Land für bereits durchgeführte und noch in der Durchführung befindliche Baumaßnahmen ab 1973 insgesamt 64 Mio. DM an Zuschüssen zur Verfügung gestellt, u.a. zum Umbau des Kurhauses und des Kurtheaters, für den Umbau des Badehauses III/IV zum Kurmittelzentrum wie auch für den Umbau des Badehauses II zum Verwaltungsgebäude.

- **Problem: Auch zukünftig erheblicher Investitionsbedarf**

Die Belegungskrise 1975 bis 1979 und auch der ab 1982 zu erwartende erhebliche Rückgang bei den Kuren infolge der Spargesetze des Bundes (z.T. werden Einbrüche von 20 - 30 % befürchtet) machen deutlich, daß keine kapazitätssteigernden Maßnahmen gefördert werden können. Um so mehr bleiben die wesentlichen Ziele des Kurorteförderungsprogramms aktuell:

- weitere Verbesserung der kurorttypischen Infrastruktur (Kurmittelzentrum, Haus des Gastes, Kurpark, Kurwegenetz)
- Verbesserung des Kurortcharakters (Gestaltung des Ortskerns und organische Verbindung/Zuordnung mit den zentralen Kureinrichtungen, Durchgrünung usw.), d.h. Erhöhung der Attraktivität auch für private Kurgäste und gesundheitsbewußte Urlauber
- insbesondere Beseitigung von Störfaktoren (Auslagerung von Gewerbebetrieben, Herausnahme von Durchgangs- und LKW-Verkehr, Schaffen von Fußgänger- und verkehrsberuhigten Zonen).

Im Kurorteförderungsprogramm II sind für den Regierungsbezirk Detmold insgesamt Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von ca. 166 Mio. DM als notwenig anerkannt worden. Nach Abzug der bereits geförderten Objekte und nach dem Ausscheiden einzelner Ortschaften aus dem Programm ist als mittelfristiger Bedarf noch ein Investitionsvolumen in Höhe von ca. 70 Mio. DM erforderlich, um das Kurorteförderungsprogramm II zum Abschluß zu bringen. Hierfür sind Landesmittel in Höhe von ca. 35 Mio. -DM nötig, wenn die Programmziele entsprechend den Erwartungen weiter verfolgt werden soll.

4.33 Erholungsorte

Große Bereiche des Regierungsbezirks Detmold, insbesondere auch die Naturparke "Nördlicher Teutoburger Wald -Wiehengebirge" und "Eggegebirge und Südlicher Teutoburger Wald" sowie das Weserbergland eignen sich für die längerfristige Erholung. Als Erholungsorte werden durch staatliche Anerkennung Urlaubsorte herausgehoben, die aufgrund ihres Klimas, ihrer Struktur und Ausstattung für einen erholsamen Ferienaufenthalt und für die Gesunderhaltung besonders geeignet sind und daher dem gesundheitsbewußten Urlauber empfohlen werden können.

- **Erholungsorte: Anziehungspunkte für den Fremdenverkehr**

Neben den bereits genannten 3 Erholungsorten mit Kurmittelgebiet, die zugleich Bestandteil des Kurwesens sind, befinden sich in Ostwestfalen-Lippe 7 Ortschaften, die als Erholungsort z.T. bereits anerkannt sind, z.T. die Anerkennung erst beantragt haben: Dörentrup-Schwelentrup, Detmold-Diestelbruch, Horn-Bad Meinberg, Holzhausen-Externsteine, Barntrup, Bad Driburg-Neuenheerse, Höxter-Bödexen und Lügde-Hummersen. Weitere Anträge sind in den kommenden Jahren noch zu erwarten, insbesondere von solchen Orten, die sich einmal als Luftkurort verstehen wollten und dieses Ziel wegen der hohen Qualitätsanforderungen aufgegeben haben (vgl. Abb. 4.32-1).

Da Erholungsorten keine besondere Förderung zur gezielten Strukturverbesserung zuteil wird, gibt es auch kein entsprechendes Förderungsprogramm. Die Gemeinden müssen mit eigener Kraft die Voraussetzungen für den Erhalt der Anerkennung schaffen. Hierfür sind jedoch bei weitem nicht so erhebliche Investitionen wie bei den Luftkurorten erforderlich. Lediglich an die Bauleitplanung der Erholungsordnung werden vergleichbare Anforderungen wie bei den Kurorten gestellt.

4.4 Verkehr

Die Verkehrsinfrastruktur bildet eine wichtige Grundlage für die Entwicklung einer Region. In einer Gesellschaft, in der die Wirtschaft in hohem Maße arbeitsteilig organisiert ist und in der auch die Daseinsgrundfunktionen Wohnen, Arbeiten und Freizeit durchweg räumlich getrennt voneinander wahrgenommen werden, wird die Entwicklung wesentlich von Umfang und Qualität des verbindenden Verkehrsnetzes bestimmt. Je besser das Verkehrswesen organisiert ist und je leichter damit Entfernungen überwunden werden können, desto größer ist seine intra- und interregionale Ausgleichswirkung.

Eine Region wie Ostwestfalen-Lippe, die weit von den großen Ballungszentren des Landes entfernt liegt, ist in ihrer Entwicklung maßgeblich von der überregionalen Anbindung ihrer Teilräume abhängig.

4.41 Straßenverkehr

Der durchgehende Straßenverkehr wickelt sich hauptsächlich auf Bundesfernstraßen und Landstraßen ab. Die Baulast für die Bundesfernstraßen (Autobahnen und Bundestraßen) obliegt der Bundesrepublik Deutschland, für Landstraßen dem Land Nordrhein-Westfalen.

Bund und Land entwickeln Bedarfspläne für den langfristigen Ausbau des Straßennetzes, die regelmäßig fortgeschrieben werden und Vorgabe für die kurz- oder mittelfristigen Bauprogramme sind. Die konkrete Planung und der Bau von Bundesfern- und Landstraßen werden in Nordrhein-Westfalen von den Landschaftsverbänden, im Regierungsbezirk Detmold von der Straßenverwaltung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe in Münster durchgeführt.

Die Regionalplanung erarbeitet das für die Entwicklung der Region maßgebende Straßennetz, unterteilt in Straßen für den großräumigen, überregionalen und für den regionalen Verkehr. Abb. 4.41- 1 gibt die großräumigen und überregionalen Straßen wieder, die die Verflechtungsbeziehungen innerhalb der Region im wesentlichen tragen und die Verbindungen zu anderen Wirtschafträumen herstellen.

- **Rückblick: Nur ein Teil der 1969 als notwendig angesprochenen und auch heute noch dringlichen Maßnahmen ist bisher verwirklicht worden**

In den Jahren 1970 - 1981 wurde im Straßenbau viel geleistet:

Tabelle 4.41-1: Straßenneubauten zwischen 1970 und 1980

	Regierungsbezirk Detmold	Regierungsbezirk Münster	Regierungsbezirk Arnsberg
Autobahnen	48 km	66 km	184 km
Bundesstraßen	62 km	69 km	30 km
Landstraßen	83 km	69 km	32 km

Die ländlichen Bezirke weisen entsprechend ihrer Struktur einen größeren Anteil an Landstraßenneubauten auf, während die Verdichtungsgebiete mehr Ausgangs- und Zielpunkte von Autobahnen sind.

Die innerregionale Aufschlüsselung ist aus der Tabelle 4.41-2 ersichtlich.

Von den Straßenneubauten, die seit 1970 geschaffen wurden, seien nur die bedeutendsten namentlich erwähnt:

Oberbereich Bielefeld

- A 30 Bad Oeynhausen-Osnabrück (1969 als Planung L 777 angesprochen), als wichtigste Ost-West-Verbindung im Norden der Region
- B 482, in Verbindung mit der B 61 zur Zeit leistungsfähigste direkte Verbindung in den Raum Bremen
- B 239 Umgehung Rahden, Ausbau im Bereich zwischen Kirchlengern und Lübbecke, Westumgehung Herford: insgesamt Teilstücke der durchgängigen großräumig bedeutsamen Nord-Südost-Verbindung B 239/B 239 n
- L 712 n Ostwestfalenstraße, südlich Lemgo als Teilstück einer durchgängigen Verbindung von Bielefeld in den östlichen und südöstlichen Teil des Regierungsbezirks bis zur A 44 Ruhrgebiet-Kassel.

Tabelle 4.41-2: Aus-/Neubaulängen-Vergleiche

Stand: 1981

Straßenbauten Oberbereiche/ Kreise	Seit 1945 wurden neugebaut oder ausgebaut [1]	Zwischen 1970 und 1981 wurden neugebaut oder ausgebaut	Länge der neugebauten oder ausgebauten Strecken seit 1945 bezogen auf		Länge der neugebauten oder ausgebauten Strecken seit 1945 im Verhältnis zur Gesamtnetzlänge
			1000 E	1000 Kfz	
	km	km	m	m	
Oberbereich Bielefeld insgesamt			522,66	1.137,62	
Autobahn	107,0	28,0	-	-	-
Bundesstraße	185,7	174,5	128,4	279,47	1 : 2,96
Landstraße	463,2	239,95	320,28	698,11	1 : 3,33
Stadt B'feld			190,0	460,0	
Autobahn	18,5	-	-	-	-
Bundesstraße	12,0	7,5	40,0	90,0	1 : 3,74
Landstraße	30,5	24,25	100,0	230,0	1 : 4,11
Gütersloh			480,0	1.000,0	
Autobahn	26,0	-	-	-	-
Bundesstraße	53,0	53,0	180,0	390,0	1 : 2,40
Landstraße	58,0	30,5	200,0	420,0	1 : 5,40
Lippe			410,0	940,0	
Autobahn	5,0	-	-	-	-
Bundesstraße	29,5	29,5	90,0	200,0	1 : 6,04
Landstraße	100,5	62,75	310,0	700,0	1 : 4,94
Herford			510,0	1.070,0	
Autobahn	32,5	23,0	-	-	-
Bundesstraße	9,5	6,5	40,0	80,0	1 : 4,66
Landstraße	76,5	56,75	330,0	690,0	1 : 3,14
Minden-Lüb.			1.060,0	2.150,0	
Autobahn	25,0	5,0	-	-	-
Bundesstraße	81,7	78,0	280,0	580,0	1 : 1,90
Landstraße	197,7	65,7	690,0	1.400,0	1 : 1,86
Oberbereich Paderborn insgesamt			1.272,74	2.929,18	
Autobahn	46,0	46,0	-	-	-
Bundesstraße	189,0	144,5	509,64	1.172,9	1 : 1,65
Landstraße	237,0	159,75	639,07	1.470,79	1 : 3,21
Paderborn			1.250,0	2.900,0	
Autobahn	36,0	36,0	-	-	-
Bundesstraße	127,0	82,5	560,0	1.300,0	1 : 1,14
Landstraße	119,5	86,0	530,0	1.230,0	1 : 3,37
Höxter			1.310,0	2.970,0	
Autobahn	10,0	10,0	-	-	-
Bundesstraße	62,0	62,0	430,0	970,0	1 : 2,69
Landstraße	117,5	72,75	820,0	1.840,0	1 : 3,03

[1] Anmerkung:

Die angegebenen Längenwerte wurden aus vorliegenden Karten herausgemessen und sind daher nur in etwa als richtig anzusehen.

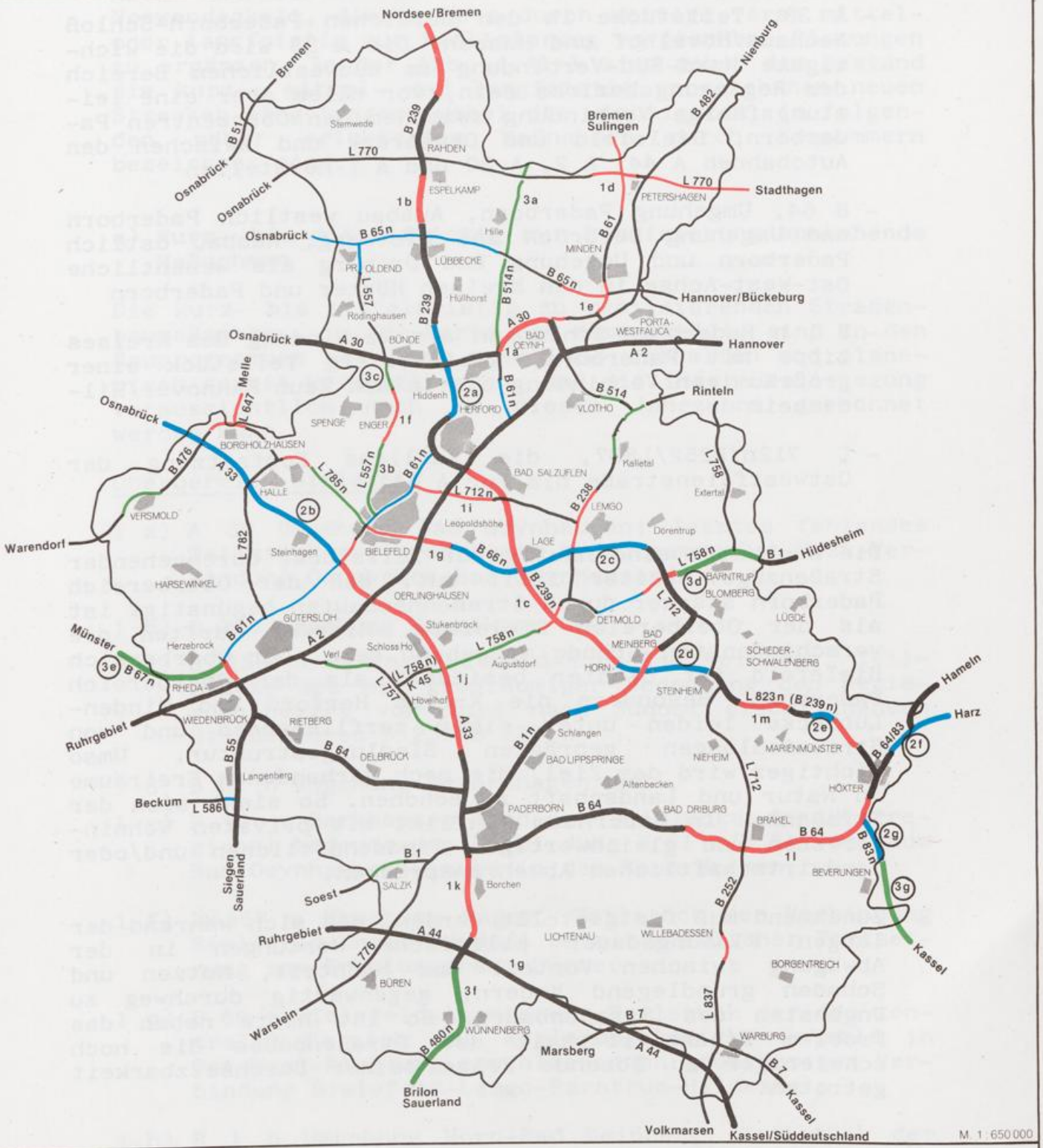
Bei Aus- und/oder Neubau wird ein Regelquerschnitt von mindestens 10,5 m zugrundegelegt. Bei Bundes- und Landstraßen wird bei der Darstellung der aus- bzw. neugebauten Strecken insgesamt von der Netzentwicklung nach 1945 ausgegangen, die Autobahn 2 gilt als ausgebauter Bestand und ist als solche in die Verhältniszahlen der neu-/ausgebauten Strecken insgesamt einbezogen worden.

Die bis 1981 in den Stadtbereichen und als Ortsdurchfahrt erfolgen Neu-/Ausbauten sind in der Berechnung miterfaßt.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Großräumiges und überregionales Straßennetz (Konzept)

Abbildung 4.41-1



großräumig überregional

- Bestand/im Bau
- Planung, Realisierung kurz- bis mittelfristig zu erwarten
- Planung, Realisierung mittel- bis langfristig zu erwarten
- Planung, Realisierung langfristig zu erwarten oder offen
- 2a Planung, im Text angesprochen
- (2c) Planung, eher langfristig, frühere Realisierung wünschenswert

STAND 1982

Oberbereich Paderborn

- A 33, Teilstücke in den Bereichen Paderborn-Schloß Neuhaus/Hövelhof und Haaren. Die A 33 wird die wichtigste Nord-Süd-Verbindung im südwestlichen Bereich des Regierungsbezirks sein, vor allem aber eine leistungsfähige Verbindung zwischen den Oberzentren Paderborn, Bielefeld und Osnabrück und zwischen den Autobahnen A 44, A 2, A 30 und A 1 herstellen

- B 64, Umgehung Paderborn, Ausbau westlich Paderborn und Umgehung Delbrück und Rietberg; Ausbau östlich Paderborn und Umgehung Bad Driburg als wesentliche Ost-West-Achse in den Kreisen Höxter und Paderborn

- B 1 n Paderborn-Schlangen als Verbindung des Kreises Lippe mit Paderborn, gleichzeitig Teilstück einer großräumigen Verbindung bis in den Raum Hannover/Hildesheim

- L 712n/B252/L837, die südliche Fortsetzung der Ostwestfalenstraße bis zur A 44.

Die Neubauten sind häufig nur Teilstücke durchgehender Straßenzüge. Weiter fällt auf, daß der Oberbereich Paderborn stärker durch Straßenneubauten begünstigt ist als der Oberbereich Bielefeld. Hierfür dürften die verschiedensten Gründe maßgebend sein. Der Oberbereich Bielefeld ist dichter besiedelt als der Oberbereich Paderborn. Besonders die Kreise Herford und Minden-Lübbecke leiden unter einer zerfließenden und von Streusiedlungen geprägten Siedlungsstruktur. Umso wichtiger wird das Ziel, die noch vorhandenen Freiräume in Natur und Landschaft zu schonen. So sieht sich der Straßenbau in dauerndem Konflikt mit privaten Wohninteressen und gleichwertigen landschaftlichen und/oder landwirtschaftlichen Abwehransprüchen.

Zunehmend muß festgestellt werden, daß sich während der langen Planungsdauer politische Wertungen in der Abwägung zwischen Vorteil und Nachteil, Nutzen und Schaden grundlegend ändern, gegenwärtig durchweg zu Ungunsten des Straßenbaues. So ist heute neben das Problem Finanzierbarkeit des Straßenbaues die noch schwieriger zu lösende Frage seiner Durchsetzbarkeit getreten.

- **Zukünftige Straßenbaumaßnahmen**

Soll die Region Ostwestfalen-Lippe weiterhin an der Entwicklung angemessen teilnehmen, kann auf die Weiterführung begonnener und Durchführung schon 1969 als dringend notwendig bezeichneter Straßenbaumaßnahmen

nicht verzichtet werden. Darüberhinaus besteht die Notwendigkeit, dieses Netz durch weitere, erst mittel- oder langfristig zur Realisierung vorgesehene Planungen zu ergänzen. In der Abb. 4.41-1 sind neben dem Bestand die kurz-, mittel- und langfristig vorgesehenen neuen Strecken eingetragen, wobei die wichtigsten, im folgenden näher erläuterten Maßnahmen durch Kennummern bezeichnet sind.

a) Kurz- bis mittelfristig zur Realisierung anstehende Maßnahmen

Die kurz- bis mittelfristig zu realisierenden Straßenbaumaßnahmen, in der Karte rot dargestellt, sind in den Bauprogrammen von Bund oder Land enthalten und planerisch soweit vorangetrieben, daß mit ihrer Realisierung voraussichtlich noch in diesem Jahrzehnt gerechnet werden kann.

Oberbereich Bielefeld

1 a) A 30 Umgehung Bad Oeynhausen; letztes fehlendes Teilstück der großräumig bedeutsamen Ost-West-Verbindung Osnabrück-Bad Oeynhausen/A 2

1 b) B 239 Umgehung Espelkamp und

1 c) B 239 n Herford-Detmold-Horn-Bad Meinberg, Teilstücke des mit großräumiger Bedeutung den Regierungsbezirk von Nord nach Südost erschließenden Straßenzuges B 239/B 239 n

1 d) B 61 n Umgehung Petershagen und

1 e) B 61 n Barkhausen-Minden, Teilstücke der überregional bedeutsamen Verbindung B 61 n/B 61 vom Raum Bad Oeynhausen/Minden in den Raum Bremen

1 f) L 557 n Umgehung Enger, Teilstück der Verbindung Bielefeld-Enger-Bünde/A 30 mit nördlicher Fortsetzung zum Erholungsraum Dümmer

1 g) B 66 n Bielefeld-Asemissen, Teilstück der den zentralen Bereich des Regierungsbezirks Detmold in Ost-West-Richtung erschließenden großräumigen Verbindung Bielefeld-Lemgo-Barntrup-Hildesheim

1 h) B 1 n Umgehung Horn-Bad Meinberg, Teilstück der großräumig bedeutsamen Verbindung Paderborn/-Hameln/ Hannover/Hildesheim

1 i) L 712 n Bad Salzuflen-Bielefeld, Teilstück der Ostwestfalenstraße, einer überregional bedeutsamen durchgehenden Verbindung von Bielefeld bis in den östlichen und südöstlichen Teil des Regierungsbezirks und zur A 44.

Oberbereich Paderborn

1 j) A 33, Abschnitte Paderborn-Bielefeld und

1 k) Paderborn-A 44 als Teilstücke der großräumig bedeutsamen wichtigsten Nord-Süd-Verbindung im südlichen bis westlichen Bereich des Regierungsbezirks, gleichzeitig Teilstück einer Verbindung zwischen den Oberzentren Paderborn, Bielefeld und Osnabrück und den Autobahnen A 44, A 2, A 30, A 1

1 l) B 64, Neuführung östlich Bad Driburg bis Höxter mit Umgehungen für Brake, Ottbergen/Bruchhausen und Godelheim, Teilstück der zentralen großräumig bedeutsamen Ost-West-Achse durch die Kreise Paderborn und Höxter

1 m) L 823 n (B 239 n), Neuführung im Bereich Marienmünster, Teilstück des mit großräumiger Bedeutung den Regierungsbezirk von Nord nach Südost erschließenden Straßenzuges B 239/B 239 n; die Planung erfolgt im angegebenen Bereich als Landstraße.

b) Mittelfristig bis längerfristig vorgesehene Planungen

Mittel- bis längerfristig vorgesehen, das heißt, in den Bauprogrammen von Bund oder Land enthalten und in der Linienführung bereits konkretisiert, jedoch in diesem Jahrzehnt noch nicht realisierbar sind die folgenden, in der Karte blau eingetragenen Verbindungen:

Oberbereich Bielefeld

2 a) B 239 n Herford-Kirchlengern/Umgehung Kirchlengern, Teilstück des mit großräumiger Bedeutung den Regierungsbezirk von Nord nach Südost erschließenden Straßenzuges B 239/B 239 n

2 b) A 33 Bielefeld-Brackwede-Osnabrück, Teilstück der großräumig bedeutsamen Verbindung Paderborn-Bielefeld-Osnabrück, gleichzeitig Teilstück der Verbindung zwischen den Autobahnen A 44, A 2, A 30, A 1

2 c) B 66 n Bielefeld-Lage-Lemgo, Teilstück der großräumig bedeutsamen, den zentralen Bereich des Regierungsbezirks in Ost-West-Richtung erschließenden Verbindung Bielefeld-Lemgo-Barntrup-Hildesheim.

Oberbereich Paderborn

2 d) B 239 n Bad Meinberg-Steinheim und

2 e) Umgehung Löwendorf, Teilstücke des mit großräumiger Bedeutung den Regierungsbezirk von Nord nach Südost erschließenden Straßenzuges B 239/B 239 n

2 f) B 65/83 nördlich Höxter und

2 g) B 83 südlich Godelheim, Umgehungen Blankenau und Wehrden, Teilstücke der den Regierungsbezirk im äußersten Osten durchquerenden großräumig bedeutsamen Verbindung Hameln-Höxter-Kassel.

c) Langfristig vorgesehene oder wünschenswerte Maßnahmen

Aufgrund bislang nicht anerkannten Bedarfs in den Bedarfsplänen des Bundes oder des Landes oder noch nicht erfolgter Konkretisierung der Planung sind folgende, in der Karte grün eingetragenen Verbindungen eher langfristig zu erwarten:

Oberbereich Bielefeld

3 a) B 514 n Löhne-L 770 mit Fortsetzung nach Niedersachsen (Uchte/B 61), völlig neue überregional bedeutsame Nord-Süd-Verbindung im Zuge der ehemaligen A 5 bis zur L 770 n; verkehrlicher Wert bei Fortsetzung des Straßenzuges nach Niedersachsen mit Fernziel Bremen

3 b) L 557 n Bielefeld-Enger und

3 c) L 557 n Enger-A 30, Teilstücke der überregional bedeutsamen Verbindung Bielefeld-Enger-Bünde/A 30 mit nördlicher Fortsetzung zum Erholungsraum Dümmer

3 d) L 758 n/B 66 n Großenmarpe-Barntrup/Umgehung Barntrup, Teilstück der den zentralen Bereich des Regierungsbezirks in Ost-West-Richtung großräumig erschließenden Verbindung Bielefeld-Lemgo-Barntrup-Hildesheim (B 66 n, L 712 n, L 758 n, B 66 n, B 1)

3 e) B 67 n Rheda-Wiedenbrück-Münster, Teilstück der großräumig bedeutsamen Verbindung zwischen den Oberzentren Bielefeld und Münster (A 2/B 61 n/B 67 n).

Oberbereich Paderborn

3 f) B 480 n Umgehung Wünnenberg, Teilstück der großräumig bedeutsamen südlichen Verlängerung der A 33 in Richtung Brilon/A 46

3 g) B 83 n Umgehung Beverungen, Teilstück der den Regierungsbezirk im äußersten Osten durchquerenden großräumig bedeutsamen Verbindung Hameln-Höxter-Kassel.

- **Wünschenswerte Änderungen in der Planung und Baupriorität zur Herstellung leistungsfähiger Netzzusammenhänge**

Übergeordnete Gesichtspunkte der Raumerschließung und der besseren Anbindung an benachbarte Wirtschaftsräume sprechen dafür, folgende mittel- bis langfristig vorgesehene oder planerisch wenig fortgeschrittene Maßnahmen vorzuziehen und im Interesse des Gesamtausbaues zusammenhängender Straßenzüge vorzeitig zu verwirklichen (eingekreiste Kennummern in der Abb. 4.41-1).

Die B 239 stellt die maßgebende innerregionale Verkehrsachse in Nord-Südost-Richtung dar. Um nach Wegfall der A 5 die großräumige Erschließungsfunktion dieser Straße zu verbessern, sollten die unter b) angesprochenen Vorhaben

- B 239 n Herford-Kirchlengern/Umgehung Kirchlengern (Nr. 3 a)

- B 239 n Bad Meinberg-Steinheim und Umgehung Löwendorf (Nr. 2 a und 2 c)

vorrangig verwirklicht werden.

Wünschenswert wäre die Weiterführung der B 239 nördlich der Bezirksgrenze in Niedersachsen mit Zielrichtung A 1.

Die A 33 erhält ihren vollen Verkehrswert erst, wenn auch der unter 2 b) erwähnte Abschnitt Bielefeld-Osnabrück-A 30-A 1 verwirklicht wird.

Sowohl als großräumig bedeutsame Verbindung in den Raum Hildesheim/Harz wie auch zur verkehrlichen Entlastung der von der bestehenden B 66 durchquerten Städte und Gemeinden sind Neuführungen im Zuge des Ost-West-Straßenzuges B 66 n/L 712 n/L 758 n/B 66 n/B 1 unbedingt erforderlich. Insbesondere westlich Lage/B

239 n, Abschnitt B 66 n Umgehung Lemgo (Nr. 2 c) und L 758 n/B 66 n Großenmarpe-Barntrup/Umgehung Barntrup (Nr. 3 d), sollte die teilweise noch nicht konkretisierte Linienführung vorrangig festgelegt werden.

Das Teilstück Enger-A 30 (Nr. 3 c) der überregional bedeutsamen L 557 n Bielefeld-Enger-Bünde/A 30 mit nördlicher Fortsetzung zum Erholungsraum Dümmer ist planerisch bereits fortgeschritten. Es hat erhebliche Bedeutung für die Erreichbarkeit des Oberzentrums Bielefeld vom Norden her und die Anbindung Bielefelds an die großräumig bedeutsame A 30. Ihre Aufnahme in den Landesstraßenbedarfsplan ist vorgeschlagen.

Die Verbindung der Oberzentren Bielefeld und Münster über den Straßenzug A 2/B 64 ist unzureichend und könnte wesentlich verbessert werden, wenn die Planung B 67 n (Nr. 3 e), die die B 64 nördlich Rheda-Wiedenbrück in ihrer Funktion großräumig bedeutsam ersetzen soll, baldmöglichst realisiert würde.

Im Südosten des Regierungsbezirks, Bereich Höxter, könnte die Verbindung nach Norden (Hameln-Hannover) und nach Süden (Kassel) durch die Maßnahmen

- Neuführung der B 64/83 nördlich Höxter (Nr. 2 f)
- Neuführungen der B 83 in den Bereichen Blankenau und Wehrden (Nr. 2 g)
- Umgehung Beverungen (Nr. 3 g)

wesentlich verbessert werden.

4.42 Schienenverkehr

- **Situation: Schienenverkehr günstiges Massentransportmittel**

Die Eisenbahn ist nach wie vor als das wichtigste Massentransportmittel über mittlere bis größere Entfernungen anzusehen. Zwar verlagert sich die raumwirtschaftliche Bedeutung der Eisenbahn zunehmend zum Fernverkehr, der kostendeckend abgewickelt werden kann. Weite Teile der Bevölkerung bleiben aber auch im Nahverkehr auf die Schienentransportleistungen der Deutschen Bundesbahn angewiesen. Im übrigen zeichnet sich der Schienenverkehr infolge Verwendung von Strom und Dieselkraftstoffen als Antriebsenergien wegen seiner vergleichbar geringen Schadstoffimmissionen durch eine hohe Umweltverträglichkeit aus.

Aufgabenträger für den Schienenverkehr ist die Deutsche Bundesbahn. Daneben gibt es noch mehrere private Eisenbahngesellschaften, die ihren Dachverband in der Deutschen Eisenbahngesellschaft, Frankfurt, haben, nämlich die

- Teutoburger Wald-Eisenbahngesellschaft (TWE)
- Verkehrsbetriebe Extertal (VEE)
- Mindener Kreisbahnen (MKB) und
- Wittlager Kreisbahnen.

Auf allen zuschußbedürftigen Strecken der privaten Eisenbahngesellschaften verkehren allerdings nur noch Güterzüge.

Abb. 4.42-1 zeigt das Schienenwegenetz der Region in seiner Bedeutung aus landesplanerischer Sicht.

- **Rückgrat des Schienenverkehrs:** **Die großräumige Bundesbahnstrecke Hamm - Bielefeld - Hannover und die Hauptstrecke Hamm-Paderborn - Kassel**

Überragende Bedeutung für die Erreichbarkeit und innere Erschließung der Region sowie die großräumige Verbindung zu anderen Wirtschaftsräumen hat die (Intercity-)-Bundesbahnstrecke Hamm - Bielefeld - Hannover, an der einige der bedeutendsten Städte der Region, genannt seien Gütersloh, Bielefeld, Herford und Minden, liegen.

Angebunden an diese Strecke ist in Löhne die DB-Hauptstrecke nach Osnabrück, die bedeutendste Ost-West-Schienenverkehrsachse im nördlichen Bereich des Regierungsbezirks.

Für den Süden der Region nehmen die DB-Hauptstrecke Hamm - Paderborn - Kassel sowie ihr Abzweig Altenbeken - Hannover die großräumige Erschließungsfunktion wahr.

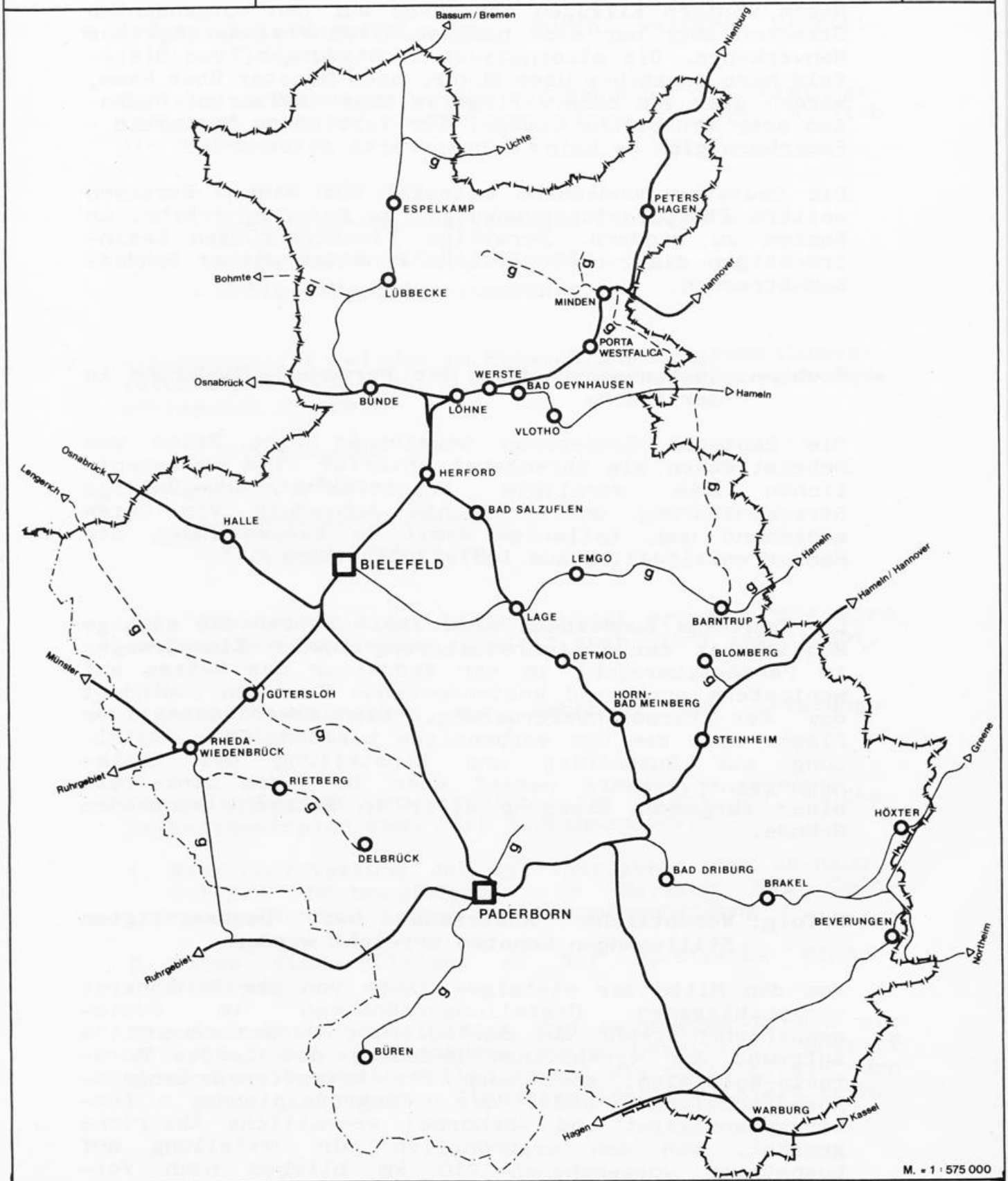
- **Mangel: Unzulängliche Verbindungen zwischen Bielefeld und den benachbarten Oberzentren Münster, Osnabrück und Paderborn**

Den DB-Strecken Paderborn - Bielefeld - Brackwede - Osnabrück und (Bielefeld-) Rheda-Wiedenbrück - Münster fehlt eine ihrer Raumfunktion entsprechende Verbindungsqualität. Sie liegen im Zuge von Entwicklungsachsen 2. Ordnung und haben als direkte Verbindung zwischen Oberzentren, obwohl von der DB nur als Nebenstrecken betrieben, überregionale Bedeutung.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Schienenwegenetz

Abbildung 4.42-1



DB Strecken, Bedeutung großräumig u./od. überregional

DB Strecken, Bedeutung regional

Bahnanschluß Oberzentrum

Bahnanschluß Mittelzentrum

g nur Güterverkehr

nicht DB-Eisenbahn

STAND 1982

Der Regierungspräsident Detmold

Neben wenigen Eilzügen verkehren auf den vorgenannten Strecken aber nur noch hauptsächlich Personenzüge des Nahverkehrs. Die alternativen Verbindungen, von Bielefeld nach Osnabrück über Bünde, nach Münster über Hamm, werden zwar von höherwertigeren Zügen befahren, bedeuten aber erhebliche Umwege. Zur Verbindung Bielefeld - Paderborn gibt es keine nennenswerte Alternative.

Die Deutsche Bundesbahn betreibt auf diesen Strecken weitere Fahrplaneinschränkungen im Personenverkehr, um Kosten zu mindern. Derartige Einschränkungen beeinträchtigen die raumordnerische Funktion dieser Bundesbahnstrecken.

- **Problem: Kostenunterdeckung der Personenbeförderung in der Fläche**

Die Deutsche Bundesbahn bezeichnet eine Reihe von Nebenstrecken als unrentabel. Hierfür sind im wesentlichen die veraltete Netzstruktur, ungünstige Streckenführung und schlechte Anbindung von Orten maßgebend und, teilweise damit im Zusammenhang, die Konkurrenzsituation zum Individualverkehr.

Die Deutsche Bundesbahn sieht seit Jahren die einzige Möglichkeit zur Kostenreduzierung (neben Einsparungen im Personalbereich) in der Reduktion des Netzes auf wenigstens annähernd kostendeckende Strecken zumindest bei der Personenbeförderung. Die Erschließung der Fläche soll dem Bus vorbehalten bleiben. Eine Umstellung auf Busbetrieb und Einstellung des Schienenpersonenverkehrs bedarf aber in jedem Einzelfall einer sorgsamen Abwägung aller in Betracht kommenden Gründe.

- **Erfolg: Wesentliche Abstriche bei beabsichtigten Stillegungen konnten erreicht werden**

Von den Mitte der siebziger Jahre von der DB konkret vorgeschlagenen Umstellungsmaßnahmen im Schienenpersonenverkehr auf Busbedienung wurden namentlich aufgrund der erheblichen Bedenken des Landes Nordrhein-Westfalen, aber auch der betroffenen Gebietskörperschaften und der Regionalplanung (Bezirksplanungsrat und -behörde) wesentliche Abstriche gemacht. Von den ursprünglich zur Umstellung auf Busbetrieb vorgesehenen 210 km blieben nach Verhandlungen lediglich 68 km übrig, auf denen bislang tatsächlich die Personenbeförderung eingestellt wurde, nämlich die Strecken

- Paderborn-Büren,
- Lemgo-Hameln und
- Rheda-Lippstadt.

- **Erfolg: Leistungssteigerung durch weitere Elektrifizierungen**

Im letzten Jahrzehnt wurden zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit mehrere DB-Strecken elektrifiziert, nämlich die Strecken:

- Minden-Nienburg
- Soest-Paderborn-Altenbeken-Warburg-Kassel
- Löhne-Osnabrück-Niederlande
- Herford-Detmold-Altenbeken.

Allerdings ist bei dem im Entwicklungsprogramm Ostwestfalen-Lippe 1969 ebenfalls zur Elektrifizierung vorgeschlagenen Strecken

- Bünde-Bassum
- Hameln-Löhne
- Altenbeken-Northeim
- Brackwede-Paderborn

eine Elektrifizierung bislang nicht erfolgt. Sie wird seitens der Bundesbahn zur Zeit auch nicht angestrebt.

- **Ziel: Ausbaumaßnahmen zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit**

Für die Region Ostwestfalen-Lippe sieht der Bundesverkehrswegeplan 1980 zwei Maßnahmen vor:

1. Wiederherstellung der Vierspurigkeit der DB-Hauptstrecke Dortmund-Minden im Bereich Bad Oeynhausen/Minden; Ausbau der Gesamtverbindung

2. Zubau eines Gleises an der DB-Strecke Minden-Nienburg.

Die Baumaßnahme im Bereich Bad Oeynhausen-Minden mit Weserübergang in Vennebeck wurde bereits in Angriff genommen; im ganzen sollen sowohl die unter 1. wie auch die unter 2. genannten Planungen 1990 realisiert sein.

- **Ziel: Erhaltung des Schienenverkehrs zwischen Höxter, Beverungen und Warburg durch Neubau von Verbindungsschleifen in Godelheim und Nörde**

  Die Deutsche Bundesbahn strebt eine Einstellung des Schienenpersonenverkehrs für die Strecke Holzminden - Scherfede an. Zur Zeit wird indessen auf Betreiben des Kreises Höxter mit Unterstützung der Bezirksplanungsbehörde nach Wegen gesucht, nicht nur die beabsichtigte Aufgabe der Personenbeförderung zu verhindern, sondern vielmehr diese Verbindung in ihrer Bedeutung für den südlichen Teil des Regierungsbezirks aufzuwerten.

  Eine Möglichkeit hierzu wird im Bau zweier Verbindungsschleifen bei Godelheim und Nörde/Rimbeck gesehen. Die Wertigkeit dieser Maßnahmen wurde bereits in einem vom Kreis Höxter in Auftrag gegebenen Gutachten positiv nachgewiesen.

  Der Bau der Verbindungsschleifen würde - neben Vorteilen für die innere Erschließung des östlichen Bereiches des Kreises Höxter - die großräumige Erreichbarkeit Höxters durch die Verknüpfung mit wichtigen weiterführenden Bundesbahnstrecken erheblich verbessern. Günstigere Verkehrsbeziehungen ergäben sich namentlich zu den Wirtschaftsräumen Kassel und Göttingen.

- **Langfristiges Ziel: Bessere Einbindung der Region in eine leistungsfähige Nord- Süd-Verbindung.**

  Als Fernziel ist die Schaffung einer leistungsfähigen dritten Nord-Süd-Eisenbahnverbindung in Norddeutschland von Bremen über Bielefeld nach Kassel zu nennen, die der Entwicklung der Region Ostwestfalen-Lippe weiteren Auftrieb geben könnte.

  Diese Verbindung ließe sich unter Ausnutzung der vorhandenen Strecken Bünde-Bassum, Herford-Altenbeken oder alternativ Bielefeld-Paderborn sowie Warburg-Kassel trassieren. Die Weiterverfolgung dieses langfristigen Ziels ist jedoch von einer vorgeschlagenen Untersuchung abhängig, die klären soll, inwieweit eine solche Linienführung insgesamt gesehen positive Auswirkungen auf die Personen- und Güterverkehrsströme im norddeutschen Raum haben kann.

4.43 Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge

- **Situation: Im Regierungsbezirk Detmold bestehen noch 647 höhengleiche Bahnübergänge der DB**

Höhengleiche Bahnübergänge beeinträchtigen den fließenden Straßenverkehr. Im Interesse erhöhter Verkehrssicherheit, aber auch aus Gründen verbesserter Wirtschaftlichkeit strebt die Deutsche Bundesbahn die Beseitigung und, soweit das nicht oder zur Zeit noch nicht möglich ist, den Ersatz von Hand bedienter Bahnschranken durch technische Sicherungsanlagen an.

- **Bisheriges Ergebnis: Nur wenige Entflechtungen**

Im Entwicklungsprogramm Ostwestfalen-Lippe wurden 14 Bahnübergänge mit zum Teil erheblichen Verkehrsbehinderungen genannt. Hiervon konnten drei aufgehoben werden:

1. Salzkotten: L 636/Paderborn-Lippstadt
2. Lage: B 66/Herford-Altenbeken
3. Asemissen: L 751/Bielefeld-Lemgo

Sechs Maßnahmen befinden sich noch in der Planung:

1. Herford: L 778/Herford-Altenbeken
2. Bad Salzuflen: L 535/Herford-Altenbeken
3. Bad Salzuflen-Schötmar: L 751/Herford-Altenbeken
4. Rheda-Wiedenbrück: B 64/Rheda-Lippstadt
5. Rheda-Wiedenbrück: L 791/Rheda-Lippstadt
6. Kirchlengern: B 239/Löhne-Rheine

- **Ziel: Die DB will bis 1985 33 höhengleiche Bahnübergänge beseitigen**

Im Programm des Bundesverkehrsministers zur Beseitigung von Bahnübergängen in den Jahren 1981 - 1985 sind von diesen 33 Maßnahmen etwa 20 enthalten. Die Maßnahmen verteilen sich auf fast alle Bundesbahnstrecken mit Ausnahme der kreuzungsfreien Hauptstrecke Hamm - Bielefeld - Hannover.

4.44 Luftverkehr

Flugplätze sind wichtige Standortfaktoren vor allem für jene Bereiche der Wirtschaft, für die schnelle Personen-, aber auch Güterbeförderung über mittlere bis große Entfernungen von Bedeutung ist.
Der Luftverkehr stellt sich als gestuftes Verkehrssystem dar:

- Die internationalen Verkehrsflughäfen (in der Region nicht vorhanden) haben Bedeutung für den Linienflugverkehr innerhalb Deutschlands, vor allem aber ins Ausland.

- Regionalflughäfen sind im wesentlichen An- und Abflugpunkte im innerdeutschen Flugnetz. Sie vermitteln aber auch schnelle Anschlüsse zu den Großflughäfen.

- Verkehrslandeplätze dienen vor allem dem Luftsport, aber auch dem Geschäftsreiseverkehr für Industrie, Handel und Gewerbe.

- **Situation: Mangelhafte Einbindung der Region in das Luftverkehrsnetz**

Der Luftverkehr wird in Ostwestfalen-Lippe gegenwärtig über folgende Flugplätze abgewickelt:

- Verkehrslandeplatz Paderborn-Lippstadt, im Endausbau als Regionalflughafen konzipiert. Der Flugbetrieb wird zur Zeit auf der späteren Zurollbahn abgewickelt. Seit 1975 besteht - neben zunehmendem Werk-Reiseluftverkehr - ein regelmäßiger Linienflugbetrieb zum internationalen Flughafen Frankfurt, seit 1981 zusätzlich auch zum Flughafen München.

- Schwerpunktlandeplatz Porta-Westfalica, mit einem (neben Luftsport) beträchtlichen Anteil von Werk-Luftverkehr.

- Schwerpunktlandeplatz Oerlinghausen, mit einem Übergewicht des Luftsports.

- Verkehrslandeplatz Bielefeld-Windelsbleiche, mit einem beträchtlichen Anteil von Werk-Luftverkehr.

- Verkehrslandeplatz Höxter-Räuschenberg, im wesentlichen Luftsport.

- Verkehrslandeplatz Blomberg-Borghausen, nur Luftsport.

- **Mangel: In Ostwestfalen-Lippe fehlt ein leistungsfähiger Flughafen**

  Bereits 1969 wurde die verkehrliche und wirtschaftliche Bedeutung von Regionalflughäfen hervorgehoben und der Bau von zwei Regionalflughäfen für notwendig gehalten:

  1. Flugplatz Nagelsholz zur Bedienung des mittleren und östlichen Teils des Regierungsbezirks und

  2. Flugplatz Ahden zur Bedienung des übrigen Teils.

  Inzwischen ist Nagelsholz als Standort eines Regionalflughafens Ostwestfalen-Lippe aufgegeben worden. Ahden konnte im Rahmen eines Teilausbaus des geplanten Regionalflughafens Paderborn-Lippstadt zum Verkehrslandeplatz ausgebaut werden.

  Die nächstgelegenen bedeutenden Flughäfen, der internationale Flughafen Hannover-Langenhagen und der nordwestlich gelegene Regionalflughafen Münster-Osnabrück, sind nur mit erheblichem Zeitaufwand zu erreichen.

- **Ziel: Ausbau des Verkehrslandeplatzes Paderborn-Lippstadt zum Regionalflughafen, Schaffung eines leistungsfähigen Anschlusses an das Luftverkehrsnetz für den Raum Bielefeld**

  Der Ausbau des Verkehrslandeplatzes Ahden zum Regionalflughafen ist nach Aufgabe des Flughafenprojekts Nagelsholz noch dringender geworden. In den Jahren 1970 - 1981 wurde der Flughafen Ahden mit über 16 Mio. DM Landesmitteln gefördert. Er verfügt gegenwärtig über eine 1.440 m lange Zurollbahn und Hallen. Der nächste wichtige Schritt ist die Einrichtung einer Kontrollzone für die Flugsicherheit, um Instrumentenflug bei Nacht und/oder Schlechtwetter zu ermöglichen. Das wäre auch Voraussetzung für den Bau der Start- und Landebahn von 2.300 m Länge, die den Einsatz von größerem Fluggerät gestatten würde.

  Im Rahmen des Landesentwicklungsplanes IV ist die Ausweisung von Lärmschutzzonen vorgesehen.

  Nach Fertigstellung der Autobahn 33 wird der Regionalflughafen Paderborn-Lippstadt auch aus dem nördlichen Bereich des Regierungsbezirks günstiger zu erreichen sein.

4.45 Wasserstraßen

- **Situation: Der Regierungsbezirk ist durch den Mittellandkanal und die Weser an das deutsche Binnenwasserstraßennetz angeschlossen**

Kanäle und schiffbare Flüsse erhöhen die Standortqualität einer Region. Sie kommen vor allem Industrien zugute, für die Massengütertransporte über längere Entfernungen ohne den Anspruch hoher Geschwindigkeit wichtig sind. Ihre Hauptaufgabe besteht in der Zubringerfunktion für die nationalen Seehäfen, die den Anschluß an das internationale Schiffahrtsstraßennetz schaffen.

Die Binnenwasserstraßen Mittellandkanal und Weser begünstigen vor allem den nördlichen Teil des Regierungsbezirks. Die Stadt Minden profitiert durch ihre Lage im Kreuzungspunkt von Weser und Mittellandkanal am meisten. Sie besitzt den einzigen größeren Hafen am Mittellandkanal. Daneben gibt es im Regierungsbezirk Umschlagplätze in Getmold, Hille und Espelkamp.

An der Weser befinden sich im nördlichen Bereich einige Verladestellen. Einen Hafen vergleichbar mit Minden hat die Weser sonst nicht.

- **Ziel: Ausbau des Mittellandkanals und der Weser für das 1.350 t Europaschiff**

Von der westlichen Landesgrenze (Preußisch Oldendorf) bis zur Weser ist der Ausbau des Mittellandkanals für das 1.350 t Europaschiff bereits erfolgt. Mittelfristig vorgesehen ist der Ausbau des Mittellandkanals von Minden bis Berenbusch (östliche Landesgrenze). Damit im Zusammenhang steht der Ausbau des Mindener Osthafens, der die Vorzüge des Mittellandkanals auch für die gewerblich-industrielle Entwicklung im Nordosten Mindens wirksam werden lassen soll.

Die Anpassung der Mittelweser für die Schiffahrt mit dem 1.350 t Europaschiff ist im Bundesverkehrswegeplan vorgesehen. Hierzu gehören der Ausbau des Schleusenkanals in Petershagen sowie die Vertiefung und Verbreiterung der Fahrrinne.

Wegen unzureichender Wasserstände hat die Weser oberhalb Minden für den Gütertransport keine größere Bedeutung. Der früher erwogene Ausbau der Oberweser wird nicht mehr verfolgt.

4.46 Öffentlicher Personennahverkehr

Wegen seiner Auswirkungen auf alle Bereiche des öffentlichen Planens - beispielhaft genannt seien die Siedlungsstruktur, der Städtebau, der Verkehrswegebau, Erreichbarkeitsfragen für Arbeits- und Ausbildungsplätze - nimmt der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) unter allen Infrastruktureinrichtungen eine herausgehobene Stellung ein. Um so bedauerlicher ist es, festzustellen zu müssen, daß sich in diesem Infrastrukturbereich die verschiedensten Verkehrsträger zum Teil in gegenseitiger Konkurrenz betätigen und das für Umfang und Kontinuität ausschlaggebende Verhältnis zum Individualverkehr einer laufenden Veränderung unterworfen ist.

- **Situation: Der öffentliche Personennahverkehr wird von vielen verschiedenartigen Nahverkehrsunternehmen getragen**

Im Regierungsbezirk Detmold verteilt sich der öffentliche Personennahverkehr auf:

- Sondervermögen des Bundes (Bundesbahn und Bundespost) mit 43,7 % Beförderungsanteil
- Sieben kommunale oder gemischt-wirtschaftliche Unternehmen in Form von Regiebetrieben oder ausgegliederten Betrieben privater Rechtsform mit 41,1 % Beförderungsanteil
- 27 private Verkehrsunternehmen mit 15,2 % Beförderungsanteil.

Die Leistungsplanung liegt in der eigenwirtschaftlichen Finanzverantwortung der Nahverkehrsbetriebe.

- **Erwartungshaltungen der Verkehrsnutzer**

Die Veränderungen in der Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur haben die Mobilitätsbedürfnisse wachsen lassen. Zu erwähnen sind die

- Verlagerung der Wohnschwerpunkte an die Peripherie der Städte
- Verlagerung der Arbeitsplätze in besondere Gewerbegebiete
- Konzentration von Verwaltungs- und Infrastruktureinrichtungen im Zuge der Gebietsreform
- Zunahme der Freizeitmobilität.

Der Verkehrsbedarf ist zunehmend individueller geworden. Die Verkehrsnutzer messen die ÖPNV-Qualität an dem Standard des Personenkraftwagens. Sie erwarten problemlose Erreichbarkeit, nämlich

- Schnelligkeit
- Fahrtenhäufigkeit
- Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit
- Anschlußsicherung
- Bequemlichkeit
- preiswerte Tarife.

- **Probleme im ländlichen Raum**

Den Verkehrsbedürfnissen im ländlichen Raum wird der Personenkraftwagen am besten gerecht. Gleichwohl sind viele Bevölkerungsschichten auf die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel angewiesen. Dem ländlichen Raum fehlen aber die Strukturpotentiale für einen dichten ÖPNV-Massenverkehr. Deshalb ist der öffentliche Personennahverkehr in den verkehrsschwachen Zeiten immer mehr abgebaut worden. Andererseits ist durch die Gebietsreform und die Zentralisierung öffentlicher Einrichtungen (Schulen, Verwaltung usw.) ein erhöhtes Mobilitätsbedürfnis entstanden.

Ziel muß es sein, durch höheres Fahrtenangebot und bessere Fahrplanabstimmung die Zentren ohne Zeitverlust zu erreichen.

- **Probleme in den Randzonen der Verdichtungsgebiete**

Generell sind die Randzonen der Agglomeration deutlich lockerer bebaut als die Kernbereiche. Lockere und offene Bebauung vergrößert die Entfernung zu den Infrastruktureinrichtungen. Dies führt dazu, daß

- die Nachfrage nach kollektivem Verkehr zurückgeht
- die zu bedienende Fläche wächst
- die Unwirtschaftlichkeit des öffentlichen Verkehrsmittels sich verstärkt

- die Vorteile des Individualverkehrs zunehmen

- die Randzone sich immer eindeutiger zu individualverkehrsbestimmenden Siedlungsstrukturen entwickelt.

Der öffentliche Personennahverkehr muß aber auch hier, wenn auch eingeschränkt, einen qualitativen Bedienungsstandard für die Grundversorgung vorhalten.

- **Probleme in den städtischen Verdichtungsgebieten**

Ein innerstädtischer Linienverkehr mit Kraftomnibussen, der sich über ein Flächenverkehrsnetz mit großer Haltestellendichte verbreitet, ist in der Regel in Städten ab 50.000 Einwohnern eingerichtet. In dieser Art besteht ein Verkehrsangebot in Bielefeld, Paderborn, Herford, Minden und Gütersloh. Im Vergleich zum Schnellbahnverkehr bestehen die Schwachstellen in

- hohem Reisezeitverlust durch den Straßenverkehr

- geringerer Fahrtenfolge

- Anfälligkeit gegen Verspätungen

- geringerem Beförderungskomfort

- fehlenden oder unzulänglichen Verknüpfungen mit regionalen Liniennetzen.

Es besteht kein integriertes Verkehrssystem Bahn/Bus.

Hieraus ergeben sich folgende Anforderungen:

- Verknüpfung der Verkehrslinien innerhalb des ÖPNV, aber auch zwischen dem ÖPNV und dem Individualverkehr durch P+R-Anlagen an gut erreichbaren Haltestellen in den Außenbereichen.

- Bau von Busspuren, um die Umlaufgeschwindigkeit im ÖPNV zu erhöhen. Wo keine eigene Fahrspuren eingerichtet werden können, ist dem ÖPNV Verkehrsmittel bei hoher Verkehrsdichte über Vorrangschaltungen der Signalanlagen die ungehinderte Weiterfahrt zu ermöglichen.

- Verkehrslenkende und verkehrsleitende Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse des ÖPNV, insbesondere auf die Schnelligkeit und Pünktlichkeit Rücksicht nehmen.

- **Engpaß: Wirtschaftlichkeit des ÖPNV**

  Bedauerlicherweise klafft zwischen den wirtschafltichen Verhältnissen der Nahverkehrsbetriebe und den gestiegenen ÖPNV-Anforderungen eine immer größere Lücke. Trotz drastischer Fahrpreiserhöhungen ist der Linienverkehr defizitär. Bei einem Kostendeckungsgrad von 65 - 70 % fehlt den Betrieben der wirtschaftliche Spielraum für Angebotsverbesserungen.

  Der Zwang zur Wirtschaftlichkeit hat bereits eine Reihe von Betrieben veranlaßt, Leistungen abzubauen. Die bedarfsgerechte ÖPNV-Versorgung, insbesondere auch die arbeitsmarktpolitisch erforderliche Sicherung einer Mindestmobililität und die aus energiewirtschaftlichen Gründen zu gewährleistende Alternative zwischen Individualverkehr und öffentlichem Personennahverkehr wird nur möglich sein, wenn der ÖPNV eine differenzierte öffentliche Förderung erfährt.

- **Überwindung schwerwiegender Mängel durch ÖPNV-Kooperationen**

  Der ÖPNV in der Region Ostwestfalen-Lippe leidet unter erheblichen organisatorischen Mängeln. Es besteht kein räumlich, zeitlich und betrieblich abgestimmtes Leistungsangebot. Deshalb sollen die Unternehmen in Verkehrsgemeinschaften organisatorisch zusammengefaßt werden.

  Die Kooperation der Unternehmen, die sich auf freiwilliger Grundlage zu vollziehen hat, setzt die Lösung vielschichtiger Probleme verkehrlicher, betrieblicher, wirtschaftlicher und rechtlicher Art voraus. Erwähnt seien nur die Besitzstandsrechte der Unternehmen, die hohen Defizitbelastungen und die fehlende Gewährsträgerschaft. Angestrebt wird die Bildung je einer Verkehrsgemeinschaft

  - im Kooperationsraum 6 (Ostwestfalen) und
  - im Kooperationsraum 7 (Hochstift Paderborn).

  Die Zusammenarbeit wird vorbereitet durch
  - je eine Kommission (Vertreter der Gebietskörperschaften)
  - je einen Fachausschuß (Vertreter der Unternehmen).

  Der Regierungspräsident wirkt als Genehmigungsbehörde in diesen Gremien jeweils beratend mit.

Zunächst sollen innerhalb der Kooperationsräume Teil-Verkehrsgemeinschaften entstehen, die später zusammengefaßt werden sollen.

Unabdingbare Voraussetzung bleibt die Mitwirkung von Bundesbahn und Bundespost, für die das Land Nordrhein-Westfalen allerdings nicht die verbundsspezifischen Belastungen im Zuwendungswege übernimmt. Ohne diese Verkehrsträger werden die Kooperationen lediglich lokale Bedeutung erhalten.

- **Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV**

a) Stadtbahn Bielefeld

In Bielefeld steht die Fortführung des begonnenen Stadtbahnprojekts im Vordergrund. Rückgrat der Stadtbahn wird die Strecke

Dornberg - Universität - Innenstadt - Brackwede - Sennestadt

sein. Weitere Stadtbahnstrecken sollen von Schildesche, von Milse und Hillegossen in die Innenstadt führen.

Bisher wurden 76 Mio. DM investiert. Der Bund beteiligt sich mit 60 %, das Land mit 30 % und die Stadt Bielefeld mit 10 % an den Baukosten. Für den nächsten 5-Jahreszeitraum wird ein Investitionsvolumen in Höhe von ca. 287 Mio. DM erforderlich sein.

Mit einer spürbaren Entlastung der Innenstadt kann nach Vollendung der dritten Betriebsstufe 1987/1988 gerechnet werden.

b) Investitionsförderung/Infrastruktureinrichtungen

Zur Verbesserung der Infrastruktur (Bau von Betriebshöfen und zentralen Omnibusbahnhöfen) sind 1976 - 1980 Investitionsmittel in Höhe von insgesamt 109 Mio. DM bereitgestellt worden. Die Investitionshöhe hat sich gegenüber dem Stand von 1976 fast verdoppelt. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt fällt das Fördervolumen im Regierungsbezirk Detmold jedoch erheblich ab:

Kopfanteil 1980

Land:	34,96 DM	-	RP Detmold:	16,53 DM
RP Köln:	32,08 DM	-	RP Düsseldorf:	48,63 DM
RP Münster	24,13 DM	-	RP Arnsberg:	34,86 DM

Landesbibliothek Detmold

c) Investitionshilfeprogramm ÖPNV-NW

Von 1976 - 1981 sind insgesamt 33 Mio. DM an Zuwendungen für verkehrswirtschaftliche Investitionen, insbesondere für die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen, gezahlt worden. Dadurch waren die Unternehmen in der Lage, ihren Fahrzeugpark zu verjüngen und Finanzierungskosten einzusparen, was sich u.a. auch auf das Tarifniveau ausgewirkt hat. Angesichts der Tatsache, daß in Ostwestfalen der Kraftomnibus Hauptträger des ÖPNV ist, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz aber eine derartige Förderung nicht vorsieht, ist es für die bedarfsgerechte ÖPNV-Versorgung im ländlichen Raum vordringlich, diese Investitionshilfen verstärkt fortzusetzen (Jahresbedarf schätzungsweise 3,0 - 4,0 Mio. DM).

d) Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr (§ 45 a PBefG)

Die zentralen Schuleinrichtungen haben insbesondere im ländlichen Raum zu einer Zunahme des Ausbildungsverkehrs geführt. Für die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen erhielten die Unternehmen (ohne Bahn/Post) bisher insgesamt 41 Mio. DM. Ca. 50 Mio. DM werden im kommenden 5-Jahreszeitraum benötigt, um die ÖPNV-Unternehmen in den Stand zu setzen, die bisherigen Verkehrsleistungen zu erbringen. Dabei wird vorausgesetzt, daß die Kostensätze kontinuierlich der Kostenentwicklung angeglichen werden.

e) Integration des Schülerverkehrs in den ÖPNV

Die Integration des Schülerverkehrs in den ÖPNV macht es möglich, das ÖPNV-Liniennetz regional wie örtlich günstiger, z.T. mit flächenerschließender Funktion auszugestalten.

Diese Bemühungen sollten in Richtung auf eine Kooperation zwischen Schule und Unternehmen fortgesetzt werden, um über gestaffelte Unterrichtszeiten zu einer besseren Kapazitätsauslastung und damit zu Kosteneinsparungen um ca. 20 % zu gelangen.

f) Kooperation der Nahverkehrsunternehmen

Die 1974 eingeleitete verkehrliche Kooperation der Nahverkehrsbetriebe, die zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft Ostwestfalen-Lippe (VOW) am 1.3.1980 führte, ist durch Einbeziehung weiterer Unternehmer flächendeckend zu erweitern. Kurzfristiges Ziel ist die Einbeziehung

der Stadtwerke Gütersloh mit ihrem innerstädtischen Liniennetz in den Gemeinschaftsverkehr. Gleichzeitig sollen die in dieser Verkehrsregion tätigen privaten Unternehmen in die Kooperation eingebunden werden.

Die Verkehrsgemeinschaft ist als förderungswürdig anerkannt. Für den Ausgleich verbundspezifischer Belastungen der privaten und kommunalen Unternehmen, die in der Verkehrsgemeinschaft tätig sind, hat das Land bisher 1,2 Mio. DM gezahlt.

Die Vorbereitungen zur Gründung der Teil-Verkehrsgemeinschaft Herford/Minden-Lübbecke sollen binnen Jahresfrist abgeschlossen werden. Vorbereitungskosten, die in Höhe von ca. 300.000 DM entstehen, werden für die kommunalen und privaten Unternehmen vom Land getragen.

Entsprechend dem Beschluß der Verbundkommission sind Vorbereitungen zur Gründung der Verkehrsgemeinschaft Paderborn zu treffen. Dazu sind die noch bestehenden Differenzen der dort tätigen Unternehmen über Art und Umfang der Kooperation auszuräumen. Die konzeptionellen Vorbereitungen soll der Fachausschuß bis 1982 abschließen. Erst dann kann über die Förderung entschieden werden.

Das Verkehrsmodell Lippe, das von Bund und Land gefördert wird, kann voraussichtlich 1984 für einen Versuchszeitraum von 4 Jahren eingeführt werden.

Das Gesamtvorhaben wird im Auftrage des Bundesministers für Verkehr durch die Studiengesellschaft Nahverkehr (SNV) und die Kommunalentwicklung Baden-Württemberg (KE) konzipiert. Bund und Land übernehmen während der Vesuchsphase Ausfallbürgschaften.

Das Modell stellt eine Variante zu einer bundesweiten Versuchsreihe dar. Es erfaßt einen Nahverkehrsraum in Randlage zu einem Solitären Verdichtungsgebiet mit raumtypischen ÖPNV-Rahmenbedingungen und soll die für diesen Raum bestehenden Verbesserungsmöglichkeiten beispielhaft verwirklichen.

- **Verkehrstechnische und raumplanerische Maßnahmen zur Verbesserung des ÖPNV**

  a) ÖPNV-Vorrang im Straßenverkehr

  Ein attraktiver Massenverkehr, der seine Fahrgäste pünktlich, zuverlässig und schnell befördern soll, benötigt für seine Abwicklung einen möglichst störungsfreien Fahrweg. Der öffentliche Personenverkehr wird aber durch den Individualverkehr sehr stark beeinträch-

tigt. Die daraus resultierenden Behinderungen können z.T. ausgeglichen werden

- durch eigene Fahrspuren für den Busverkehr
- durch Vorrangschaltungen der Signalanlagen im innerstädtischen Verkehr
- durch Anlage von P+R-Plätzen in günstigen Anschlußstellen des ÖPNV
- durch verkehrsregelnde und verkehrsleitende Maßnahmen nach den Bedürfnissen und der Eigenart des ÖPNV
- durch Staffelung der Schulzeiten.

b) Koordinierung städtebaulicher Planungen

Es entspricht der Eigenart des ÖPNV, bündelbare Verkehrsströme aufzunehmen. In vielen Teilräumen hat sich eine Siedlungsstruktur entwickelt, die für den ÖPNV nicht mehr oder nur unter erschwerten Bedingungen erschließbar ist. Die Bauleitplanung sollte auf die spezifischen ÖPNV-Belange stärker Rücksicht nehmen:

- Wohngebiete sollten eine Mindestsiedlungsdichte aufweisen, damit sie günstiger und vor allem wirtschaftlicher durch öffentliche Verkehrsmittel versorgt werden können.
- Wohngebiete sollten strahlenförmig angelegt sein, damit sie durch leistungsfähige Schnellverkehre im Quell-Zielverkehr bedient werden können.
- das Straßennetz ist so zu gestalten, daß der Verkehr möglichst an seiner Quelle von öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht wird. Dies trägt zur Entlastung des Straßenverkehrs in den Kernstädten bei.
- Erschließungsstraßen in Wohngebieten müssen eine Mindestfahrbahnbreite von 6,50 m für die ÖPNV-Bedienung aufweisen.

c) Ergänzungsverkehr durch Kraftdroschken

Die systembedingten Mängel des ÖPNV, insbesondere die feste Bindung an Linienführungen und Haltestellen, gestatten nicht immer eine ausreichende Flächenerschließung. Insbesondere in Teilräumen mit ausgeprägtem Streusiedlungscharakter ist der Einsatz öffentlicher Massenverkehrsmittel ungeeignet. In diesen Räumen könnte die Kraftdroschke das Mobilitätsdefizit im Ergänzungsverkehr zum ÖPNV ausgleichen. Ein integriertes Verkehrssystem Bus/Kraftdroschke könnte ohne großen wirtschaftlichen Aufwand auch in den verkehrsschwachen Zeiten Bedarfslücken schließen.

4.5 Versorgung

4.51 Elektroenergie

Elektroenergie ist die am vielseitigsten und für den Endverbraucher problemlos nutzbare Energie. Sie ist heute faktisch überall verfügbar. Raumwirtschaftlich sind vor allem zwei Gesichtspunkte von Bedeutung:

- Die Anpassung der Erzeugungs- und Verteilungskapazität an die Entwicklung des Bedarfs und
- die Sicherung der Stromversorgung durch das System des großräumigen und regionalen Verbundes.

Die großräumige Zufuhr von Elektroenergie für Wirtschaft und Bevölkerung wird in Westeuropa im Rahmen des westeuropäischen Verbundnetzes sichergestellt. Es verbindet die bedeutenden Energieerzeuger und Abnehmerstandorte so untereinander, daß selbst bei schwerwiegenden Ausfällen eine sichere Versorgung weitestgehend gewährleistet werden kann.

Das System des Verbundes setzt sich auf regionaler Ebene durch Leitungsnetze mit niedrigerer Spannung fort. Hier wird statt der früher gebauten Stichleitungen ein System von Ringleitungen angestrebt. Die Energieübertragung soll sich in Zukunft auf drei Spannungsebenen (380 kV,110 kV, 30 kV) konzentrieren. Dabei sollen die Spannung 380 kV für den großräumigen Energietransport und die Spannungen 110 kV und 30 kV für die regionale bzw. lokale Versorgung verwendet werden. Eine Übersicht über das Hochspannungsnetz gibt die Abbildung 4.51-1.

- **Kooperierende Aufgabenträger**

Die Aufgabe der Energieversorgung wird im Regierungsbezirk Detmold von den folgenden Energieversorgungsunternehmen (EVU) wahrgenommen:

- Stadtwerke Bielefeld
- Elektrizitätswerk Minden-Ravensberg GmbH (EMR)
- Wesertal GmbH

Diese Gesellschaften betreiben gemeinsam die Interargem (Gemeinschaftskraftwerk in Veltheim)
Ferner:

- VEW - Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG
- RWE - Rheinische-Westfälische Elektrizitätswerke AG
- Preußenelektra - Preußische Elektrizitäts-AG über ihre Tochtergesellschaften
- PESAG - Paderborner Elektrizitätswerk und Straßenbahn AG und
- EAM - Elektrizitäts-AG Mitteldeutschland

Auf lokaler Ebene wird die Versorgungsaufgabe häufig von städtischen Versorgungsbetrieben übernommen.

- **Erfolg: Die Ausbauziele wurden im wesentlichen erreicht**

Zwischen 1970 und 1980 wurde in Ostwestfalen-Lippe die Kraftwerksleistung um über 1.000 MW erweitet. Die Länge des Leitungsnetzes nahm etwa um die Hälfte zu.

Tabelle 4.51-1: Erweiterung der Kraftwerksleistungen und des Leitungsnetzes

Kraftwerke	Leistung	1970	1981
Lahde/Heyden	MW	324	324
Kirchlengern	MW	183	183
Veltheim	MW	300	860
Bielefeld	MW	111	111
Würgassen	MW	-	670
gesamt	MW	918	1.981

Leitungen	Länge	1970	1981
110 kV	km	480	700
220 kV	km	310	350
380 kV	km	-	130
gesamt	km	790	1.180

1972 wurde der Betrieb im 670 MW-Kernkraftwerk Würgassen an der Weser aufgenommen. Die Leistung des Gemeinschaftskraftwerks Veltheim erhöhte sich auf 860 MW.

Besonders zu erwähnen ist die neue 380 kV-Leitung zwischen Würgassen und Landesbergen sowie Würgassen und Borken. Gegenwärtig wird von Landesbergen durch die Räume Bielefeld und Paderborn eine 380 kV-Leitung der Preußenelektra errichtet, die bis zum Umspannwerk Eickum bei Herford fast fertiggestellt ist und demnächst das Netz der Interargem stützen wird.

- **Problem: Langwierige Planungsverfahren, zunehmende Durchsetzungsschwierigkeiten**

Die Genehmigungs- und Bauzeit für das Kernkraftwerk Würgassen Ende der 60-Jahre nahm rd. 4 1/2 Jahre in Anspruch. Bis zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Grohnde bei Hameln, die mittlerweile für das Jahr 1985 terminiert ist, wird von der Beantragung der atomrechtlichen Genehmigung an ein Zeitraum von rd. 11 Jahren vergangen sein. Selbst bei der Planung und dem Bau von Leitungen und Umspannwerken werden die Verfahren laufend komplizierter und zeitraubender.

- **Vorgesehene Maßnahmen**

Das Kraftwerk Heyden der Preußenelektra in Petershagen soll um einen 720 MW leistenden, konventionell betriebenen Block erweitert werden, dessen Leistung spätestens Ende der 80-Jahre zur Verfügung stehen soll. Bis dahin soll das Kraftwerk Heyden über eine neue 380 kV-Leitung an das großräumige Verbundnetz angeschlossen werden.

Durch die VEW wird zwischen Bechterdissen und Lippborg die Errichtung einer 380 kV-Leitung geplant, die als Verbund zur Preußenelektra dienen wird. Sie war in den Planungsvorstellungen 1969 bereits als 220 kV-Leitung vorgesehen. Landesplanerisch abgestimmt ist ferner der Teilabschnitt Bechterdissen-Varensell der geplanten 380 kV-Leitung Bechterdissen-Friedrichsdorf-Nehden (Sauerland) sowie der Abschnitt Friedrichsdorf-Ummeln der geplanten 380 kV-Leitung Friedrichsdorf-Münster der VEW.

Daneben wird in verschiedenen Bereichen der Region insbesondere das 110 kV-Netz, soweit es die regionale Versorgungssicherheit erfordert, ausgebaut und verstärkt.

4.52 Gas

Zwischen 1969 und 1979 hat sich der Anteil des Erdgases am Primärenergieverbrauch in der Bundesrepublik von 5,5 % auf über 16 % gesteigert. Die Steigerungsrate im Regierungsbezirk Detmold dürfte eher noch höher liegen.

- **Rückblick: Fast alle Städte und Gemeinden sind inzwischen an das Ferngasnetz angeschlossen**

Aufgrund der seit 1974 enorm gestiegenen Energiepreise ist die Versorgung des ländlichen Raumes mit Erdgas für die Versorgungsunternehmen rentabler geworden. So wurden nicht nur die 1969 noch als wünschenswert angesehenen Leitungen bereits verlegt. Inzwischen sind fast alle Gemeinden an das Erdgasnetz angeschlossen.

Eine Ausnahme bilden lediglich die Städte Borgentreich, Nieheim, Marienmünster und Willebadessen im Kreis Höxter sowie die Stadt Lichtenau im Kreis Paderborn (vgl. Abb. 4.51-1).

Das gesamte Ferngasleitungsnetz im Regierungsbezirk hat heute eine Länge von rd. 880 km. Davon sind seit 1969 rd. 500 km verlegt worden. Den größten Anteil hieran haben die die Fläche erschließenden Versorgungsleitungen.

- **Zukünftige Maßnahmen**

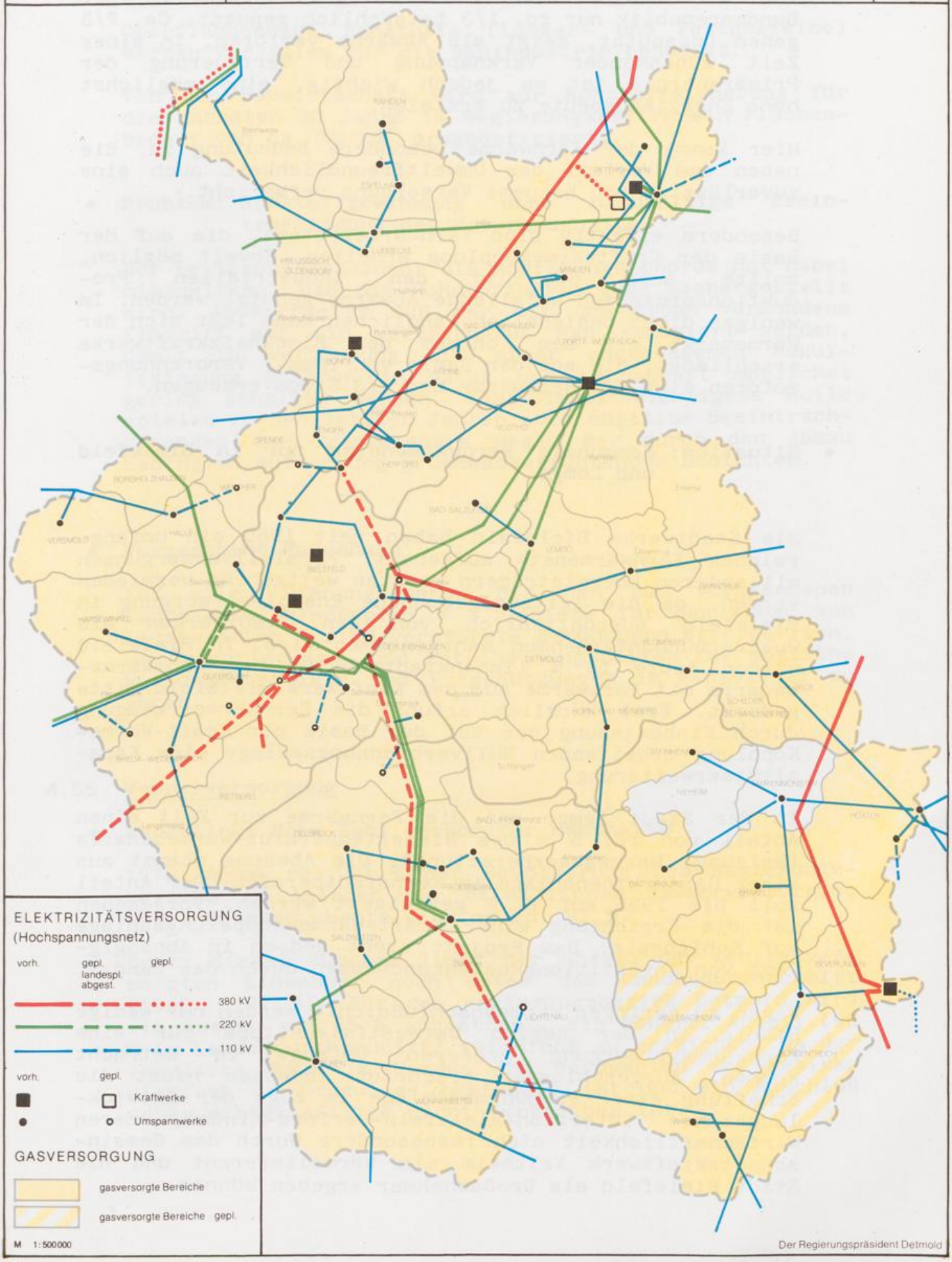
Planerisch abgestimmt sind Ferngasleitungen zwischen Kalletal und Veltheim, zwischen Minden und Petershagen sowie zum Anschluß der Stadt Wünnenberg.

Des weiteren soll zwischen Beverungen und Warburg eine Erdgasleitung gebaut werden, die eine Versorgung der Städte Willebadessen und Borgentreich ermöglicht. Auch diese Leitung ist planerisch bereits abgestimmt und soll noch in diesem Jahr verlegt werden. Im Regierungsbezirk Detmold sind dann lediglich die Städte Lichtenau, Nieheim und Marienmünster noch nicht an das Erdgasnetz angeschlossen. Nieheim und Marienmünster könnten durch eine Verbindungsleitung Brakel-Steinheim, Lichtenau durch eine Stichleitung der Stadtwerke Paderborn versorgt werden, sofern die Finanzierung dieser Leitungsbauten sichergestellt werden kann.

OSTWESTFALEN-LIPPE
ENTWICKLUNGSBERICHT

Energieversorgung

Abbildung 4.51 - 1



4.53 Fernwärme

Von der eingesetzten Primärenergie werden in der Bundesrepublik nur rd. 1/3 tatsächlich genutzt. Ca. 2/3 gehen ungenutzt, meist als Abwärme verloren. In einer Zeit zunehmender Verknappung und Verteuerung der Primärenergie ist es jedoch wichtig, eine möglichst hohe Energieausbeute zu erzielen.

Hier kommt der Fernwärme besondere Bedeutung zu, die neben dem Vorteil der Umweltfreundlichkeit auch eine zuverlässige und bequeme Versorgung verspricht.

Besonders effektiv sind Fernwärmesysteme, die auf der Basis der Kraftwärmekopplung arbeiten. Soweit möglich, sollte auch die in den industriellen Produktionsprozessen anfallende Abwärme genutzt werden. Im weniger dicht besiedelten ländlichen Raum läßt sich der Wärmemarkt mit dem Konzept der Blockheizkraftwerke erschließen, die auf der Basis von (Gas-) Verbrennungsmotoren etwa 2/3 Heizwärme und 1/3 Strom erzeugen.

- **Situation: Kommunale Fernwärmenetze nur in Bielefeld und Lemgo**

Die Stadtwerke Bielefeld haben seit 1955 ein umfangreiches Fernwärmenetz aufgebaut. Paralellversorgungen mit anderen Energieträgern konnten weitgehend vermieden werden, da die leitungsgebundene Energieversorgung in Bielefeld ausschließlich von den Stadtwerken als Querverbundunternehmen wahrgenommen wird. In Bielefeld werden heute 16 % (Innenstadt 36 %) des Raumwärmebedarfs mit Fernwärme aus dem Kraftwerk Bielefeld-Mitte gedeckt. Erst kürzlich erfuhr die Fernwärmeerzeugung durch Einbeziehung der auf der Basis der Kraft-Wärme-Kopplung arbeitenden Müllverbrennungsanlage eine Kapazitätserweiterung.

In der Stadt Lemgo hat die Fernwärme zur Zeit einen Anteil von rd. 5 % des Niedertemperatur-Wärmebedarfs (Heizung, Warmwasserbereitung). Die Abwärme stammt aus einer Gasturbinenanlage im Kernstadtbereich. Der Anteil soll bis 1995 auf 17 % gesteigert werden. Vorgesehen ist die Errichtung einer Kraft-Wärme-Koppelungsanlage auf Kohlebasis. Das Projekt steht jedoch in Abhängigkeit von Investitionskostenzuschüssen durch das Land.

Wegen zu geringer Wärmeanschlußdichte werden nur wenige Städte in der Region Ostwestfalen-Lippe für eine Fernwärmeversorgung größeren Umfangs in Betracht kommen. Ausgeschlossen erscheint indessen nicht die Schaffung einer Fernwärmeschiene im Zuge der Entwicklungsachse Gütersloh-Bielefeld-Herford-Minden, deren Wirtschaftlichkeit sich insbesondere durch das Gemeinschaftskraftwerk Veltheim als Wärmelieferant und die Stadt Bielefeld als Großabnehmer ergeben könnte.

4.54 Rohstoffe

Oberflächennahe Rohstoffe (Locker- und Festgesteine) werden vor allem für die Bauindustrie benötigt.

Von der Bauwirtschaft wird zur Rohstoffsicherung für die nächsten 30 Jahre im Regierungsbezirk ein Flächenbedarf von ca. 50 km^2 prognostiziert.

- **Problem: Rohstoffgewinnung ohne nachhaltige Beeinträchtigung des Naturhaushalts**

Der Regierungspräsident als Abgrabungsbehörde hat dabei mitzuwirken, daß die Rohstoffversorgung sichergestellt wird. Andererseits muß der mit dem Abbau verbundene Eingriff auf ein vertretbares Maß reduziert werden, damit in Verbindung mit einer angemessenen Rekultivierung Schäden in Natur und Landschaft möglichst gering gehalten werden. Eine immer wichtigere Rolle spielen in den letzten Jahren auch mögliche Beeinträchtigungen des Trinkwassers wegen der durch den Abbau bedingten Aufdeckung grundwasserführender Schichten.

- **Vorgesehene Maßnahmen**

Auf allen Planungsebenen bis hin zum vorgesehenen Landesentwicklungsplan V - Gebiete für den Abbau von Lagerstätten - sind verstärkte Bemühungen erforderlich, um Orientierungs- und Entscheidungshilfen für mögliche Nutzungskonflikte und Folgenutzungen im Einzelfall zu geben.

4.55 Wasserversorgung

- **Rückblick: Hohe Zahl versorgter Haushalte**

1970 waren rd. 80 % der Bevölkerung des Regierungsbezirks an Anlagen der öffentlichen Wasserversorgung angeschlossen. Heute sind es rd. 91 %.

Trotz dieser Zunahme liegt der Anteil der zentralversorgten Einwohner noch unter dem Landesdurchschnitt (1980 : 97 %). Für den Regierungsbezirk Detmold wird ein Ausbau auf 95 % angestrebt. Ein höherer Anteil (98 % im Landesdurchschnitt) ist nicht zu erreichen, da der ländliche Raum im Norden und Nordwesten des Bezirks vielfach in Streulage besiedelt ist und ein Anschluß daher wirtschaftlich nicht vertretbar ist.

Die öffentliche Wasserversorgung wird durch Eigenbetriebe der Gemeinden, örtliche und überörtliche Wasserbeschaffungsverbände und Wasserwerksgesellschaften sichergestellt. Die in den letzten 10 Jahren erreichte Verbesserung des Anschlußgrades beruht darauf, daß in den damals noch nicht zentralversorgten Gemeinden Stemwede, Rahden, Verl, Pr. Oldendorf, Rödinghausen, Kirchlengern, Bünde, Petershagen, Hille, Enger und Spenge Leitungsnetze ausgebaut wurden bzw. Ortsteile an das Netz angeschlossen wurden. Nach Abschluß der zur Zeit noch laufenden Ausbaumaßnahmen in Versmold, Rietberg, Delbrück und Salzkotten wird der angestrebte Anschlußgrad von 95 % erreicht sein. Danach werden nur noch einzelne Ortslagen oder Streulagen nicht an zentrale Wasserversorgungsanlagen angeschlossen sein.

- **Ziel: Grundwasservorkommen schützen**

Bei dem abgegebenen Trink- und Brauchwasser handelt es sich im wesentlichen um Quell- oder Grundwasser. Nur ein geringer Teil ist Uferfiltrat, Oberflächenwasser (Aabach-Talsperre) oder durch Oberflächenwasser angereichertes Grundwasser. Im Hinblick auf die bessere Qualität von Quell- und Grundwasser gegenüber Oberflächenwasser wird angestrebt, auch zukünftig für die Versorgung weitgehend Grundwasser heranzuziehen. Es ist daher notwendig, die vorhandenen Wasserwerke sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht umfassend zu schützen.

Inzwischen sind 100 Wasserschutzgebiete festgesetzt, die ca. 70 % der im Bezirk abgegebenen Wassermenge schützen. Die noch notwendigen Schutzverfahren werden zügig betrieben.

- **Ziel: Sicherung der regionalen Versorgung durch Verbundsystem**

Aufgrund von Prognosen wird allerdings befürchtet, daß bei weiterhin steigender Bedarfsentwicklung im Gebiet zwischen Teutoburger Wald und Wiehen-Wesergebirge zukünftig Grundwasser geeigneter Qualität nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung steht, so daß entweder Oberflächenwasser in Anspruch genommen oder Wasser von Dritten bezogen werden muß.

Zur Sicherung der zukünftigen Wasserversorgung ist deshalb neben der Sanierung der örtlichen Wasserversorgungsanlagen und kleineren örtlichen Zusammenschlüssen von einzelnen benachbarten Wasserversorgungsgebie-

ten ein überregionaler Verbund erforderlich, um einen Ausgleich zwischen noch freien Kapazitäten in den Räumen Minden, Höxter, Gütersloh und Paderborn und den Mangelgebieten zu erreichen. Der entscheidende Schritt hierzu ist durch die Gründung der "Wasserverbund Ostwestfalen-Lippe GmbH" im vergangenen Jahr vollzogen worden.

Zur Sicherung der Wasserversorgung werden in den Jahren 1982 bis 1985 für den Ausbau von Ortsnetzen, Sanierungen örtlicher Wasserversorgungsanlagen und kleineren Verbundmaßnahmen Baukosten in Höhe von rd. 48 Mio. DM erwartet, für die Landeszuschüsse in Höhe von 27 Mio. DM bereitgestellt werden müßten. Maßnahmen sind insbesondere bei den Wasserversorgungsunternehmen folgender Städte und Gemeinden vorgesehen: Porta Westfalica, Lichtenau, Vlotho, Wünnenberg, Delbrück und Lügde.

Für den nach 1985 geplanten Ausbau eines überregionalen Wasserverbundnetzes durch die Wasserverbund Ostwestfalen-Lippe GmbH werden Kosten in Höhe von rd. 70 Mio. DM entstehen, zu denen ein Landeszuschuß in Höhe von rd. 45 Mio. DM erwartet wird.

4.56 Talsperren

- **Erfolg: Aabach-Talsperre wurde 1979 fertiggestellt**

Der 1973 gegründete Wasserverband Aabach-Talsperre (Mitglieder: die Kreise Paderborn und Soest sowie die Lörmecke-Wasserwerk GmbH, die Wasserversorgung Beckum GmbH und die Vereinigte Gas- und Wasserversorgung Rheda-Wiedenbrück GmbH) hat sich zur Aufgabe gestellt,

- im Aabach-Tal zur Beschaffung von Trink- und Brauchwasser eine Talsperre zu errichten
- Versorgungsanlagen für die Bereitstellung des Trink- und Brauchwassers zu bauen und zu betreiben
- Hochwasserschutzfunktionen im Aabach-Tal zu übernehmen.

Mit den Bauarbeiten wurde 1975 begonnen. Der Hauptstaudamm wurde als Erddamm mit einer Innenkerndichtung aus geeignetem Bodenmaterial gebaut. Er hat eine Länge von 440 m und eine Höhe von 40 m.

Die für die Talsperre erforderliche Grundstücksfläche einschließlich Randwege beträgt rd. 176 ha. An Gewässern fließen der Aabach-Talsperre unmittelbar zu der Große Aabach, der Kleine Aabach, die Murmecke und der Haßbach. Außerdem wird vom Karbach durch einen unterirdischen Stollen Wasser der Talsperre zugeführt.

Das Fassungsvermögen beträgt insgesamt 20 Mio. m^3. Davon entfallen 3 Mio. m^3 auf den Hochwasserschutzraum und 17 Mio. m^3 auf den Trinkwasseranteil. An Trinkwasser können jährlich bis zu 11,4 Mio. m^3 an die Mitglieder des Verbandes abgegeben werden.

Das Wasserverteilungsnetz wird eine Länge von rd. 90 km haben. Insgesamt werden über 200.000 Einwohner mit Trinkwasser aus der Aabach-Talsperre versorgt werden.

Die Baukosten für die Talsperre betragen rd. 52 Mio. DM, davon 40,8 Mio. DM Landeszuschüsse, die Kosten für die Wasserversorgungs- und Verteilungsanlagen rd. 85 Mio. DM, davon 63,9 Mio. DM Landeszuschüsse.

Der Probestau wurde bis September 1981 durchgeführt. Im Talsperrenbereich sind noch die restlichen Arbeiten zur Landschaftsgestaltung und andere Folgearbeiten zu leisten. Bei den Wasserversorgungs- und Verteilungsanlagen stehen noch die Installation der Aufbereitungsanlage und die Anschlüsse zu den Abnehmern aus.

Die Inbetriebnahme der vollständigen Anlage kann voraussichtlich 1983 erfolgen.

Die Errichtung einer Talsperre im Alme-Tal oberhalb des Ortsteils Harth der Stadt Büren ist als langfristiges Ziel anzusehen. Diese Talsperre soll rd. 36 Mio. m^3 Wasser fassen und die Wasserführung der Alme und Lippe ausgleichen.

4.57 Hochwasserschutz

Maßnahmen zum Hochwasserschutz haben nach wie vor erhebliche Bedeutung und werden auch in Zukunft durchgeführt werden müssen. Dabei hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß der Schutz vor Hochwasser in erster Linie durch den Bau von Rückhaltebecken und nur dort, wo dies nicht möglich ist, durch Ausbau von Gewässern sicherzustellen ist. Dem hat auch das neue Landeswassergesetz von 1979 Rechnung getragen, indem es einem Ausgleich der Wasserführung durch Rückhaltebecken eindeutig den Vorrang einräumt.

- **Rückblick: Sieben Rückhaltebecken wurden durch den Wasserverband für das obere Lippegebiet gebaut**

Das Katastrophenhochwasser von 1965 in den Kreisen Büren und Paderborn gab den Anstoß zu der 1971 erfolgten Gründung des Wasserverbandes für das obere Lippegebiet. Mitglieder des Verbandes sind heute der Kreis Paderborn (Kostenanteil 75 %) und der Kreis Soest (Kostenanteil 25 %). Der Verbandsplan sieht den Bau von 26 Hochwasserrückhaltebecken mit einem Gesamtstauraum von 40 Mio. m^3 vor. Die Kosten beliefen sich nach den Schätzungen des Jahres 1971 auf rd. 80 Mio. DM.

Inzwischen hat der Verband folgende 7 Becken gebaut und in Betrieb genommen:

Tabelle 4.57-1: Rückhaltebecken im Einzugsgebiet der Lippe

Rückhaltebecken	Stauinhalt Mio. m^3	Kosten Mio. DM
(im Kreis Paderborn)		
Krumme Grund	0,7	5,50
Ebbinghausen	1,9	5,90
Keddinghausen	1,7	6,30
Sudheim	2,5	5,60
Borchen	1,9	4,20
(im Kreis Soest)		
Pöppelsche	1,3	5,30
Eringerfeld	1,1	3,00
7 Becken	11,1	35,80

Mit dem Bau des mit 3,8 Mio. m^3 Stauinhalt bisher größten Beckens Husen-Dalheim wird im Jahre 1982 begonnen. Seine Kosten betragen 13,5 Mio. DM.

Weitere Maßnahmen

a) Oberes Lippegebiet

Die Planungen für das nächste Becken in Robringhausen (Kreis Soest) laufen. Mit einem weiteren Becken im Regierungsbezirk Detmold ist frühestens in 4 bis 5 Jahren zu rechnen. Sache des Verbandes ist es, hierfür rechtzeitig die planerischen und rechtlichen Grundlagen zu schaffen.

b) Werregebiet

Den Hochwasserschutz im Werregebiet hat der 1972 gegründete Werre-Wasserverband übernommen. Er plant den Bau von 14 Rückhaltebecken mit einem Gesamtstauraum von 14 Mio. m^3. Ein kleineres Becken in Bustedt ist fertig. Das 3,0 Mio. m^3 große Becken an der Werre in Löhne, für dessen Bau bisher 19 Mio. DM aufgewendet wurden, wird 1982 in Betrieb genommen werden können. Um es voll wirksam werden zu lassen, müssen jedoch weitere Maßnahmen mit Kosten von 4,5 Mio. DM durchgeführt werden. Im Bau ist auch das Rückhaltebecken Bad Salzuflen/Bega, dessen erster Bauabschnitt 4,5 Mio. DM kostet. Weitere Abschnitte mit Gesamtkosten von rd. 13,0 Mio. DM müssen in den nächsten Jahren folgen.

Die Planung für ein Rückhaltebecken an der Werre in Bad Salzuflen liegt vor. Der Baubeginn ist abhängig vom Bau der neuen Bundesstraße 239, die über den Staudamm führt. Seine Kosten sind auf 16 Mio. DM veranschlagt. Eine hohe Dringlichkeit hat auch ein Rückhaltebecken an der Wiembecke, das mit seinem Stauinhalt von 3,0 Mio.m^3 zum Hochwasserschutz für die Stadt Detmold beiträgt.

Neben den Planungen der beiden großen Wasserverbände ist der Bau zahlreicher weiterer kleinerer Hochwasserrückhaltebecken beabsichtigt. So will z.B. allein die Stadt Bielefeld 11 Becken mit Kosten von rd. 28 Mio. DM erstellen.

In einer Reihe von Fällen läßt sich der Hochwasserschutz durch Rückhaltebecken nicht erreichen. Es werden daher Gewässerausbauten erforderlich. Für die Jahre 1982 bis 1984 sind insgesamt 14 Maßnahmen vorgesehen mit Kosten von zusammen rd. 13 Mio. DM.

4.6 Entsorgung

4.61 Abwasser

Die Abwasserbeseitigung umfaßt das Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie das Entwässern von Klärschlamm. Diese komplexe Aufgabe obliegt nach dem Landeswassergesetz den Gemeinden. Da es nicht nur um den Bau von Kläranlagen und Hauptsammlern, sondern auch um Kanäle zur inneren Erschließung der Stadtteile und Ortslagen geht, können die Gemeinden diese gesetzliche Verpflichtung nur in zeitlich gestuften Maßnahmeplänen erfüllen. Daher werden gegenwärtig in allen Gemeinden Sanierungskonzepte entwickelt, die die Verwirklichung der notwendigen Planungs-, Bau- und Betriebsmaßnahmen in angemessenen Zeiträumen vorsehen.

- **Rückblick: 80 % der Bevölkerung sind inzwischen an die öffentliche Abwasserbeseitigung angeschlossen**

1969 lag der mittlere Anschlußwert für den Regierungsbezirk bei 56 %. Durch die verstärkten Anstrengungen der Gemeinden in den letzten 10 Jahren hat sich dieser Anschlußwert auf rd. 80 % im Jahre 1981 verbessert.

Höhere Anschlußwerte sind nur mit noch größeren Anstrengungen zu erreichen. Bis 1990 sollen 85 % der Wohnbevölkerung an biologische Kläranlagen angeschlossen sein.

Einen Überblick über die 1970 durchgeführten und bezuschußten Maßnahmen gibt die Tabelle 4.61-1.

- **Erheblicher Mittelbedarf auch in Zukunft**

Die Höhe der Mittel, die erforderlich sind, um die Aufgabe der Abwasserbeseitigung ausreichend zu erfüllen, lassen sich heute auch nicht annähernd beziffern. Die bisher angemeldeten Maßnahmen stellen nur einen Teil des mittelfristigen Bedarfs dar. Einen besseren Einblick werden die Sanierungskonzepte vermitteln, die gegenwärtig von den Gemeinden erarbeitet werden.

Die Fertigstellung dieser Konzepte ist freilich zeitaufwendig und letztlich auch kostenintensiv; denn hierzu sind in der Regel umfangreiche Ingenieurarbeiten notwendig.

Tabelle 4.61-1: Förderung von Abwassermaßnahmen

Zeitraum	Anzahl der Maßnahmen Neubau und Erweiterung von Kläranlagen	Neubau und Sanierung von Kanalisationen	Gesamtkosten Mio. DM	Zuschuß (Bund, Land) Mio. DM	Besondere Maßnahmen zur Abwasserreinigung (Kläranlagen) in
1970 - 1981 (abgeschlossene Maßnahmen)	137	527	798	370	Lübbecke Lemgo Warburg Bielefeld-Brake
1977 - 1981 (laufende Maßnahmen)	19	73	400	163	Gütersloh Bielefeld-Brake Detmold Minden Paderborn Rheda
1982 - 1986 (angemeldete Maßnahmen)	22	121	220 (geschätzt)	128 (geschätzt)	Höxter Warburg Beverungen Löhne

Allein im Kanalisationsbereich werden auf die Gemeinden Kosten von mehreren 100 Mio. DM zukommen, wenn sie die ihnen obliegende Verpflichtung zur Abwasserbeseitigung ausreichend erfüllen wollen. Hohe Kosten werden namentlich für die Gemeinden im ländlichen Raum entstehen, zumal die Erschließung kleinerer Ortsteile und Ortslagen bezogen auf den einzelnen Anschlußnehmer recht kostspielig ist.

Welche Ausbaumaßnahmen an Kläranlagen mittel- bis langfristig notwendig werden, hängt im wesentlichen von den städtebaulichen Entwicklungen und den Neuansiedlungen von Gewerbe und Industrie ab.

4.62 Abfallbeseitigung

Mit Verabschiedung des Abfallbeseitigungsgesetzes im Juni 1972 wurde die rechtliche Grundlage für eine geordnete Abfallbeseitigung geschaffen. Sie erfolgt nach Abfallbeseitigungsplänen. Seit 1978 ist der Teilplan Siedlungsabfälle verbindlich, der für den Regierungsbezirk 13 zentrale Deponien, die Müllverbrennungsanlage Bielefeld und das Kompostwerk Lemgo vorsieht. Er ist inzwischen zweimal ergänzt worden (Deponien Jöllenbeck und Speelbrink in Bielefeld).

- **Rückblick: Seit 1971 über 56 Mio. DM für die Abfallbeseitigung**

Seit 1971, dem Jahr der erstmaligen Förderung, bis Ende 1981 wurden insgesamt 47 Maßnahmen mit Landesmitteln in Höhe von 56,2 Mio. DM gefördert. Hierbei handelte es sich ausschließlich um die Errichtung oder den weiteren Ausbau von vorhandenen zentralen Abfallbeseitigungsanlagen.

Als größte Fördermaßnahme schlägt die Müllverbrennungsanlage Bielefeld/Herford GmbH zu Buch, für die insgesamt 44 Mio. DM aus Städtebauförderungsmitteln eingesetzt wurden. Weitere Maßnahmen waren: Kompostwerk Lemgo, Zentraldeponie Alte Schanze in Paderborn-Elsen, Deponien Senne I, Beukenhorst und "Im Belzen" in Bielefeld, Halle-Künsebeck, Westerwiehe im Kreis Gütersloh, Wehrden und Warburg im Kreis Höxter, Hellsiek und Maibolte im Kreis Lippe, Kirchlengern und Ennigloh im Kreis Herford, Nammen und Varl im Kreis Minden-Lübbecke.

- **Zukünftige Maßnahmen bedingen hohes Investitionsvolumen**

  Für Abfallbeseitigungsanlagen werden in den Jahren 1982 bis 1985 Gesamtkosten von über 70 Mio. DM anfallen. Bei einer Anteilsfinanzierung des Landes in Höhe von 25 % würde sich voraussichtlich ein Förderungsbetrag für die Jahre 1982 von 4,6 Mio. DM, 1983 von 4 Mio. DM, 1984 von 5,9 Mio. DM und für 1985 von 6,1 Mio. DM ergeben.

  Beabsichtigt ist der Ausbau der vorhandenen Zentraldeponien und die Förderung der neuen Deponien Mindener Wald (Kreis Minden-Lübbecke), Speelbrink (Stadt Bielefeld) als Nachfolgedeponie für die Reststoffe der Müllverbrennungsanlage und Dörentrup (Kreis Lippe) als Reststoffdeponie für das Kompostwerk in Lemgo.

  Langfristig planen der Kreis Höxter und der Kreis Minden-Lübbecke Rohstoffrückgewinnungsanlagen auf den Zentraldeponien in Wehrden bzw. Mindener Wald.

- **Vorsorge für die schadlose Beseitigung von Sonderabfällen**

  Im Benehmen mit dem Bezirksplanungsrat wurde im Januar dieses Jahres der Teilplan "Krankenhausabfälle" aufgestellt. Danach sind die krankenhausspezifischen Abfälle der Müllverbrennungsanlage Bielefeld zur schadlosen Beseitigung zuzuführen.

  Die im Regierungsbezirk Detmold anfallende Sonderabfälle aus Industrie- und Gewerbebetrieben müssen zum großen Teil noch auf Sondermülldeponien außerhalb des Bezirks beseitigt werden. Inzwischen wurde jedoch die Sondermülldeponie Nieheim planfestgestellt, die nach ihrer Einrichtung einen Hauptteil der im Bezirk anfallenden Sonderabfälle aufnehmen kann. Daneben werden im Regierungsbezirk zur Zeit drei private Sonderabfallbeseitigungsanlagen (Emulsionsspaltanlagen) und von der Stadt Bielefeld eine zentrale Entgiftungsanlage betrieben.

4.7 Landschaft und Erholung

Für das hochbelastete und dichtbesiedelte Industrieland Nordrhein-Westfalen ist Ostwestfalen-Lippe aufgrund seiner landschaftlichen Schönheit und Vielfalt bevorzugtes Erholungsland und Heilgarten zugleich. Diese Charakterisierung darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die vielfältigen Belastungen des Naturhaushalts auch im Regierungsbezirk Detmold ein bedrohliches Ausmaß erreicht haben. Ein Indiz für diese Belastungen ist die erschreckend hohe Anzahl von Pflanzen- und Tierarten, die in Ostwestfalen-Lippe bereits ausgestorben oder in ihrem Bestand ernsthaft gefährdet sind.

4.71 Landschaftpflege und Naturschutz

Die Landschaftspflege und der Naturschutz als der biologisch-ökologische Teil des Umweltschutzes verfolgen durch vorausschauende und gestaltende planerische Maßnahmen das Ziel, daß sich alle gesellschaftlichen und staatlichen Kräfte umweltschonend, d.h. schonend gegenüber Natur und Landschaft verhalten.

- **Kernstück: Landschaftsplanung und Mitwirkung bei Fachplanungen**

Mit dem Gesetz zur Sicherung des Naturhaushalts und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz) wurde 1975 das Instrumentarium weiterentwickelt, um die Ziele der Landschaftspflege und des Naturschutzes zu verwirklichen.

Für viele infrastrukturelle Investitionsmaßnahmen gelten die Bestimmungen des Landschaftsgesetzes, die angemessene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bis hin zur Ausgleichsabgabe fordern, falls ein nachhaltiger und schwerer Eingriff in den Naturhaushalt oder das Landschaftsbild nach Abwägung aller Belange unvermeidbar ist. Große praktische Bedeutung hat diese Regelung inzwischen beispielsweise für den Straßenbau, den Bau von Kraftwerken, für Freileitungen, im Wasserbau, in der Abfallwirtschaft, für Abgrabungen und in der Flurbereinigung gewonnen. In dieser Mitwirkung bei Fachplanungen liegt heute ein Schwerpunkt der Arbeit der Landschaftsbehörden, die ein vertieftes Wissen um den biologisch-ökologischen Bestand voraussetzt.

Leider sind erst wenige Landschaftspläne aufgestellt oder im Erarbeitungsverfahren. Die Erfassung des biologisch-ökologischen Bestandes ist noch lange nicht flächendeckend abgeschlossen. Auch hat die landschaftspflegerische Vorprüfung, die als Teil der Umweltverträglichkeitsprüfung methodisch und inhaltlich noch ausbaufähig erscheint, bisher nicht in alle Fach- und übergreifenden Planungen Einzug gehalten. Doch läßt sich die Zielsetzung der Landschaftpflege und des Naturschutzes eindeutig bestimmen:

- Landschaftsplanung, um verhältnismäßig früh Fehlentwicklungen entgegenzusteuern oder vermeidbare Schäden im Landschaftshaushalt zu mildern oder unvermeidbare auszugleichen

- Konsequente Erfassung und Sicherung von bedeutsamen Lebensräumen für Pflanzen und Tiere, auch durch teilweisen Ankauf für die öffentliche Hand, und sinnvolle Vernetzung der Biotoptypen. (Landesweit wird ein Flächenanteil von mindestens 1 % der Landesfläche für Naturschutzgebiete angestrebt, Regierungsbezirk Detmold gegenwärtig ca. 0,3 %).

- Gezielte Artenschutzprogramme für besonders gefährdete Pflanzen und Tierarten

- Weitere Pflege- und Entwicklungspläne für Naturschutzgebiete.

Die Gesamtzahl der im Regierungsbezirk Detmold aufzustellenden Landschaftspläne wird sich bei einer Richtgröße von 80 km^2 pro Landschaftplan auf 71 belaufen. Mit der Genehmigung der Landschaftpläne wird auch der Finanzbedarf für die zu fördernden Durchführungsmaßnahmen erheblich ansteigen.

In Zukunft werden verstärkt Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in vorhandenen und geplanten Naturschutzgebieten notwendig sein. Um einen hinreichenden Schutz zu erreichen, sollten mittel- bis langfristig etwa 50 % der Naturschutzfläche in das Eigentum der öffentlichen Hand überführt werden. Sofern ein Grunderwerb nicht möglich sein sollte, könnte durch langfristige Pachtverträge oder kapitalisierte Nutzungsentschädigung sichergestellt werden, daß Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes in diesen Gebieten für einen längeren Zeitraum wirksam bleiben.

4.72 Erholung, Freizeit- und Erholungsschwerpunkte

Verkürzung der Arbeitzeit und steigende Mobilität führen zu einer verstärkten Nutzung der Erholungsräume. Von der arbeitsfreien Zeit stehen ca. 70 % für die tägliche Erholung in Wohnungsnähe und ca. 30 % für die Erholung am Wochenende zur Verfügung. Es ist damit zu rechnen, daß das Erholungsbedürfnis der Bevölkerung wachsen wird.

Ca. 18 % der Fläche des Regierungsbezirks sind anerkannte Großerholungsgebiete. In den Naturparken Dümmer, Nördlicher Teutoburger Wald - Wiehengebirge, Eggegebirge und Südlicher Teutoburger Wald sowie den bevorzugten Erholungsgebieten Büren-Wünnenberg und Altenautal wurden von den Trägern allein in den letzten fünf Jahren mit erheblicher staatlicher Unterstützung rd. 2,6 Mio. DM investiert. Der Ausbau ist weitgehend abgeschlossen.

Neben der ruhigen, naturnahen Erholung muß einem Bedürfnis nach aktiver Freizeitgestaltung entsprochen werden.

- **Ziel: Konzentration der Freizeitaktivitäten in Freizeit- und Erholungsschwerpunkten**

Freizeitanlagen können nicht irgendwo in der freien Landschaft errichtet werden. Sie sind deshalb räumlich zu konzentrieren und in der Regel bestehenden Siedlungsbereichen anzuschließen.

Bisher wurde der hohe Freizeitwert Ostwestfalen-Lippes durch ein unzureichendes Angebot an Wasserflächen für den Freizeit- und Erholungsverkehr beeinträchtigt. Mit der Fertigstellung der Freizeitanlagen in Varenholz (Kalletal), Großer Weserbogen (Porta Westfalica-Costedt), Padersee (Paderborn) und nach Fertigstellung der im Bau befindlichen Maßnahmen Emmerstausee (Schieder-Schwalenberg), Johannisbachtalsperre (Bielefeld) und Lippesee (Paderborn-Schloß Neuhaus) wird dieses Defizit weitgehend behoben sein. Danach stehen nur noch die im LEP III genannten Freizeitanlagen Werretal (Lage) und in Höxter-Godelheim aus.

Das Land beteiligte sich an dem Bau der genannten Freizeit- und Erholungsanlagen mit Zuschüssen in Höhe von 77,8 Mio. DM.

- **Künftige Zielrichtung: Wohnungsnahe und Landschaftsgebundene Erholung**

Den überwiegenden Teil ihrer Freizeit verbringen die Bürger in Nähe ihrer Wohnungen. Daher wird künftig das Schwergewicht bei der Entwicklung wohnungsnaher Freizeitbereiche und Grünanlagen liegen.

Deutlich ist auch ein starker Trend zur naturnahen Erholung. Hierauf wird die Landschaftsplanung verstärkt eingehen müssen. Dies gilt besonders für die Ausgestaltung der Naturparke und bevorzugten Erholungsgebiete, die sich für die naturnahe Erholung besonders eignen.

164 36654